

# „Das beste Deutschland aller Zeiten“

## Fakten statt Fake News 2025

SPiegel Politik

Migration und Asyl

**Athen lehnt Rücknahme von Geflüchteten aus Deutschland ab**

Frankfurter Allgemeine

MEHR EINBÜRGERUNGEN

Die Saat von 2015 geht auf

Blick in die Bundesländer

**Mehr Gewalt an Schulen: In diesen Bundesländern ist die Lage am schlimmsten**

OSNABRÜCKER  
ZEITUNG

BZ DIE STIMME BERLINS

Teurer Rekord

**Deutschland zahlt Milliarden für Strom aus dem Ausland**

Geburtenrate massiv eingebrochen

Was wir ändern müssen, damit Deutschland wieder mehr Kinder bekommt

FOCUS

ACHTUNG, REICHELTI

**46,9 Milliarden Euro Bürgergeld. Raten Sie mal, wer am meisten kassiert ...**

Nius

**Geheim-Gutachten in Auftrag gegeben: Merz plante Schulden-Wortbruch schon vor der Wahl**

Nius

DKA-Papier zeigt erschütternden Anstieg der Straftaten durch Zuwanderer

**Täglich 25 Sexualverbrechen durch Flüchtlinge**

Bild

Benachteiligung der Oppositionspartei

JUNGE FREIHEIT

Wie ARD und ZDF die AfD vom Talkshowsessel fernhalten

**Vergleich der Rente: Deutsche Rentner schneiden schlechter ab als in Frankreich und Italien**

Merkur.de

welt

BUNDESRECHNUNGSHOF

**Scharfe Rüge für Pistorius – „Bundeswehr nicht in Zustand, der erforderlich ist“**

FALL BENDELS

DIE WELT

„Viele Beobachter schockiert“ – „The Economist“ sieht Meinungsfreiheit in Deutschland in Gefahr

AfD



Landesverband  
Hessen

Liebe Leser,

zum siebten Mal in Folge liegt Ihnen die Faktensammlung vor, in der Sie ein breites Lagebild über die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Situation Deutschlands erhalten. Bereits als die Faktensammlung im November 2019 zum ersten Mal publiziert wurde, löste sie ein breites mediales Echo aus, vor allem in den sozialen Medien. Jedes Jahr kommen weitere Einzelbetrachtungen hinzu, die den Blick über die aktuelle Lage Deutschlands vertiefen. Wie im letzten Jahr finden Sie die Faktensammlung in Gänze nur elektronisch sowie auf 80 Seiten in gedruckter und handlicher Form vor.

Die Faktensammlung beruht auf Zahlen und Daten, die überwiegend aus Statistiken und Studien bekannter Institute (u. a. Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Eurostat, OECD, Statista, Vereinte Nationen) sowie aus Veröffentlichungen der Bundes- und Landesministerien, Antworten aus parlamentarischen Initiativen sowie einzelner Medien stammen. Die Quellenangaben finden Sie u. a. auf den jeweiligen Seiten.

Da die Faktensammlung einen hohen Zuspruch erfährt, wird diese auch weiterhin kontinuierlich aktualisiert. Diese ist abrufbar unter: <https://afd-hessen.de/>

Der AfD-Landesverband Hessen möchte Ihnen diese Faktensammlung lediglich zur Information zur Verfügung stellen, damit Sie sich eine eigene Meinung bilden können. Seien Sie weiter kritisch und prüfen Sie gerne die Angaben anhand der aufgeführten Quellen.

Mit freundlichen Grüßen

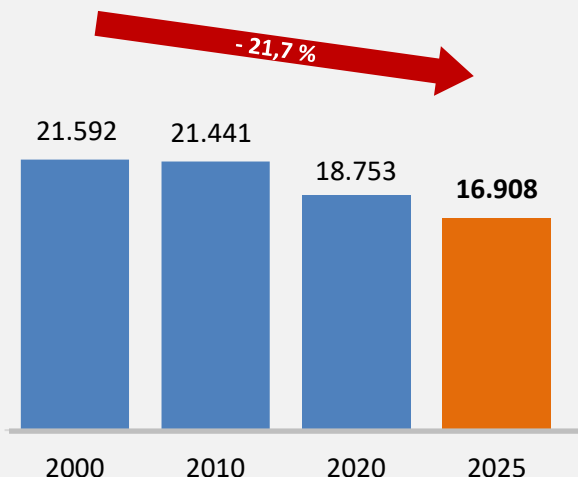
Dr. Frank Grobe, Mitglied des Hessischen Landtages

|    |                                         |    |
|----|-----------------------------------------|----|
| 1. | Gesundheit, Rente und Soziales          | 4  |
| 2. | Demographie und Migration               | 16 |
| 3. | Bildung und Wissenschaft                | 27 |
| 4. | Energie, Umwelt und Verkehr             | 35 |
| 5. | Infrastruktur und Digitalisierung       | 40 |
| 6. | Finanzen, Steuern und Europäische Union | 46 |
| 7. | Innere Sicherheit und Justiz            | 60 |
| 8. | Medien                                  | 72 |
| 9. | Verteidigung                            | 76 |

# Das Apotheken-Sterben geht weiter – Verlierer sind ältere Menschen

NEU

## Öffentliche Apotheken in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1) Deutsche Ärzteblatt: „Zahl der Apotheken in Deutschland sinkt weiter“, 10.01.2025 2) ABDA: „Apothekenzahl sinkt immer rasanter – nur noch 17.288 Apotheken in Deutschland“, 19.07.2024 3) Statista: Apothekenzahl fällt stetig, 03.05.2023 4) Bild: „Das große Apotheken-Sterben“, 12.08.2024 5) Tagesschau: „Immer mehr Apotheken schließen“, 04.11.2024 6) Merkur: „Erhebliche Auswirkungen auf Gesundheitsversorgung – Was das Apothekensterben für Patienten bedeutet“, 14.08.2024 7) Bild: „Jede fünfte Apotheke dicht“, 04.06.2025 8) ZDF: „Wie steht es um die Zukunft der Apotheken?“, 14.05.2025

1

„Aktuell gibt es noch 16.908 Apotheken, 2008 waren es rund 4.500 mehr. Die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände fordert von der Bundesregierung schnelles Handeln und die umgehende Umsetzung der Versprechen im Koalitionsvertrag.“ Laut der Bundesvereinigung „belegt Deutschland in der Europäischen Union einen der hintersten Ränge.“ Der EU-Durchschnitt liegt bei 32 Apotheken auf 100.000 Einwohner. Deutschland kommt nur auf 21 Apotheken.

2

„Zu den Gründen zählen Kostendruck [Personal- und Sachkosten] und Probleme bei der Nachfolgesuche, wenn Inhaber oder Inhaberinnen von Apotheken in den Ruhestand gehen. Mangels Verdienstmöglichkeiten ziehe es qualifizierte Menschen in die Industrie.“ „Außerdem wirkten sich Lieferengpässe und der Fachkräftemangel negativ auf die Apotheken aus.“ Im Vergleich zu 2023 sind die Kosten im Jahr 2024 um 60 % und die Personalkosten um über 80 % gestiegen.

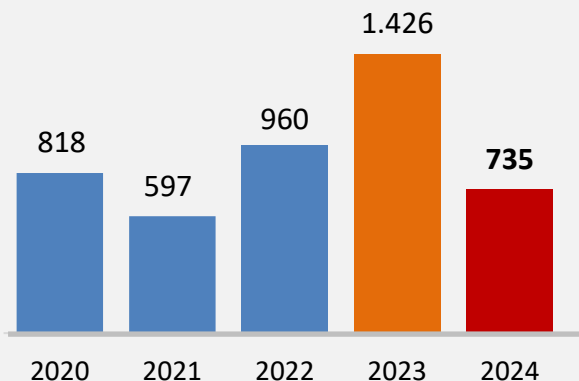
3

Das Apothekensterben „dürfte die Versorgungssicherheit beeinträchtigen, besonders für ältere Menschen und chronisch Kranke, die regelmäßig auf Medikamente angewiesen sind.“ „Die Apotheken-Teams verbringen inzwischen wöchentlich 20 bis 30 Stunden damit, Engpässe zu bewältigen. Sie wünschen sich dabei weniger Bürokratie.“

# Immer noch keine Entspannung beim Medikamenten-Mangel

aktualisiert

**Lieferengpässe bei Arzneimitteln in Deutschland nach Anzahl und Jahren**



Quellen:

1) PM-Report: Lieferengpässe bei Medikamenten 2022-2025 – Die unendliche Geschichte, 11.03.2025 2) Bild: „Ärzte müssen ihre Patienten nach Hause schicken“, 11.10.2024 3) Bild: „Was kann ich tun, wenn es mein Medikament nicht gibt? Laut Verband fehlen schon 2791 Arzneimittel!“, 21.09.2024, 4) Die Welt: „Medikamenten-Engpässe: AfD fordert Produktion in Europa“, 10.10.2024 5) BR24: Lieferengpässe bei Medikamenten erreichen neuen Höchstwert, 29.01.2024 6) Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte: „Lieferengpässe für Humanarzneimittel“, Stand: 16.07.2025

1

▪ Schlagzeilen aus dem Jahr 2024: „Wegen Kochsalz-Mangel. Ärzte müssen ihre Patienten nach Hause schicken.“ „Kassenärzte-Chef über Medikamenten-Mangel: Deutschland auf dem Stand eines Dritte-Welt-Landes.“ „Medikamenten-Engpässe: AfD fordert Produktion in Europa.“

2

▪ Gründe für den Medikamenten-Mangel sind die erhöhte Nachfrage, unzureichende Produktionskapazitäten und Probleme bei der Herstellung." Hinzu kommt noch, dass mittlerweile ein großer Teil der Medikamente in China hergestellt wird und wir hier von fragilen Lieferketten abhängig sind.

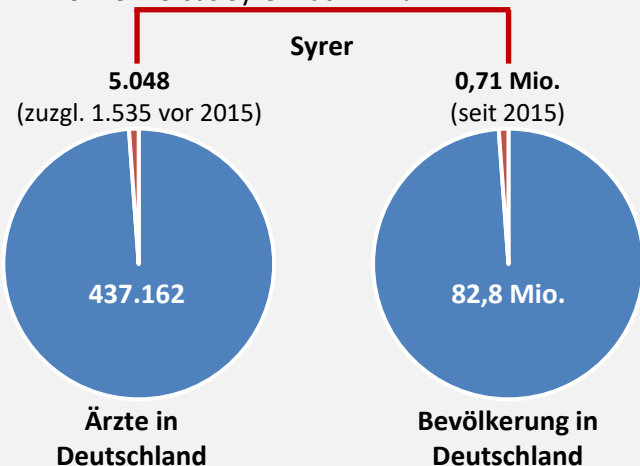
3

▪ „Als besonders schwerwiegend erweisen sich Lieferengpässe in den Bereichen Psychopharmaka/Antidepressiva, Diabetes und Antibiotika für Kinder. In diesen Bereichen verzeichneten zwischen 36-57 % der Apotheken in den letzten drei Monaten zahlreiche Lieferengpässe, die sich kaum oder gar nicht durch Medikamentenaustausch haben ausgleichen lassen.

# Zugewanderte syrische Ärzte ändern nichts an der ärztlichen Versorgung

NEU

## Medizinische Versorgung in Deutschland 2024 Einwohner versus Syrer nach Anzahl



### Ärztedichte in Deutschland

1 Arzt pro 189  
Menschen mit Syrern

1 Arzt pro 189  
Menschen ohne Syrern

Quellen: 1) Destatis: „22 % der Schutzsuchenden sind Syrer“, 12.12.2024 2) Bundesärztekammer: Ärztestatistik zum 31.12.2024 3) Bundesärztekammer: Ärztestatistik zum 31.12.2014 4) Der Spiegel: „Krankenhausgesellschaft warnt vor Folgen bei massenhafter Rückkehr nach Syrien“, 09.12.2024 5) Martin Sichert (AfD-MdB): Bundesregierung betreibt planlose Anwerbungspolitik“, 12.06.2025

1

- „Die viel gepriesenen und händeringend gesuchten syrischen Ärzte waren von Anfang an ein politisches Märchen.“ Würden alle Syrer, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, in ihre Heimat zurückkehren, würde sich an der ärztlichen Versorgung in Deutschland nichts ändern. Denn mit den 5.048 Ärzten würden 712.000 Syrer ausreisen. Auf einen Arzt kämen damit weiterhin 189 Menschen.

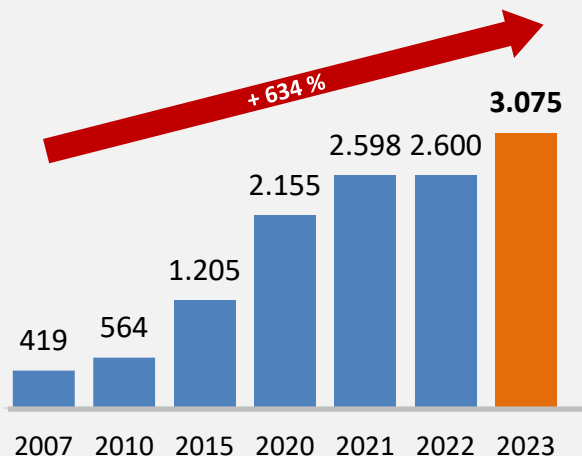
2

- Auch bei der Anwerbung von ausländischen Pflegekräften scheinen Effizienz, Wirksamkeit und Zielerreichung nicht zu stimmen. „Der Steuerzahler finanziert ein System, das weder messbare Erfolge liefert noch effektiv kontrolliert wird. Besonders kritisch ist, dass gefälschte Berufsabschlüsse nicht ernsthaft erfasst und systematisch bekämpft werden. So wird die Sicherheit vieler Pflegebedürftiger aufs Spiel gesetzt“, sagte Martin Sichert (AfD).

# Transgender-Operationen steigen deutlich – Gefahr wird unterschätzt

aktualisiert

## Geschlechtsangleichende Operationen in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1) Statista: [Wie viele geschlechtsangleichende Operationen werden durchgeführt?](#), 16.05.2025 2) Urologische Stiftung Gesundheit: [„Zahl geschlechtsangleichender Operationen steigt: Transgender-Gesundheit in der Urologie“](#), 21.10.2024 3) Deutscher Bundestag: [„Titel: Einzelfragen zu geschlechtsangleichenden Operationen“](#), 17.10.2022 4) Emma: [„Trans-OPs: Sehr tiefe Narben“](#), 21.08.2023 5) Spektrum: [„Sie möchte doch nur sie selbst sein“](#), 02.06.2022 6) Neue Zürcher Zeitung: [„Warum wollen immer mehr Mädchen Männer werden? Transfrau Nadia Brönimann warnt junge Menschen vor leichtfertigen Geschlechtsangleichungen“](#), 16.01.2022

1

▪ „3.075 geschlechtsangleichende Operation wurden 2023 in Deutschland durchgeführt – das sind rund 18 % mehr als im Vorjahr. Von den Eingriffen entfallen 60 % auf Trans-Frauen. Die Mehrheit der Eingriffe wurde in der Altersgruppe 20 bis unter 35 Jahren (2.007 Operationen) durchgeführt. Auf Teenager zwischen 15 und unter 20 Jahren entfielen 5,9 % der Eingriffe.“

2

▪ „Bei ‚geschlechtsangleichenden‘ OPs geht häufig etwas schief, bei jeder dritten Operation gibt es Komplikationen. Die Folgen können verheerend sein: von Narbenbrüchen bis Inkontinenz. Dennoch hat sich die Zahl der OPs bei den 15- bis 25-Jährigen [bis zum Jahr 2022] versiebzehnfacht.“

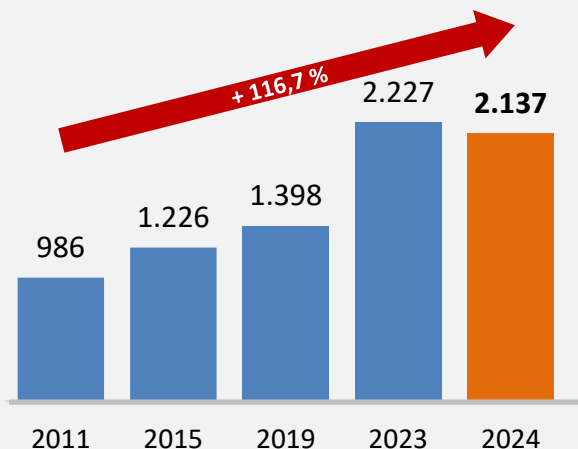
3

▪ „Ärzte und Betroffene warnen vor einer allzu frühen Entscheidung bei Geschlechtsangleichungen. Denn für viele betroffene Kinder ist sie wohl der falsche Weg.“ „Viele Menschen, die Jahre nach der Anpassung noch immer körperliche und seelische Probleme hätten, verschwänden regelrecht von der Bildfläche und hielten lieber die Fassade aufrecht – auch weil die Öffentlichkeit sehr schnell Transfeindlichkeit witterte.“

# Rekordhoch bei der Zahl der Drogentoten – „Frankfurt wird zu Crackfurt“

NEU

## Todesfälle in Folge von Drogenkonsum in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1) Statista: Anzahl der Drogentoten in Deutschland in den Jahren von 2000 bis 2024, 07.07.2025 2) Bild: „Deutschland hat ein Crack-Problem“, 12.12.2024 3) Bild: „Frankfurt wird zu Crackfurt“, 11.05.2025 4) Bild: „Junge FDPler wollen Kokain-Besitz legalisieren“, 18.05.2025 5) AOK: „Zahl der jüngeren Drogentoten ist stark gestiegen“, 07.07.2025

1

▪ „Bei den unter 30-Jährigen hat der Anteil der Drogentoten 2024 mit 14 % deutlich zugenommen. Insgesamt gab es 2.137 drogenbedingte Todesfälle. An einer Überdosis starben vor allem Männer und lediglich 390 Frauen. Besorgniserregend ist laut dem Bericht ein sprunghafter Anstieg an Toten in Verbindung mit synthetischen Opioiden, neuen psychoaktiven Stoffen sowie eine wachsende Zahl von Mischkonsumenten.“

2

▪ „610 Drogentote hatten [2023] Crack im Blut – eine gefährliche Substanz, die entsteht, wenn Kokain mit Wasser und Natron oder Ammoniak aufgekocht wird. Es macht stark abhängig, schadet der Gesundheit massiv und ist günstiger als Kokain.“ „Der Crack-Konsum in deutschen Großstädten wird eine immer größere Herausforderung – für die Gesundheit, aber auch für das Zusammenleben“, so der Drogenbeauftragte der Bundesregierung.

3

▪ Laut dem Städte- und Gemeindebund hat „der zunehmend offene Konsum auch Auswirkungen auf das Erscheinungsbild der Städte.“ Durch eine falsche Toleranz-Politik ist Frankfurt zu „Crackfurt“ geworden. Daher ist der Vorschlag der hessischen Jungen Liberalen, Kokain zu legalisieren kontraproduktiv. Laut der Deutschen Polizeigewerkschaft würde „eine Legalisierung solcher Drogen den kriminellen Machenschaften international agierender Drogenkartelle nur noch mehr Vorschub leisten.“

# Die Deutschen zahlen den höchsten Eigenanteil bei der Heimpflege

NEU

## Heimpflegekosten in EU-Staaten (Auswahl) im Jahr 2024/2025

| Land                                                                              | Durchschnittliche Heimpflegekosten pro Monat | Durchschnittlicher Eigenanteil im ersten Aufenthaltsjahr pro Monat (ca.) |
|-----------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------|
|  | 4.800 EUR                                    | 220 EUR                                                                  |
|  | 2.400 EUR                                    | 1.000 EUR                                                                |
|  | 2.800 EUR                                    | 1.500 EUR                                                                |
|  | 4.000 EUR                                    | 1.500 EUR                                                                |
|  | 5.417 EUR                                    | 1.667 EUR                                                                |
|  | 3.108 EUR                                    | 2.984 EUR                                                                |

Quellen: 1) [Pflege.de](#): „Pflegeheim-Kosten – Was kostet ein Platz im Pflegeheim?“  
12.02.2025 2) Freie Universität Bozen: „Altern in Südtirol“, 2024 3) [European Centre for Social Welfare and Research](#): „Regress in Alten- und Pflegeheimen“, 2020/4 4) [Schweden](#): „Altenpflege in Schweden“, 03.12.2024 5) [Vermögenszentrum](#): „Pflegeheimkosten“, 07.01.2025 6) [Neue Zürcher Zeitung](#): „In Deutschland hat sich die Zahl der Pflegebedürftigen verdoppelt“, 07.07.2025 7) [Süddeutsche Zeitung](#): „Zuzahlungen für Pflege im Heim erneut gestiegen“, 22.07.2025

1

- Die Heimpflegekosten variieren erheblich zwischen den EU-Staaten, ebenso wie die Eigenanteile der Pflegebedürftigen. In vielen Ländern müssen die Betroffenen einen signifikanten Teil der Kosten selbst tragen, was eine große finanzielle Belastung darstellen kann. In Schweden ist der Eigenanteil für Heimpflegekosten bei 220 Euro gedeckelt. In Deutschland können „Pflegeheimkosten mehrere Tausend Euro pro Monat betragen.

2

- Die Leistungen der Pflegeversicherung wurden zwar Anfang 2025 angehoben, reichen aber nicht aus, um die Pflegeheimkosten zu decken. Einen erheblichen Teil müssen die Bewohner und ihre Familien selbsttragen.“ Dies kann jede Familie in Deutschland treffen. Denn „die Zahl der pflegebedürftigen Menschen hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Ende 2023 waren rund 5,7 Mio. Menschen auf Pflege angewiesen. 2013 waren es noch 2,6 Mio. Menschen.“

3

- „Wenn eine freie und sozial handelnde Gesellschaft diejenigen im Stich lässt, die nicht mehr für sich selbst sorgen können, aber immer für die Gesellschaft zur Verfügung gestanden haben und zeitgleich für ideologisch geprägte Projekte im In- und Ausland Milliarden ausgegeben werden, dann handelt sich das nicht mehr um politisches Versagen, sondern um eine absichtliche Schlechterstellung der eigenen Bevölkerung. Das ist inakzeptabel“, sagte Volker Richter, sozialpolitischer Sprecher der hessischen AfD-Fraktion.

# Deutschland liegt bei der Rente im Vergleich zu anderen Staaten weit zurück

NEU

## Durchschnittsverdiener, der in Rente geht

(Median) des individuellen Arbeitsentgelts im Jahr 2024 in %  
(Nettoersatzrate aus der Pflichtversicherung)



91,8 %



89,2 %



87,1 %



80,3 %



74,5 %



48,1 %

## Die weltweit besten Rentensysteme

Global Pension Index, nach Rang für das Jahr 2024 (Auswahl)

|                |             |             |           |              |
|----------------|-------------|-------------|-----------|--------------|
| 1. Niederlande | 2. Island   | 3. Dänemark | 4. Israel | 5. Singapur  |
| 6. Australien  | 7. Finnland | 8. Norwegen | 9. Chile  | 10. Schweden |

Quellen: 1) DEGIV Die Gesellschaft für Immobilienverrentung: „Top 10 Rentensysteme in Europa: Rentenvergleich mit unseren Nachbarn!“, 16.02.2025 2) Merkur: „Vergleich der Rente: Deutsche Rentner schneiden schlechter ab als in Frankreich und Italien“, 03.08.2024 3) Merkur: „Warum es in Österreich mehr Geld und früheren Ruhestand gibt“, 31.12.2023 4) Statista: Armutsgefährdungsquote von Senioren in Deutschland von 2020 bis 2024, 09.05.2025 5) Haufe.de: „Steuerbelastung der Renten steigt schrittweise an“, 04.03.2024 6) Bild: „Nächster Renten-Schock!“, 09.12.2024 7) Nius: „Immer mehr ausländische Senioren wandern ins Sozialsystem ein“, 04.11.2024 8) Mercer CFA Institute Global Pension Index 2024, Oktober 2024

1

- Deutschland liegt beim Rentenniveau deutlich unter dem vieler EU-Staaten, u. a. auch der Krisenstaaten und Profiteure von EU-Subventionen wie Italien, Spanien und Portugal. Auch in Österreich ist das Rentenniveau mit 87,1 % deutlich höher. Bis zum Jahr 2030 könnte das Rentenniveau in Deutschland auf 43 % sinken.

2

- Wer weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) verdient, gilt in der EU als armutsgefährdet. In Deutschland lag der Anteil der armutsgefährdeten Rentner im Jahr 2024 insgesamt bei 19,6 %.

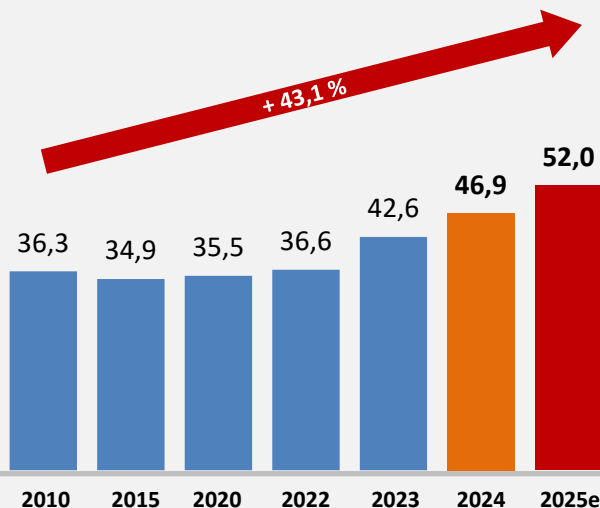
3

- „Rund 7,9 Mio. Menschen bekamen Ende des vergangenen Jahres eine monatliche Rente von unter 950 Euro, lagen damit also auf oder sogar noch unter dem Niveau der Grundsicherung.“ Nicht von ungefähr liegt Deutschland im Vergleich der besten Rentensysteme 2024 nur auf Rang 20.

# 2025: 52 Mrd. Euro Bürgergeld – fast die Hälfte geht an Ausländer

NEU

Zahlungen an Empfänger von Bürgergeld bzw. Hartz IV in Mrd. Euro und Jahren



Quellen:

1) Nius/Achtung Reichelt: „46,9 Milliarden Euro Bürgergeld. Raten Sie mal, wer am meisten kassiert ...“, 30.04.2025 2) René Springer, AfD-MdB: „Wohnkosten-Debatte ist Ablenkung vom Migrationsversagen“, 17.07.2025 3) Nius: „Exklusiv! Brisante Zahlen aus der Arbeitsagentur: So viele arbeitsfähige Migranten erhalten DAUERHAFT Bürgergeld“, 11.04.2024 4) Bild: „Bürgergeld kostet uns so viel wie nie!“, 24.06.2025 5) Jan Feser (AfD-MdB): „Bundesregierung versagt bei der Ausgabenbegrenzung in der Grundsicherung“, 24.06.2025 6) Tagesschau: „Harte Kritik an Merz' Bürgergeld-Plänen“, 14.07.2025

1

■ 2025 werden fast 52 Mrd. Euro an Bürgergeld gezahlt. Zu 2010 ist das ein Anstieg um 43,1 %. „Steuersenkungen gab es keine und wird es auch nicht geben. Das bedeutet [für 2024] übersetzt: 46,9 Mrd. Euro für Menschen, die nicht arbeiten. Dahinter steckt ein einfaches System: Wenn der Staat sich überlegt, ob er der arbeitenden Bevölkerung oder der nicht arbeitenden Bevölkerung mehr Geld lässt, entscheidet sich dieser Staat für die nicht arbeitende Bevölkerung.“

2

■ „Und wieder bricht die Merz-Regierung ein zentrales Wahlversprechen. Trotz aller vollmundigen Ankündigungen einer Ausgabenbegrenzung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende steigen die Kosten für das Bürgergeld weiter auf einen neuen Negativ-Rekord. Dazu kommen noch Milliarden an Unterkunftskosten, die die Bundesländer tragen müssen. Die schwarz-rote Bundesregierung hat die Kontrolle beim Bürgergeld verloren“, sagt Jan Feser (AfD-MdB).

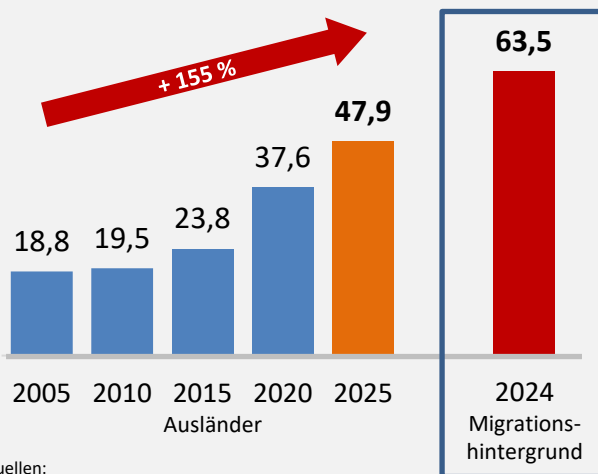
3

■ AfD-MdB René Springer: „Es ist schlicht nicht vermittelbar, dass Bürgergeldempfänger in der Karenzzeit Mieten von über 20 Euro kalt pro Quadratmeter vom Staat bezahlt bekommen. Diese Regelung gehört sofort abgeschafft. Die Ursache für ausufernde Sozialausgaben liegt tiefer: Deutschland zahlt millionenfach Bürgergeld an Menschen ohne deutschen Pass. Das zieht Sozialmigration an und verschärft die Lage auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich. Die Einwanderung in unsere Sozialsysteme muss gestoppt werden – doch mit der von Merz geführten Regierung ist das nicht zu erwarten.“

# 63,5 % der Bürgergeld-Bezieher haben einen Migrationshintergrund

aktualisiert

**Ausländische Leistungsempfänger von Bürgergeld/Arbeitslosengeld II bzw. Hartz IV nach Jahren in %**



Quellen:

1) Antwort Bundesregierung auf Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Familien im Bürgergeld, Drs. 20/14083, 03.12.2024 2) Statista: Anteil der ausländischen Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld (Hartz IV) / Bürgergeld in Deutschland von 2005 bis 2025, 09.05.2025 3) Die Welt: „So viele Bürgergeld-Bezieher haben Migrationshintergrund“, 25.11.2024 4) René Springer: „René Springer: Jeder vierte Rentner in der Grundsicherung ist Ausländer“, 23.09.2024 5) Junge Freiheit: „So viele Milliarden kostet der Migranten-Magnet Bürgergeld jährlich“, 28.04.2025 6) Statista: Anzahl der ausländischen Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II/Sozialgeld/Bürgergeld von 2005 bis 2025, 28.05.2025

1

▪ 63,5 % der Bürgergeld-Bezieher hatten 2024 einen Migrationshintergrund. Anfang „2025 betrug der Anteil der ausländischen Leistungsempfänger von Bürgergeld in Deutschland durchschnittlich rund 47,9 %.“ Zudem ist laut einer Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion „fast jeder Vierte (24,9 %) Bezieher von Grundsicherung im Alter Ausländer.“

2

▪ „Seit der Grenzöffnung 2015 haben sich die Zahlungen an Nichtdeutsche von 6,9 auf 22,2 Mrd. Euro mehr als verdreifacht. Zusätzlich belasteten Bürgergeldzahlungen an ukrainische Staatsbürger die Sozialkassen mit weiteren 6,3 Mrd. Euro. Der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer sieht hierin einen Beleg für ein grundlegendes Versagen der aktuellen Politik: Deutschland importiere „massenhafte Armut“, während die eigenen Bürger die Kosten tragen müssten.“

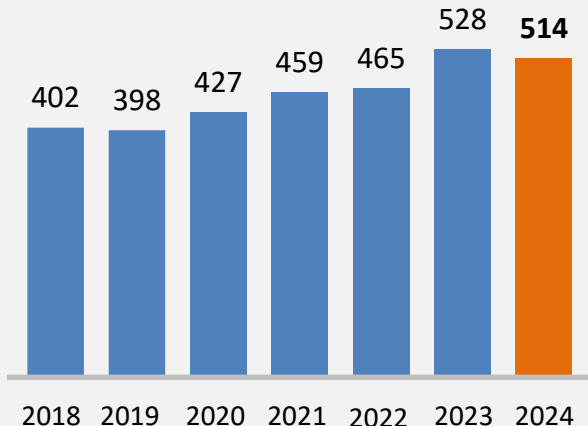
3

▪ René Springer (AfD): „Auf allen Ebenen der Sozialleistungen dominieren Migranten als Empfänger überproportional gegenüber den Einheimischen. Unser gesamtes Sozialsystem wird durch migrierte Leistungsbezieher überlastet, derweil unsere Wirtschaft schrumpft, die Industrie abgebaut wird und die Arbeitslosigkeit steigt. Dieses Modell kann nicht funktionieren. Jede Form von Armutsmigration in unsere Sozialsysteme muss sofort gestoppt werden.“

# Seit 2010 sind 4,7 Mrd. Euro Kindergeld ins Ausland geflossen

aktualisiert

**Kindergeld an Konten im Ausland**  
in Mio. Euro nach Jahren



Quellen:

- 1) Merkur: „Halbe Milliarde: So viel Kindergeld fließt ins Ausland“, 14.03.2025
- 2) Schriftliche Fragen: René Springer (AfD-MdB), Drs. 20/10127, 19.01.2024
- 3) Schriftliche Fragen, René Springer (AfD-MdB), Drs. 19/25900, 12.01.2021
- 4) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Kindergeldstatistik – Entwicklungen im Zeitverlauf, Drs. 19/11307, 02.07.2019 5) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Zahlung von Kindergeld an ausländische Kindergeldberechtigte, Drs. 19/1275, 20.03.2018 6) Bundestag: „Bundestag lehnt Kindergeld-Anpassung für im EU-Ausland lebende Kinder ab“, 18.10.2018, 7) René Springer, MdB, 29.03.2023 8) Bundesagentur für Arbeit: Kindergeld - Deutschland und Länder (Monatszahlen der Familienkasse der BA), Jahre 2018-2022 9) Junge Freiheit: „Deutschland überweist 459 Millionen Euro Kindergeld ins Ausland“, 01.05.2022 10) Die Zeit: „Kindergeld-Zahlungen ins Ausland erneut gestiegen“, 29.01.2024 11) Nius: „4,2 Milliarden Euro: So viel Kindergeld ist seit 2010 ins Ausland geflossen“, 05.02.2024

1

- Die Bundesagentur für Arbeit überwies allein in den Jahren 2018 bis 2024 3,2 Mrd. Euro Kindergeld ins Ausland (nach Einkommensteuergesetz und Bundeskindergeldgesetz), seit 2010 gerechnet waren es sogar 4,7 Mrd. Euro. Vergleicht man dies zum Jahr 2010, in dem nur 36 Mio. Euro ins Ausland überwiesen wurde, hat sich die Zahlung zum Jahr 2024 um über 1.328 % erhöht.

2

- Der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer kritisierte die Kindergeld-Zahlungen ins Ausland: „An manchen Stellen werfe die Bundesregierung mit Steuergeldern nur so um sich. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Kindergeld endlich auf die Lebenshaltungskosten vor Ort abzusinken. Das schafft Gerechtigkeit und entlastet die Steuerzahler.“

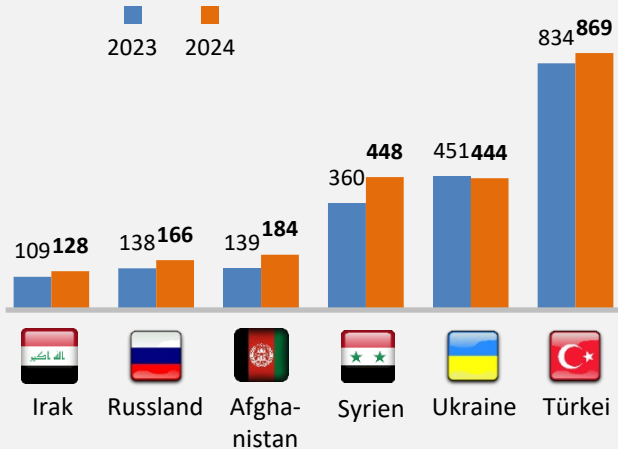
3

- „In einigen osteuropäischen Ländern entspricht das Kindergeld für zwei Kinder bereits einem Monatslohn. Dem deutschen Steuerzahler, der aufgrund der Inflation hier kaum noch seine Miete zahlen kann, ist das nicht mehr vermittelbar“, kritisierte der AfD-Politiker René Springer. Der Antrag der AfD-Bundestagsfraktion, die Kindergeldzahlungen ins Ausland zu reduzieren, wird seit Jahren nicht beraten.

# Ausländer überwiesen 7,7 Mrd. Euro in ihre Heimatländer – plus 13 %

überarbeitet

**Überweisungen von Migranten aus Deutschland in ausgewählte Länder, in Mio. Euro in den Jahren 2023 und 2024**



Quellen:

1) Deutsche Bundesbank: Heimatüberweisungen und Arbeitnehmerentgelte, Stand: 21.05.2025 sowie Bundesbankantwort auf Anfrage 2024/001762, 15.02.2024 2) Die Zeit: „Lindner will Geldtransfers von Asylbewerbern in Heimatländer stoppen“, 05.10.2023 3) TRT Deutsch: „Migration: Lindner will Geldtransfers in Heimatländer unterbinden, 26.10.2023

1

■ Laut Zahlen der Deutschen Bundesbank flossen im Jahr 2024 7,7 Mrd. Euro (2023: 6,8 Mrd. Euro, + 13 %) als Rücküberweisungen ins Ausland. Darin enthalten sind Lohnanteile, aber auch staatliche Leistungen für Asylbewerber. „Ein großer Teil der Überweisungen ging an Verwandte in Europa, wobei Rumänien (698 Mio. Euro) und Polen (606 Mio. Euro) die größten Empfängerländer waren.“

2

■ Innerhalb der EU-Staaten wurden 3,7 Mrd. Euro, in andere europäische Länder 2,2 Mrd. Euro, nach Afrika 442 Mio. Euro, nach Amerika 196 Mio. Euro und in asiatische Länder 1,6 Mrd. Euro transferiert. So wurden u. a. in die Türkei 869 Mio. Euro, nach Syrien 448 Mio. Euro und 444 Mio. Euro in die Ukraine überwiesen.

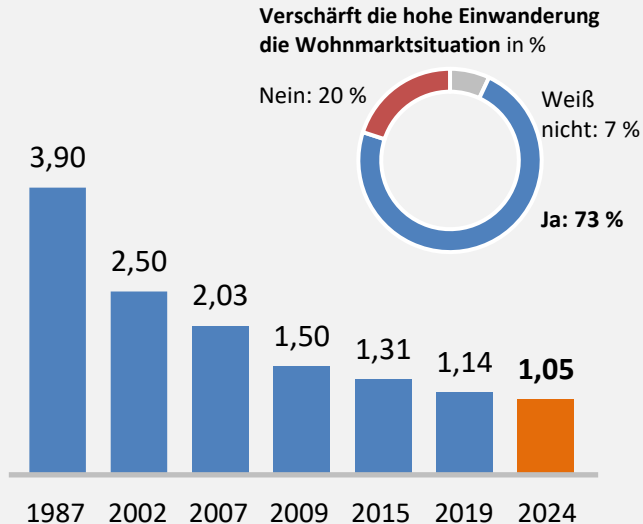
3

■ Die AfD fordert bereits seit Jahren, dass anstelle von Geld- nur noch Sachleistungen ausgegeben werden. Dies könnte dazu führen, dass Asylbewerber weniger Geld in ihre Heimatländer transferieren. Der ehemalige Bundesfinanzminister Christian Lindner erkannte, dass „Geldüberweisungen in Heimatstaaten Geflüchteter auch ‚eine Finanzierungsquelle der Schlepperkriminalität sein‘ könnten“. Er wollte seine Fachleute prüfen lassen, wie man dies blockieren könne. Geändert hat sich nichts!

# Wenige Sozialwohnungen – Migration verschärft Wohnraummangel

NEU

## Bestand an Sozialwohnungen in Deutschland in Mio. nach Jahren



Quellen: 1) Pestel Institut GmbH: Das Bauen und Wohnen in Deutschland sozial neu justieren, Februar 2025 2) Statista: Bestand der Sozialmietwohnungen in Deutschland in den Jahren von 2006 bis 2023, 11.04.2025 3) Junge Freiheit: „Relativ absurde Ergebnisse“, Nr. 7, 09.02.2024 4) Junge Freiheit: „Selbst Grünen-Wähler befürchten Wohnungsnot durch Migration“, 12.12.2024 5) AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Insa-Umfrage: „Führt die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach zu einer Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt?“, November-Dezember 2024 6) Statista: Bestand an Sozialmietwohnungen in Deutschland in den Jahren von 2006 bis 2024, 11.06.2025

1

▪ Laut dem Verbändebündnis „Soziales Wohnen“ „fehlen zu Beginn des Jahres 2025 rund 550.000 Wohnungen“. Zumal „ein Abbau der Defizite durch eine Minderung der Zuwanderung nicht zu erwarten“ sei. So gab es 2024 nur noch rund 1,05 Mio. Sozialwohnungen (2007: 2 Mio.). 73 % der Deutschen befürchten eine Verschärfung der Wohnsituation durch die weitergehende Migration.

2

▪ „Wenn das bereits 2019 formulierte Ziel eines Sozialwohnungsbestandes von 2 Mio. Wohnungen 2030 erreicht werden soll, dann müssen ab 2025 jährlich 210.000 Sozialwohnungen durch Neubau, Modernisierung oder den Ankauf von Belegrechten geschaffen werden. Ohne eine deutliche Erhöhung der Mittel durch Bund und Länder wird dies nicht gelingen.“

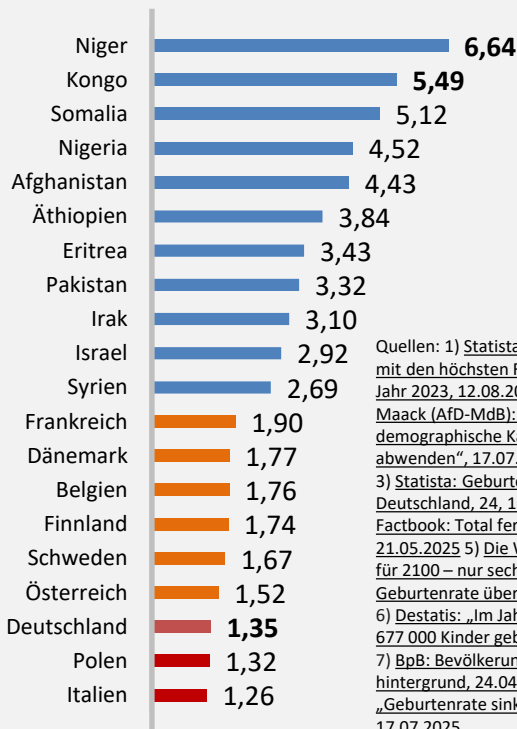
3

▪ Vor allem die hohe und ungesteuerte Zuwanderung hat dazu geführt, dass es für die sozial schwachen Menschen, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, immer weniger Sozialwohnungen gibt. Gerade diese Personengruppe steht in Konkurrenz mit den Gemeinden, die für Zuwanderer häufig einen höheren Mietzins zahlen. Sie hat dadurch das Nachsehen beim günstigen Wohnraum. „Selbst Grünen-Wähler befürchten eine Wohnungsnot durch die Migration.“

# Geburtenrate in Deutschland hat einen neuen Tiefstand erreicht

aktualisiert

## Fertilitätsraten nach ausgewählten Staaten im Jahr 2024 je Frau



Quellen: 1) Statista: Die 20 Länder mit den höchsten Fertilitätsraten im Jahr 2023, 12.08.2024 2) Sebastian Maack (AfD-MdB): „Wir müssen die demographische Katastrophe abwenden“, 17.07.2025

3) Statista: Geburtenrate in Deutschland, 24.16.04.2025 4) CIA Factbook: Total fertility rate, Stand: 21.05.2025 5) Die Welt: „Prognose für 2100 – nur sechs Staaten mit Geburtenrate über 2,1“, 22.03.2024

6) Destatis: „Im Jahr 2024 wurden 677 000 Kinder geboren“, 2025

7) BpB: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, 24.04.2024 8) Die Welt: „Geburtenrate sinkt weiter“, 17.07.2025

1

- Im Jahr 2024 wurden in Deutschland nur noch 677.117 Kinder geboren (-2,3 % zum Jahr 2023). Das ist der tiefste Wert seit 2011 (Geburtenrate: 1,35.) Nur noch in Polen (1,32) und Italien (1,26) liegt die Fertilitätsrate in Europa niedriger. Anders aber als in Italien haben fast die Hälfte der geborenen Kinder in Deutschland einen Migrationshintergrund. Laut Bundeszentrale für politische Bildung „hatten im Jahr 2023 in Deutschland 43,1 % aller Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund.“ Um die Bevölkerung durch Geburten langfristig auf einem konstanten Niveau zu halten, benötigt man eine Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau.

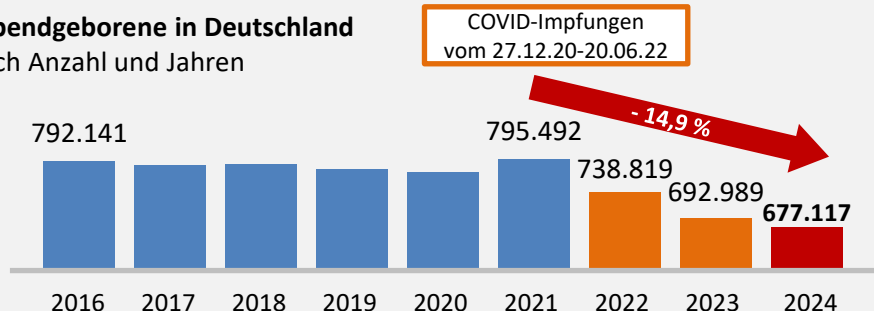
2

- „Mit nur noch 1,35 Kindern je Frau setzt sich der dramatische Abwärtstrend fort. Deutschland braucht keine weiteren kostspieligen Scheinlösungen durch Massenzuwanderung, sondern eine echte Familienoffensive: steuerliche Entlastung für Eltern, verlässliche Rahmenbedingungen für ein Einkommen, von dem eine Familie mit Kindern leben kann, sowie eine Wertschätzung der Leistung von Müttern und Vätern. Genau dafür steht die Familienpolitik der AfD-Bundestagsfraktion: Kinder sind Zukunft, Familien sind das Herzstück unserer Gesellschaft. Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort ein umfassendes Entlastungspaket für junge Familien vorzulegen, statt die demografische Katastrophe weiter zu ignorieren“, sagt Sebastian Maack (AfD-MdB).

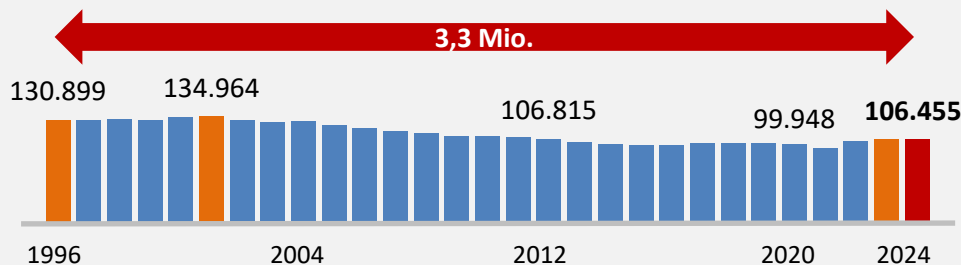
# Immer weniger Lebendgeborene – Schwangerschaftsabbrüche steigen

NEU

## Lebendgeborene in Deutschland nach Anzahl und Jahren



## Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland nach Anzahl und Jahren



1 Seit 2012 wurden in Deutschland noch nie so wenige Kinder lebend geboren wie 2024. Gerade der deutliche Rückgang seit 2021 bietet Raum für Spekulationen. Liegt es u.a. an der COVID-Impfung?

2 Im Jahr 2024 wurden in Deutschland 106.455 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Seit 1996 wurden über 3,3 Mio. Föten abgetrieben. Dies ist auch ein Grund für das Geburtendefizit.

3 Den 106.455 Abtreibungen stehen 677.117 Geburten gegenüber. Das heißt, dass die Geburtenzahl um 15,7 % höher wäre, wenn diese Kinder nicht abgetrieben worden wären.

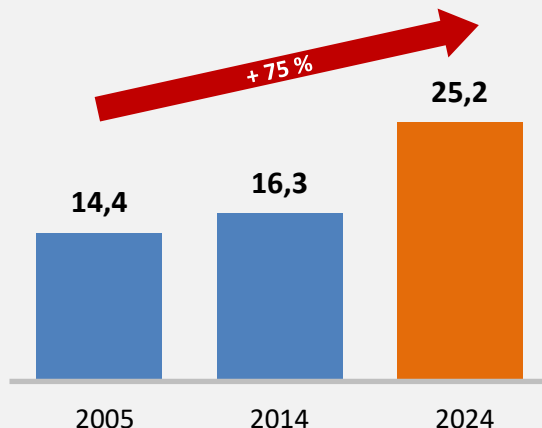
4 Eine Einwanderung bzw. ein Familiennachzug insbesondere von Muslimen mit hoher Geburtenrate, aber geringerer Qualifikation, wird die Probleme nicht lösen, sondern verstärken.

Quelle: 1) Statista: Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland in den Jahren von 1996 bis 2024, 25.04.2025  
 2) Destatis: „Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2024 kaum verändert gegenüber Vorjahr“, 03.04.2025 3) Statista: Anzahl der Geburten in Deutschland von 1991 bis 2024, 16.04.2025 4) Destatis: Lebensgeborene, 01.07.2025 5) Destatis: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland“, 14.06.2024 6) Focus: „Geburtenrate massiv eingebrochen“, 05.11.2024  
 7) Cicero: „Kein Kind in der Krippe“, 26.12.2024 7) Statista: Gesamtzahl der Impfungen gegen das Coronavirus, 02.01.2024

# Über 25 Mio. Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund

aktualisiert

**Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn in Mio. nach Jahren**



Quellen:

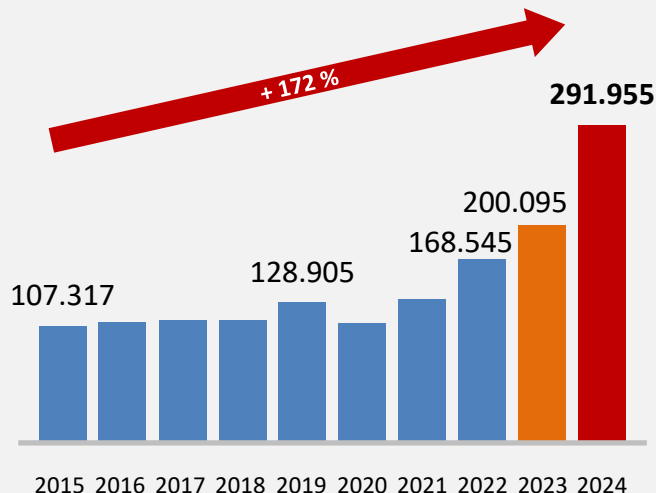
1) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 19.05.2025 2) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2024, 10.02.2025 3) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten 2024 nach Migrationshintergrund, 19.05.2025 4) Destatis: „Bevölkerung im Jahr 2024 um 100000 Menschen gewachsen“, 23.01.2025 5) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2024, 10.02.2025 6) Bundeszentrale für politische Bildung: „Doppelte Staatsangehörigkeit in Deutschland“, 02.12.2024 7) Destatis: „29 500 anerkannt Staatenlose zum Jahresende 2023“, 09.12.2024 8) Destatis: „77 % der Bevölkerung sprechen zu Hause ausschließlich Deutsch“, 18.02.2025

- 1 Ende Dezember 2024 hatten 25,2 Mio. (2005: 14,4 Mio.) von insgesamt 83,6 Mio. Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Innerhalb von 19 Jahren hat sich die Zahl um 75 % erhöht. Insgesamt leben 14,1 Mio. Ausländer in Deutschland. Seit der von Angela Merkel verfügten Grenzöffnung 2015 stieg die Ausländerzahl um fast 72 % (2014: 8,2 Mio.).
- 2 Damit leben in Deutschland so viele Personen mit einem Migrationshintergrund wie noch nie zuvor. Insgesamt weisen 30,4 % aller Personen einen Migrationshintergrund auf. Im Jahre 2023 lebten in Deutschland „zwischen 2,7 bis 5,8 Mio. Deutsche mit mehr als einer Staatsangehörigkeit.“ Genaue Zahlen liegen der Bundesregierung nicht vor.
- 3 Dabei besitzen „Doppelstaatler“ Vorteile gegenüber der Mehrheit der Deutschen, die nur über eine verfügt. Darüber hinaus lebten Ende 2023 bereits 29.500 als staatenlos anerkannte Menschen in Deutschland. Gerade das Einsetzen der starken Fluchtmigration ab 2014 hat zu einer Verdopplung der Zahl geführt.
- 4 77 % (64,3 Millionen) der Bevölkerung sprechen ausschließlich Deutsch zuhause, 12 % (10 Millionen) der Bevölkerung sprechen vorwiegend eine andere Sprache und 6 % (5 Millionen) der Bevölkerung sprechen kein Deutsch.

# 292.000 wurden eingebürgert – „Die Saat von 2015 geht auf“ (FAZ)

aktualisiert

## Einbürgerungen von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quelle: 1) Die Welt: „Das ganze Ausmaß von Deutschlands neuem Einbürgerungsrekord“, 31.05.2025 2) Destatis: „200 100 Einbürgerungen im Jahr 2023“, 28.05.2024 3) Statista: Einbürgerung von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland von 1981 bis 2021 4) Mediendienst Migrtion: „Staatsangehörigkeit und Einbürgerung“, Stand: 21.05.2024 5) Destatis: „29 500 anerkannt Staatenlose zum Jahresende 2023“, 09.12.2024 6) Die Welt: „Mehr als eine Million Muslime in Deutschland zeigen Anfälligkeit für Radikalisierung“, 01.06.2025 7) Die Welt: „Anstieg um 46 Prozent – Zahl der Einbürgerungen erreicht Höchststand“, 10.06.2025 8) Destatis: „291955 Einbürgerungen im Jahr 2024“, 10.06.2025 9) FAZ: „Die Saat von 2015 geht auf“, 10.06.2025

1

▪ Im Jahr 2024 wurden in Deutschland fast 292.000 Ausländer eingebürgert und damit so viele wie noch nie seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2000. Insgesamt erhielten seit 2015 mehr als 1,47 Mio. Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft. Die FAZ kommentierte folgenderweise: „2015 soll sich nicht wiederholen? Jene Einladungspolitik ist mittlerweile fest verankert, wie bei der Einbürgerung zu besichtigen. Die Saat geht auf.“

2

▪ „Treiber des Einbürgererrekords 2024 waren offenbar erneut syrische Staatsangehörige.“ Sie stellten in mit 83.150 die wichtigste Herkunftsgruppe. An zweiter Stelle standen die Türkeistämmigen. Syrer, „die im Jahr 2023 den deutschen Pass erhielten, waren im Schnitt 24,5 Jahre alt und zu 64 % Männer. Vor ihrer Einbürgerung hielten sie sich im Schnitt 6,8 Jahre in Deutschland auf.“

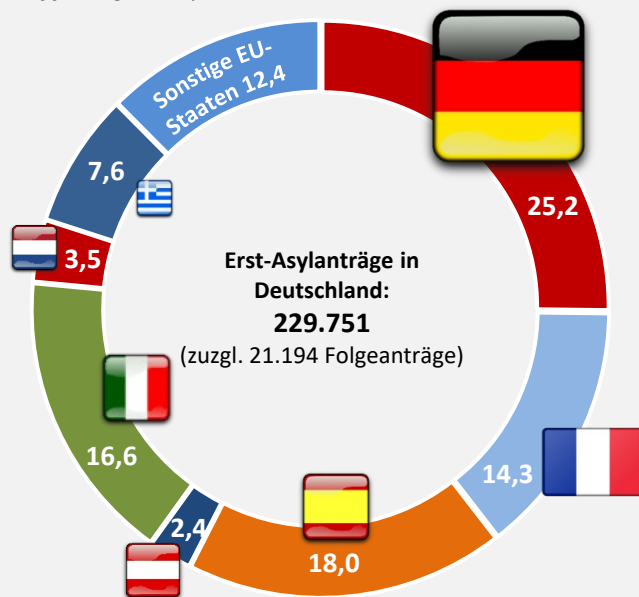
3

▪ Dies ist deshalb problematisch, da laut einer Studie der Universität Münster „jeder fünfte in Deutschland lebende Muslim mit Migrationshintergrund eine emotionale Verfassung aufweist, die Radikalisierung begünstigt.“ U. a. pflegen diese „starke antiwestliche oder antisemitische Feindbilder.“ Darüber hinaus werden immer mehr staatenlose Menschen in Deutschland eingebürgert. Alleine 2023 waren es fast 30.000.

# 25 % aller Asyl-Erstanträge der 27 EU-Staaten entfallen auf Deutschland

aktualisiert

Anzahl der Asylbewerber in der EU  
im Jahr 2024 in %



Quellen:

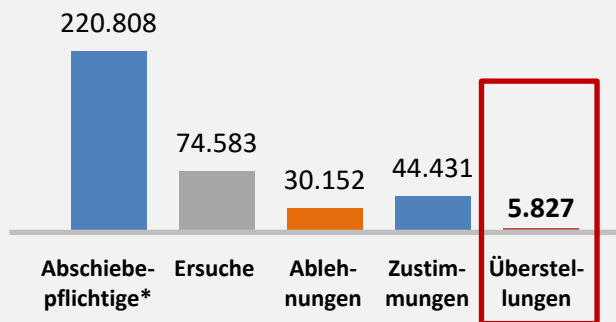
1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2024 – Dezember 2024 2) Statista: Anzahl der Asylanträge (insgesamt) in Deutschland von 1995 bis 2025, 13.05.2025 3) Eurostat: Asylbewerber nach Art des Bewerbers, Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht - jährliche aggregierte Daten, 21.05.2025 4) Der Spiegel: „Athen lehnt Rücknahme von Geflüchteten aus Deutschland ab“, 25.04.2025 5) Bild: „Immer mehr illegale Migranten kommen per Flugzeug“, 03.07.2025

1. Deutschland trug mit 229.751 erstmaligen Asylanträgen im Jahr 2024 erneut den Großteil der Migration in Europa. Das waren über ein Viertel aller in diesem Zeitraum in die Europäische Union gekommenen Migranten (912.415). Insgesamt wurden im Jahr 2024 in Deutschland 250.945 Asylanträge gestellt. Darin enthalten sind 21.194 Folgeanträge.
2. Griechenland lehnt übrigens die Rücknahme von Asylbewerbern ab, die dort als erstes Asyl beantragt haben. Vergleicht man die Asylbewerberzahlen von Deutschland mit anderen Staaten zeigt sich, dass das flächenmäßig etwa gleich große Italien nur 151.120 und das deutlich größere Frankreich nur 130.860 Migranten aufgenommen hatten.
3. Deutschland hat im Jahr 2024 fast so viele Migranten aufgenommen wie 23 andere EU-Staaten zusammen. Belgien (33.050), die Niederlande (31.925), Irland (18.435), Polen (14.445), Schweden (6.755), Finnland (2.260), Portugal (2.675) oder Dänemark (2.180) nahmen im Jahr 2024 vergleichsweise wenige Migranten auf.
4. Wegen der verschärften Grenzkontrollen an Deutschlands Landgrenzen reisen immer mehr illegale Migranten per Flugzeug ein. Sie nutzen das Schengen-System aus. Eine parlamentarische Anfrage der AfD im Bundestag ergab: In den vergangenen zwölf Monaten reisten 12.858 Menschen illegal mit dem Flugzeug aus dem Schengen-Raum ein.“

# Abschiebe-Versagen der Bundesregierung bei Dublin-III-Verfahren

aktualisiert

## Übernahme-Ersuche und Überstellungen von Migranten an die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2024



\* Aufhältige Drittstaatsangehörige, bei denen im Ausländerzentralregister weder ein Aufenthaltstitel, noch eine Duldung, eine Aufenthaltsgestattung oder ein sonstiges Aufenthaltsrecht gespeichert ist bzw. eine Abschiebung ausgesetzt ist.

Quellen:

1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2024 – Dezember 2024 2) Mediendienst Integration: „Abschiebungen und freiwillige Ausreisen“, Februar 2025 3) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2023 – Dezember 2023 4) Bild: „Italien nahm 3 von 12.841 Migranten aus Deutschland zurück“, 13.01.2024 5) Junge Freiheit: „Deutschland führt nur 3000 Migranten ins EU-Ausland zurück“, 09.07.2025

1

- Über 99 % aller Migranten reisen über einen sicheren Drittstaat illegal nach Deutschland ein. Diese müssten aufgrund der Dublin-III-Verordnung wieder in den EU-Staat abgeschoben werden, über den sie nach Deutschland eingereist sind. Für das Jahr 2024 wären das 220.808 Menschen gewesen.

2

- Doch die Bundesregierung stellte nur 74.583 Übernahme-Ersuche an die EU-Staaten. Von diesen Übernahme-Ersuchen wurden nur 44.431 akzeptiert. Überstellt wurden letztlich aber nur 5.827 (7,8 %; 2023: 9,1 %; 2022: 11,5 %). Im ersten Halbjahr 2025 waren nur 3.109 Übernahmeersuche erfolgreich.

3

- Die Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten brechen permanent das EU-Recht, indem sie die Rücknahme der aufzunehmenden Migranten ihrerseits regelmäßig verweigern. Dagegen nahm Deutschland sogar von den anderen EU-Staaten 4.592 (2023: 4.275) Migranten zurück. Dies entspricht 30,6 % der Gesuche.

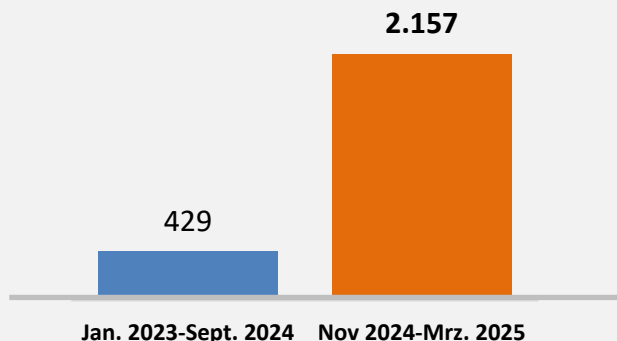
4

- Einige EU-Staaten weigern sich Dublin-III anzuerkennen. So sollten nach Griechenland 15.453 Personen überstellt werden, in nur 22 Fällen gelang das tatsächlich. Italien verfährt ähnlich. Von 12.841 gestellten Übernahmeersuchen erfolgten nur drei Überstellungen (Kroatien: 533 von 14.068).

# Asylanten machen Urlaub in ihren Heimatländern – Dunkelziffer hoch

NEU

**Reisen von Flüchtlingen, Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in ihr Herkunftsland nach Anzahl und Zeiträumen**



Quellen: 1) Tagesschau: „Verfahren gegen mehr als 2.000 Flüchtlinge“, 24.04.2025  
 2) Nius: „So viele Asyl-Migranten machten seit 2023 Urlaub in ihren Heimatländern“, 15.10.2024  
 3) Junge Freiheit: „Mehr als 400 Asylbewerber besuchten seit 2023 ihre Heimat“, 16.10.2024  
 4) Tobias Matthias Peterka (AfD-MdB): „Bundesregierung ist nicht gewillt, Missbrauch des Asylrechts einen Riegel vorzuschieben“, 10.10.2024  
 5) Antwort Bundesregierung auf Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: „Reisen von Flüchtlingen, Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in ihr Herkunftsland“, Drs. 20/13283, 04.10.2024  
 6) Junge Freiheit: „Syrier machen lieber Heimaturlaub als auszureisen“, 08.07.2025  
 7) Antwort Bundesregierung auf Kleine Anfrage des AfD-Bundestagsfraktion: „Konsequenzen aus der neuen politischen Lage in Syrien nach dem Sturz des Assad-Regimes für die Asylgewährung, den Widerruf von Schutzgewährungen sowie die Möglichkeit von Abschiebungen nach Syrien“, Drs. 21/689, 27.06.2025

1

„In der Regel gilt: Flüchtlinge, die zeitweise in ihre Heimat zurückkehren, riskieren ihren Schutzstatus in Deutschland.“ Insgesamt sind zwischen dem 1. November 2024 und dem 31.5.2025 2.157 Widerrufsprüfverfahren eingeleitet worden. „Die häufigsten Heimreiseländer waren in diesem Zeitraum Irak (762 Fällen), Syrien (734), Afghanistan (240), Iran (115) und die Türkei (31).“

2

Der Bundesregierung war vorher nicht bekannt, in wie vielen Fällen das BAMF Widerrufsverfahren gegen Flüchtlinge führte. Dazu Tobia Peterka (AfD-MdB): „Diese Unwissenheit ist erschreckend, zeigt aber umso mehr, dass die Bundesregierung offenkundig nicht bereit ist, dem Missbrauch des Asylrechts endgültig einen Riegel vorzuschieben.“

3

„Doch für Ukrainer soll die Regelung nicht gelten, gibt die Bundesregierung mit Verweis auf einen unterschiedlichen Rechtsstatus zu. Eine Reise per FlixBus nach Kiew muss dementsprechend auch weiterhin nicht gemeldet werden. Ein möglicher Widerruf des Aufenthaltstitels komme ,in Bezug auf geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer, welche über einen Aufenthaltstitel aus § 24 Aufenthaltsgesetz verfügen, nicht zur Anwendung‘.“

# Die Versorgung abgelehnter Asylbewerber ist in Deutschland am besten

aktualisiert

## Sozialleistungen Asylbewerber im Ländervergleich (Auswahl) im Jahr 2025

| Land                                                                              | Geld-/Sachleistungen pro Monat                                         | Unterkunft                                                                    | Zugang zum Gesundheitssystem                            |
|-----------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------|
|  | <b>441 EUR</b><br>(Regelsatz)                                          | <b>Wohnung, teilweise Aufnahmezentrum</b>                                     | <b>Ja</b>                                               |
|  | <b>236 EUR</b><br>(Keine Zahlungen nach Ablehnung)                     | <b>Meist Aufnahmezentrum, Wohnung muss selbst bezahlt werden</b>              | <b>Nein, stattdessen Krankenstation Aufnahmezentrum</b> |
|  | <b>210 EUR</b><br>(Keine Zahlungen nach Ablehnung)                     | <b>Meist Aufnahmezentrum</b><br>(bei fehlender Unterkunft zusätzlich 440 EUR) | <b>Ja</b>                                               |
|  | <b>77 EUR</b> (je nach Region auch als Sachleistung)                   | <b>Aufnahmezentrum</b>                                                        | <b>Ja</b>                                               |
|  | <b>40 EUR</b> (Taschengeld)                                            | <b>Meist Aufnahmezentrum</b>                                                  | <b>Ja</b>                                               |
|  | <b>0 EUR</b> (bei Gewährung vorübergehendem Schutz 60 EUR Taschengeld) | <b>Aufnahmezentrum</b>                                                        | <b>Ja</b>                                               |

Quellen: 1) Tagesschau: „Welche Leistungen bekommen Geflüchtete?“, 11.03.2025 2) Bild: „So könnt ihr Deutschen das Asyl-Chaos stoppen“, 22.05.2025 3) Bild: „Asylzahlen runter! Wie Dänemark und Schweden das geschafft haben“, 05.09.2024 4) Bild: „Asyl-Magnet Deutschland. Darum wollen alle zu uns“, 26.09.2023 5) Das Land Steiermark: Grundversorgung von AsylwerberInnen, Stand: 25.05.2025 6) MDR: „Asyl-Leistungen: Wie attraktiv sind sie hier im Vergleich zu anderen EU-Ländern?“, 26.11.2023

1 Die Sozialleistungen in Deutschland sind allgemein höher als anderswo. Anders als in anderen Ländern „zahlt Deutschland auch denjenigen weiter Sozialleistungen, deren Asylantrag bereits abgelehnt wurde und die ausreisepflichtig sind.“

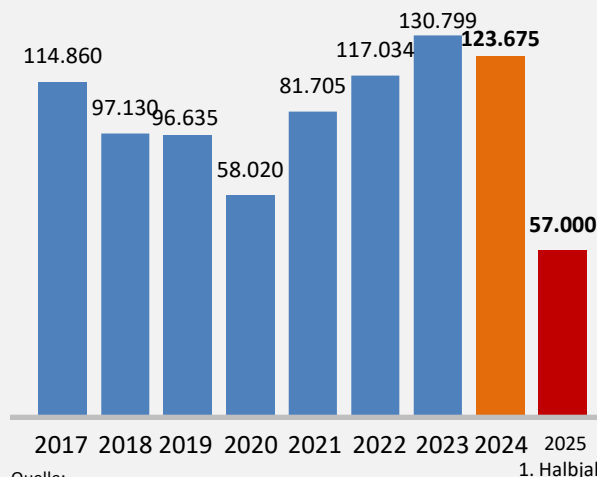
2 Asyl ist in Dänemark zeitbegrenzt. Wird der Asylantrag abgelehnt, muss man freiwillig an der Heimreiseplanung teilnehmen. „Wer ablehnt auszureisen, bekommt kein Geld mehr, nur noch Essen, Kleidung und Unterkunft in einem Abschiebelager.“

3 Zudem „darf in Dänemark die Polizei Asylbewerber durchsuchen und Wertgegenstände ab einem Wert von ca. 1.300 Euro konfiszieren.“ „In Schweden und Dänemark müssen Migranten ein hohes Einkommen und eine große Wohnung nachweisen, bevor sie Verwandte nachholen können.“

# Seit 2017: Bundesregierung erteilte 918.000 Visa für Familiennachzug

NEU

## Erteilte Visa für den Familiennachzug nach Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quelle:

1) Nius: „2024 kamen bislang 115.000 Menschen über den Familiennachzug nach Deutschland – fast 19.000 davon aus Syrien“, 11.12.2024 2) Statista: Anzahl der zum Zweck des Familiennachzugs eingereisten Drittstaatsangehörigen in Deutschland von 2017 bis 2023, 30.01.2025 3) Martin Hess, AfD-MdB: „AfD deckt auf! ‚Nius‘ berichtet“, 11.12.2024 4) Mediendienst Integration: „Was bedeutet ein Stopp des Familiennachzugs?“, 27.05.2025 5) Bild: „So viele wollen per Familiennachzug nach Deutschland“, 20.06.2025 6) Nius: „Zahlen für das 1. Halbjahr 2025: Das Auswärtige Amt verteilte bereits 57.000 Visa zum Zwecke des Familiennachzugs“, 07.07.2025

1

- Im Jahr 2024 hat die Bundesregierung 120.000 Visa zum Zwecke des Familiennachzugs erteilt. Allein seit 2017 sind dadurch 918.00 Familienmitglieder von Migranten zusätzlich nach Deutschland gekommen. Die „fünf führenden Staatsangehörigkeiten beim diesjährigen Familiennachzug gliederten sich 2024 wie folgt: Syrien: 18.586; Türkei: 13.484; Indien: 11.534; Kosovo: 7.923; Iran: 4.147. In 56 % der Fälle handelte es sich um den Nachzug von Ehegatten. 39 % des Familiennachzugs bezogen sich auf Kinder, die so nach Deutschland kamen.“ „Sage und schreibe 380.000 Angehörige der subsidiär schutzbedürftigen Migranten wollen nach Deutschland nachkommen.“

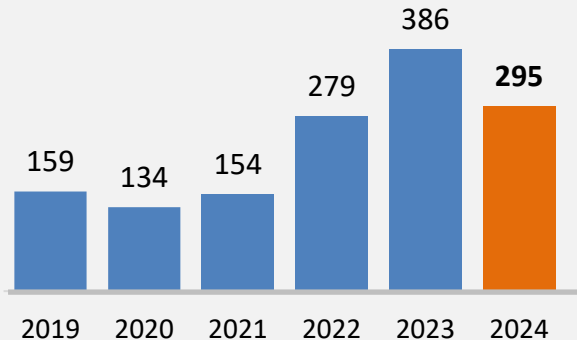
2

- Martin Hess, AfD-MdB: „Diese Zahlen zeigen klar: Die Massenmigration setzt sich auch auf indirektem Wege ungebrems fort.“ „Es ist unverantwortlich, dass die deutsche Regierung weiterhin Visa erteilen will, ohne die aktuellen Entwicklungen oder realen Gefahren dieser Regelung angemessen zu berücksichtigen. Gerade mit Blick auf Syrien muss gelten: Für viele Flüchtlinge entfällt mit dem Ende des Assad-Regimes der ursprüngliche Fluchtgrund. Syrer benötigen hierzulande keinen Schutz mehr und müssen daher in ihre Heimat zurückkehren, anstatt weitere Angehörige nach Deutschland zu holen.“

# Trotz Verbot gibt es viele Kinderehen – hohe Dunkelziffer

NEU

## Kinderehen in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

- 1) Anfrage von Nicole Höchst (AfD-MdB) an Bundesregierung: „Wie viele Kinderehen gab und gibt es in Deutschland seit 2015 bis heute“, Nr. 42, 12.02.2025
- 2) Nicole Höchst (AfD-MdB): „Nicole Höchst: Bekämpfung von Zwangsheirat – Ein Auftrag an die neue Regierung“, 07.10.2021
- 3) Bild: „Acht Zwangssehen in sechs Monaten“, 04.04.2024
- 4) Tagesschau: „Nachbesserung bei Kinderehen-Verbot beschlossen“, 07.06.2024

1

- Laut der Bundesregierung gab es von 2019 bis 2024 insgesamt 1.407 Kinderehen.“ Vermutlich ist die Dunkelziffer höher. Denn laut einer Umfrage gab es allein im Jahr 2022 in Berlin „496 Fälle von versuchter und erfolgter Zwangsverheiratung“, von denen vielfach Mädchen betroffen waren. In Deutschland sind Kinderehen seit 2017 verboten, da das Mindestalter für eine Eheschließung 18 Jahre beträgt.

2

- Gerade im islamischen Kulturkreis sind Kinderehen normal. Daher werden nicht wenige Kinderehen im Ausland geschlossen und die minderjährigen Mädchen danach nach Deutschland im Wege der Familienzusammenführung gebracht. Allein seit 2019 haben 311 Syrer, mindestens 92 Afghanen, aber auch 286 Ukrainer und 302 Bulgaren in Deutschland Kinderehen geführt.

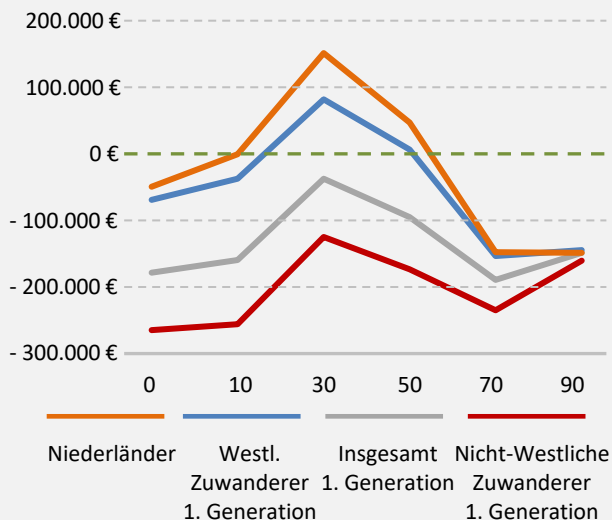
3

- Die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst erklärt dazu: „Menschenrechte müssen genauso wie unsere Gesetze für alle gelten. Wie kann es sein, dass nicht alle Zwangsehen aufgehoben wurden? Mit Zwangsheiraten macht man Menschen dauerhaft unglücklich und nimmt ihnen jegliche Würde.“

# Studie belegt, dass Zuwanderung einen negativen Nettobeitrag leistet

NEU

## Nettobeitrag eines gebürtigen Niederländers versus Zuwanderers (mit Rückwanderung) nach Alter in Euro



Quellen:

1) IZA Institute of Labor Economics: The Long-Term Fiscal Impact of Immigrants in the Netherlands, Differentiated by Motive, Source Region and Generation, Dezember 2024 2) Stiftung Marktwirtschaft: Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung, Dezember 2016 3) Stiftung Marktwirtschaft: Ehrbarer Staat? Fokus Migration zur fiskalischen Bilanz der Zuwanderung, Update 2023, Januar 2024

1

- Laut einer niederländischen Studie sind die Unterschiede zwischen westlichen und nicht-westlichen Zuwanderern eklatant. Westliche Zuwanderer trugen 2016 insgesamt 0,9 Mrd. Euro bei, während nicht-westliche Zuwanderer 18,2 Mrd. Euro erhielten. Westliche Zuwanderer sind in Bezug auf Kosten und Nutzen den einheimischen Niederländern sehr viel ähnlicher als nicht-westliche Zuwanderer. Auch in Bezug auf die Altersstruktur sind die Unterschiede zwischen westlichen Zuwanderern und den einheimischen Niederländern relativ gering, so dass beispielsweise die Inanspruchnahme der staatlichen Rente fast der der einheimischen niederländischen Bevölkerung entspricht.

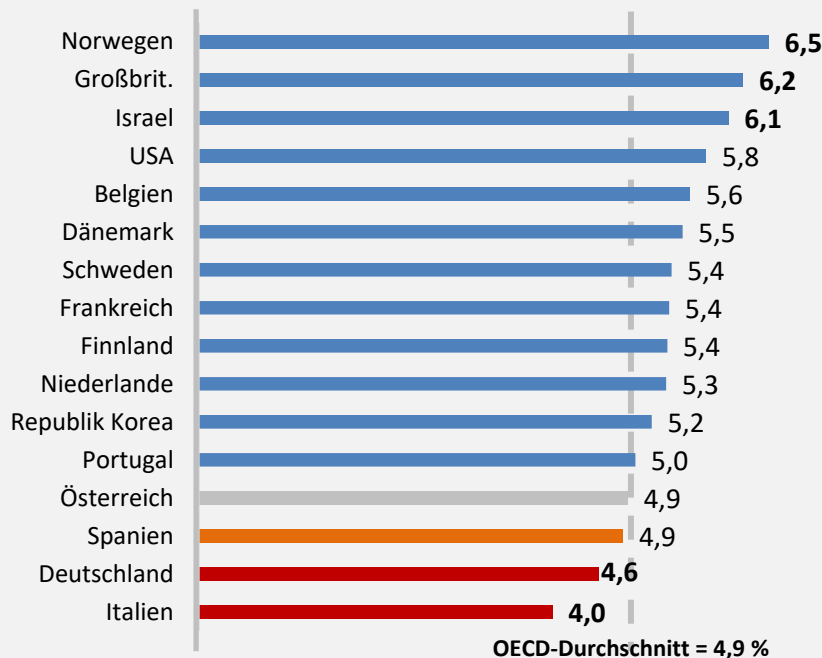
2

- Noch eklatanter fällt der fiskalische Beitrag aus, wenn statt einer einzelnen Person, Familien gegründet werden. Eine gebürtige niederländische Familie steuert einen positiven Nettobeitrag zum Staatshaushalt von 256.000 Euro bei, westliche Zuwanderer-Familien noch 60.000 Euro. Anders bei einer Nicht-Westlichen Zuwanderer-Familie. Hier läuft ein negativer fiskalischer Beitrag von 772.000 Euro auf. Wenn die Eltern einen stark negativen Nettobeitrag leisten, hinkt die zweite Generation in der Regel ebenfalls deutlich hinterher. Die hohen fiskalischen Kosten von Einwanderern werden v.a. durch niedrige Steuerbeiträge und Sozialversicherungsbeiträge verursacht.

# Deutschland investiert im OECD-Vergleich weiter zu wenig in Bildung

aktualisiert

**Öffentliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen (Primar- bis Tertiärbereich) im Ländervergleich in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt in % im Jahr 2021**



1 „Deutschland vernachlässigt seine Schulen, belegt ein veröffentlichter OECD-Bericht: 2021 flossen demnach 4,6 % des BIP in die Bildungseinrichtungen von Grundschulen bis Hochschulen. Der OECD-Durchschnitt lag bei 4,9 %.“ „Ein schlechtes Zeugnis.“

2 „Gerade bei der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund fehlen Milliarden. Ihre Eltern haben oft ein geringeres Bildungsniveau, viele von ihnen sprechen zu Hause kein Deutsch. Das erschwert den Erwerb von Sprach- und Lesekompetenzen, die für den Bildungserfolg entscheidend sind.“

3 Belgien und Portugal – beide hoch verschuldet – investieren prozentual mehr in Bildung als Deutschland. Da Bildung zum wichtigsten „Rohstoff“ Deutschlands zählt, verspielen wir langfristig unsere Zukunft.

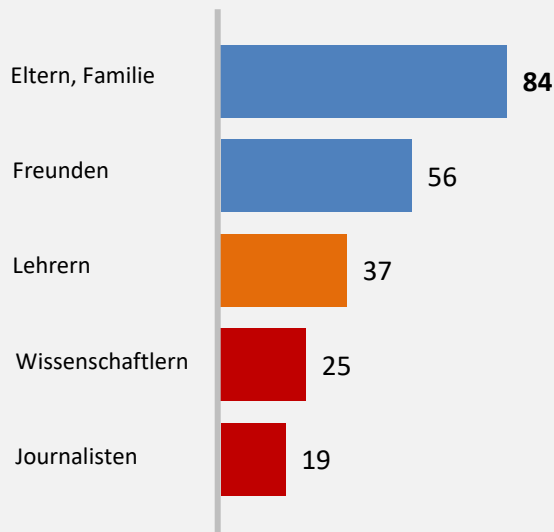
Quellen: 1) Destatis: Bildungs-Finanzbericht 2024, 12.12.2024 2) IW-Institut: „Neuer OECD-Bericht: Warum Deutschland mehr Geld in Bildung stecken muss“, 10.09.2024

# Fast zwei Drittel der Jugendlichen vertrauen ihren Lehrern nicht mehr

NEU

## Vertrauen bei politischen Themen

Wessen Aussagen vertraust Du am meisten?, in %



Quellen:

1) Vodafone Stiftung: Jugendstudie. „Große Mehrheit der deutschen Jugendlichen sorgt sich um ihre zukünftige Freiheit“, 23.05.2024 2) Junge Freiheit: „Neutralität an Schulen – Bleistift, Maulkorb, Geodreieck“, 03.08.2024 3) Deutscher Bundestag: „Bundestag streitet über Meinungsfreiheit an Schulen und Hetzkampagnen“, 22.03.2024 4) Neue Zürcher Zeitung: „Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert Stellen zum Melden von Lehrern in Deutschland“, 26.05.2025

1

„Der Freundes- und Familienkreis bilden für die meisten Jugendlichen einen Raum für freie Meinungsäußerung.“ Dagegen vertrauen die Schüler nur noch zu 37 % ihren Lehrern, weniger als ein Fünftel den Medien. „Viele Schüler trauen sich im Unterricht nicht mehr, offen zu reden. Die AfD fordert daher mehr Fairness im Klassenzimmer. Doch die linkspolitischen Kräfte sind tief in Institutionen und Politik eingesickert.“

2

Ein Beispiel: Ende Februar 2024 hatte der Schulleiter des Gymnasiums in Ribnitz-Damgarten „die Polizei verständigt, nachdem er Hinweise erhalten hatte, eine 16-Jährige verbreite rechtsextreme, mutmaßlich staatschutzrelevante Inhalte in sozialen Medien. Der Verdacht bestätigte sich nicht, die Polizei ließ das Mädchen jedoch für ein Aufklärungsgespräch aus dem Unterricht holen. Der Vorfall sorgte für Aufsehen.“

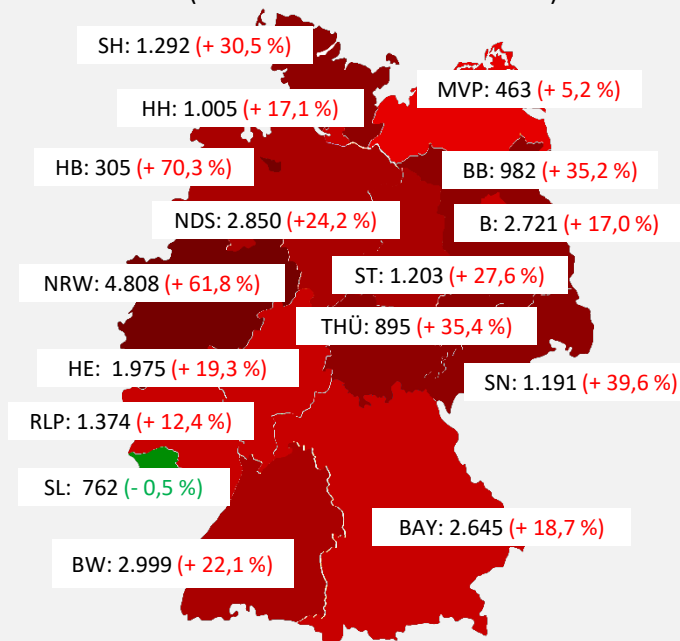
3

Die AfD übte im Bundestag „heftige Kritik am Vorgehen von Schule und Polizei. „Hier wurde deutlich eine rote Linie überschritten“, sagte Leif-Erik Holm. Die Schülerin sei „mit der ganzen Macht des Staates drangsaliert“ worden. Kinder und Heranwachsende in diesem Land müssten „frei aufwachsen“ können. Deutschland brauche keine „Duckmäuser“, sondern „freie, selbstredende Menschen“. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert dagegen, dass man auch Lehrer denunzieren solle, die nicht ihrer Meinung sind.

# Gewalttaten an Schulen nehmen deutlich zu (+ 27 %) – Politik versagt

NEU

## Gewalttaten an Schulen nach Bundesländern im Jahr 2023 (in Klammer Zunahme zu 2022)



Quellen: 1) NOZ: „Mehr Gewalt an Schulen“, 05.09.2024 2) ZDF: „Mehr Gewalt an Schulen“, 24.01.2025 3) Focus: „Messerattacke in Berlin“, 26.05.2025 4) AfD: „AfD-Bildungspolitiker beschließen Resolution zum Thema Gewalt an Schulen“, 02.12.2024 5) AfD-Bundestagsfraktion: „Forschung über Gewalt an Schulen“, Drs. 20/11410, 14.05.2024 6) Nius: „Hälfte der Deutschen hat Angst um ihre Kinder“, 03.06.2025 7) Die Welt: „Das wahre Ausmaß der Gewalt an Schulen“, 21.07.2025

1

„Die Gewalt an Schulen hat deutlich zugenommen. Bundesweit erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Vorfälle von 21.570 im Jahr 2022 auf 27.470 im Jahr 2023 – ein Anstieg von rund 27 %.“ 57 % der Eltern haben Angst, „dass ihre Kinder in der Schule Gewalt erleben.“ 2024 fanden „35.570 Gewaltdelikte an Deutschlands Schulen statt. Diese Zahlen liegen noch einmal höher als die von den Ländern gemeldeten Werte.“

2

„Viele Schulleitungen berichteten von Fällen, bei denen Lehrkräfte beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden. Knapp 2/3 aller Befragten kann sich an einen entsprechenden Fall erinnern.“ „Man habe von der Politik Versprechungen gehört, dass das Thema ernst genommen werde. „Wenn die Politik es wirklich so behandelt hat, dann hat sie auf ganzer Strecke versagt“, kritisierte der Bundesvorsitzende des Verbands Bildung + Erziehung.

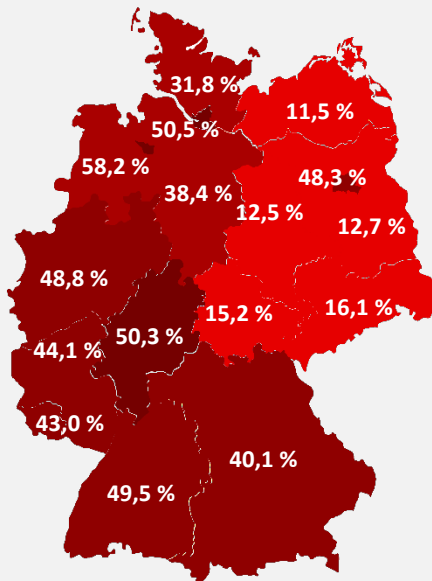
3

„Die Problemlagen reichen von: Mobbing und Stalking, Schutzgelderpressung und Bedrohung, bandenähnlichen Gruppierungen, Bedrohungen von massiven Gewalttaten wie z. B. Amok bis hin zu Anzeichen von Schülerprostitution.“ Die AfD fordert u. a. die „Absenkung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre und eine Durchsetzung der Erziehungspflicht nach Art. 6. Abs. 2 GG und § 171 StGB der Eltern und der Schule für die Dauer des Schulbesuchs.“

# 41 % der 6-17 Jahre alten Schüler haben einen Migrationshintergrund

aktualisiert

**Anteil Personen mit Migrationshintergrund im schulpflichtigen Alter (6–17 Jahre) im Jahr 2022 in %**



Quellen:

1) Sachverständigenrat für Integration und Migration: Ungleiche Bildungschancen, 22.02.2024 2) News4Teachers: „AfD will Höchstgrenze für Schüler mit Migrationshintergrund: Zehn Prozent pro Klasse“, 25.01.2023 3) IQB-Bildungstrend 2022: Die wichtigsten Ergebnisse, 13.10.2023 2) Bild: „Bildungs-Beben! Viertklässler immer schlechter. Mehr Schüler ohne Abschluss. Wie Ihr Bundesland abschnidet“, 30.08.2023 3) Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Bildungsmonitor 2023, 30.08.2023

1

- Die Veränderung bei der Zusammensetzung in den Schulklassen hat sich von 2011 bis 2022 deutlich verändert. Im Jahr 2022 hatten 41 % der Kinder und Jugendlichen von 6 bis 17 Jahren einen Migrationshintergrund. Unter den Viertklässlern waren es 2011 nur 13,6 %, 2021 bereits 38,3 %.

2

- Die Veränderung der Klassenzusammensetzung hat auch Auswirkungen bei den Lernkompetenzen. So sind laut dem IQB-Bildungstrend „bei Zuwandererkindern Kompetenzrückgänge deutlich festzustellen.“

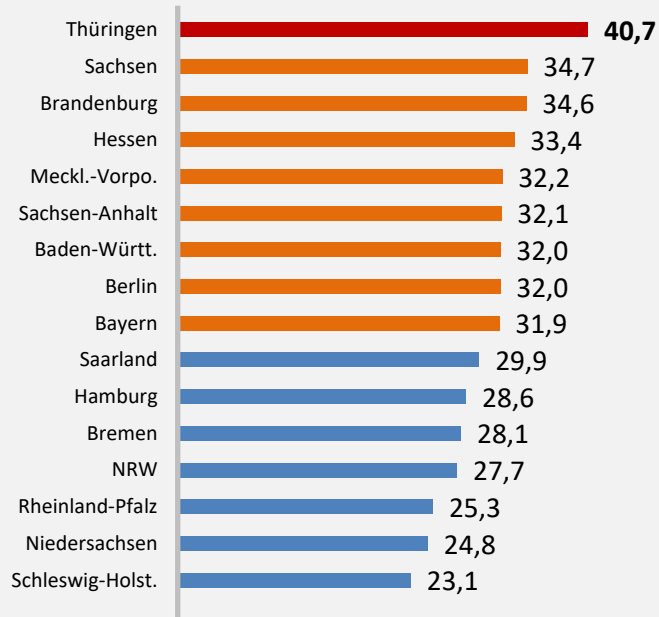
3

- Nach Ansicht der AfD „sollen Schüler mit Migrationshintergrund nur in eine reguläre Klasse kommen dürfen, wenn sie ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen.“ Gerade die „Zuwanderungspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat an den Schulen zu Problemen geführt. So schnitten laut dem IQB-Bildungstrend Viertklässler v.a. bei der Rechtschreibung schlecht ab, aber auch beim Lesen, Zuhören und in Mathematik.

# Immer mehr Einser-Abiturienten – Wird das Abitur entwertet?

NEU

## Anteil der Abiturienten mit einem Notendurchschnitt zwischen 1,0 und 1,9 nach Bundesländern (2023/2024)



Quellen: 1) Statista: Anteil der Abiturienten mit einem Notendurchschnitt zwischen 1,0 und 1,9 in Deutschland nach Bundesländern im Schuljahr 2023/2024, 11.04.2025  
 2) IW-Institut: „Immer mehr Einser-Abiturienten. Und was ist mit den Besten?“, IW-Kurzbericht 18/2019 3) Bundeszentrale für politische Bildung: „Mehr Einser-Abis in Deutschland“, 03.03.2023 4) News4Teachers: „Philologen beklagen Einser-Inflation“, 08.05.2024 5)

1

Die Zahl der Einser-Abiturienten nimmt seit Jahren immer stärker zu. Waren es 2006 noch 8,7 %, ging der Anteil 2017 auf 6,6 % zurück. 2023/2024 waren es schon über 30 %. „Dabei sind den PISA-Studien zufolge heute an sich nicht mehr Schüler als ‚Top-Performer‘ einzustufen. Den Leistungsstärksten schadet das, wenn ihre Kompetenzen schlechter gefördert und dokumentiert werden.“

2

Laut dem Philologenverband Niedersachsen „befindet sich der Wert der Allgemeinen Hochschulreife im Sinkflug.“ Anders ausgedrückt: Entweder werden immer mehr Einser-Abiturienten klüger, oder das Abitur verkommt zu einer Art Teilnehmerurkunde.

3

Dazu Heiko Scholz, bildungspolitischer Sprecher der hessischen AfD-Fraktion: „Trotz immer besserer Noten der Abiturienten in Deutschland, beobachten wir in allen Vergleichsstudien ein immer weiter absinkendes Leistungsniveau unserer Schüler. Um Leistung anzuerkennen und einen Vergleichsmaßstab abzubilden, bedarf es einer Rückkehr zur Vermittlung von anwendbarem Wissen und Können statt bloßer Kompetenzorientierung.“

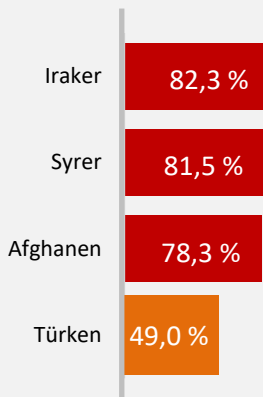
# 6 Millionen haben keinen Berufsabschluss – Zuwanderung Mitschuld

NEU

## Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger in der EU im Jahr 2024 in % (Auswahl)

|                                                                                   |                                                                                   |                                                                                   |                                                                                   |
|-----------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------|
|  |  |  |  |
| 2,0 %                                                                             | 2,8 %                                                                             | 4,1 %                                                                             | 6,6 %                                                                             |
|  |  |  |  |
| 7,0 %                                                                             | 7,0 %                                                                             | 7,2 %                                                                             | 7,7 %                                                                             |
|  |  |  |  |
| 8,1 %                                                                             | 9,3 %                                                                             | 9,6 %                                                                             | 9,8 %                                                                             |
|  |  |  |  |
| 10,4 %                                                                            | 12,4 %                                                                            | 13,0 %                                                                            | 16,8 %                                                                            |

## 20 bis 30 Jahre alte Zuwanderer ohne Ausbildung in Deutschland im Jahr 2023 in % (Auswahl)



1. „Die Zahl der Beschäftigten ohne Berufsabschluss ist auf etwa sechs Millionen gestiegen. Der Schock: Bisher war ‚nur‘ die ohnehin bereits hohe Zahl von 2,9 Mio. unqualifizierten Arbeitskräften zwischen 20 und 35 Jahren bekannt.“
2. „Rund 100.000 bleiben jährlich ohne Schulabschluss. Das alles verstärkt den grassierenden Fachkräftemangel. Dazu kommen „etwa 6,2 Mio. erwachsene sogenannte „funktionale Analphabeten“ – Menschen, die praktisch weder schreiben noch lesen können.“
3. „Diese Entwicklung geht zufolge zum Teil auf Zuwanderung zurück.“ 82,3 % der Iraker, 81,5 % der Syrer, 78,3 % der Afghanen und 49 % der Türken verfügen über keinen beruflichen Abschluss. „Der Anteil der deutschen Staatsangehörigen ohne Abschluss nahm von 2013 bis 2024 leicht auf knapp 10 % zu.“

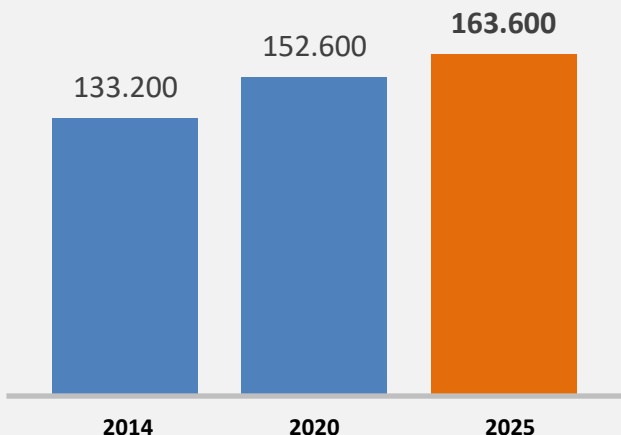
Quellen:

1) Eurostat: Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger nach Geschlecht, 14.04.2025 2) Bild: „6 Millionen Beschäftigte ohne Berufsabschluss“, 17.02.2025 3) Die Zeit: „Studie: Mehr junge Leute haben keinen Berufsabschluss“, 24.05.2025 4) Nius: „81,5 Prozent der 20- bis 34-jährigen Syrer verfügen über keinen Berufsabschluss“, 01.07.2024

# Im technischen Bereich (MINT) fehlen Deutschland 164.000 Fachkräfte

aktualisiert

**Offene MINT-Stellen in Deutschland  
nach Anzahl und Jahren**



Quellen:

1) IW-Institut: MINT-Frühjahrsreport 2025, 21.05.2025 2) Christoph Birghan (AfD-Bundestagsfraktion): „Die deutsche Bildungsmisere schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland“, 27.05.2025 3) Destatis: „Studierende in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft (MINT) und Technik-Fächern“, 09.08.2024

1

▪ Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft „offenbart der aktuelle MINT-Report eine Lücke von 163.600 MINT-Fachkräften – dies müsste ein Weckruf für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sein. Die Politik sollte die im Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und zur Stärkung der Bildungschancen zügig umsetzen und die MINT-Förderung auf allen Ebenen sowie ressortübergreifend verankern.“

2

▪ „Obwohl die deutsche Wirtschaft seit Jahren von einer Krise in die nächste rutscht und entsprechend die Nachfrage nach Fachkräften sowieso schon abgenommen hat, können aktuell 163.600 MINT-Arbeitsplätze dennoch nicht besetzt werden. Statt eine qualifizierte Ausbildung an den Universitäten zu gewährleisten, fördert man seit Jahren einen universitären Wildwuchs, der unserem Land erheblichen Schaden zufügt“, sagte Christoph Birghan (AfD-MdB).

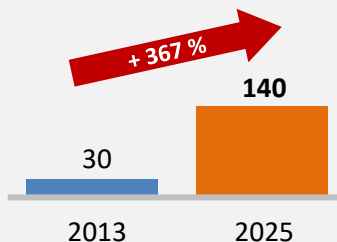
3

▪ Laut dem Statistischen Bundesamt gingen im Jahr 2023/24 die Studienanfänger in MINT-Bereichen zum Jahr 2022/23 um 2,6 % (2021/22: -3,8 %) erneut zurück. Nun rächt es sich, dass die deutsche Bildungspolitik einen Wasserkopf an Politologen, Kulturwissenschaftlern, Genderforschern & Co heranzüchtet, aber die naturwissenschaftlichen Fächer sträflich vernachlässigt hat.

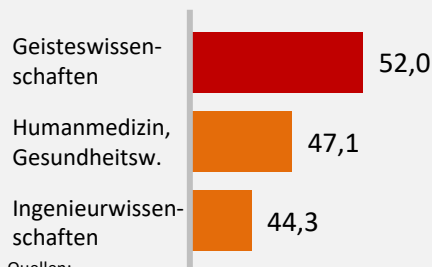
# Die Probleme an den deutschen Hochschulen werden immer größer

NEU

## Sanierungsbedarf an Hochschulen in Mrd. Euro nach Jahren



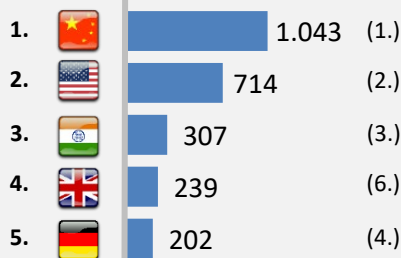
## Anteil beschäftigte Professoren, die von 2024 bis 2033 65 Jahre alt werden nach Fächergruppe und in %



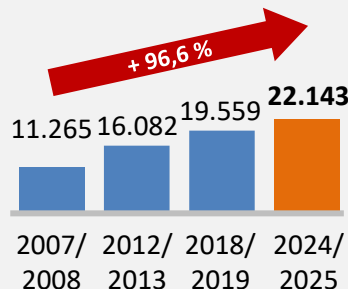
Quellen:

1) Der Spiegel: „Unisanierungen kosten 140 Milliarden Euro“, 03.02.2025 2) Focus: „So marode sind Deutschlands Hochschulen“, 01.10.2013 3) CHE Hochschuldaten: „Demographische Entwicklung bei Professoren in Deutschland, 12.02.2025 4) Forschung und Lehre: Wissenschaftliches Publizieren, 9/24 5) Forschung und Lehre: „EU-Länder publizieren mehr als China und USA“, 06.06.2019 6) Statista: Anzahl der Studiengänge in Deutschland nach Hochschulart vom WS 2012/2013 bis 2024/2025, 04.11.2024 7) Hochschulrektorenkonferenz: Statistische Daten, 2008

## Ranking nach Publikationsmenge in Tausend im Jahr 2023 (2017: Rang)



## Anzahl von Studiengängen in Deutschland nach Jahren



1 Der Sanierungsbedarf deutscher Hochschulen beträgt 140 Mrd. Euro. Obwohl das Problem seit langem bekannt ist, investieren Bund und Länder seit Jahren nur wenig. Ein vernünftiges Studieren ist schon lange für die 2,9 Mio. Studenten nicht mehr möglich.

2 Da in den nächsten zehn Jahren immer mehr Professoren in Pension gehen, zeichnet sich an den Hochschulen bereits ein Fachkräftemangel ab. Dies zeigt sich auch bei der Veröffentlichung von wissenschaftlichen Schriften. Deutschland ist nach hinten abgerutscht.

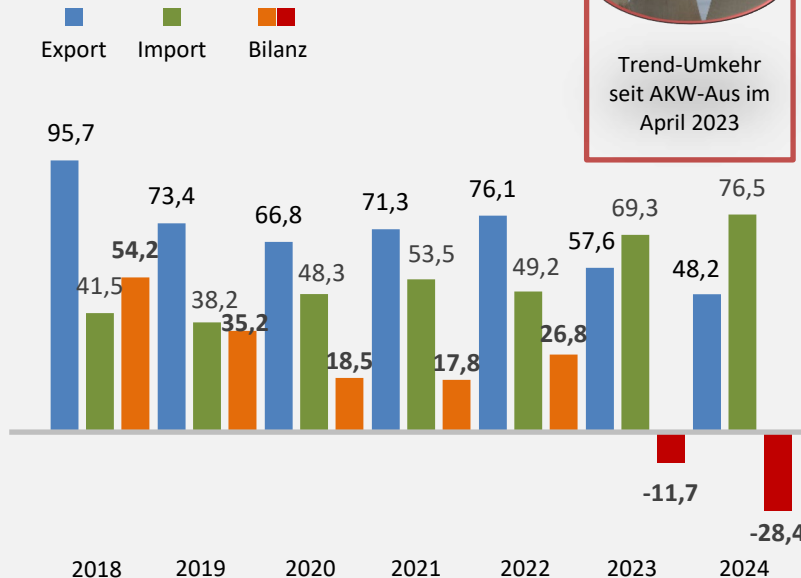
3 Die EU-weite Harmonisierung von Studiengängen (Bologna-Prozess) hat zu einer Verschulung des Studiums geführt. So führt die Auswahl von über 22.000 Studiengängen zu einer Überlastung der Studenten. Zudem entsprechen viele Studiengänge nicht unbedingt den Anforderungen des Arbeitsmarktes.



# Durch falsche Energiepolitik importieren wir immer mehr Kernkraft-Strom

NEU

## Strom-Handel mit Deutschlands Nachbarn nach Jahren in Gigawattstunden (GWh)



1 „Die gesamten deutschen Strom-Einfuhren im Jahr 2024 haben sich gegenüber 2023 schon Anfang Dezember fast verdreifacht. Ironischerweise kam etwa die Hälfte dieser importierten Energie aus Frankreich, Schweiz und Belgien, wo die Kernenergie einen großen Teil der Stromversorgung liefert.“

2 „Von 40 Mrd. kWh Strom-Importen waren 2024 bisher 16,5 Mrd. kWh Atomstrom. Absoluter Rekord! Im Jahr 2022 haben die drei deutschen AKWs, die noch am Netz waren, rund 32 Mrd. kWh Strom produziert. D. h.: die Hälfte des Atomstroms, den wir im Jahr 2022 noch selbst in Deutschland produziert haben, importieren wir nun aus dem Ausland.“

3 „Deutschland kauft immer mehr Strom im Ausland ein. Weil wir selbst zu wenig Strom zu konkurrenzfähigen Preisen produzieren, wird der Strom der Nachbarn immer wichtiger für unseren Markt. Die deutschen Strom-Einfuhren im Jahr 2024 haben sich gegenüber 2019 verdoppelt.“ Frankreichs Atomriese EDF hat sich dadurch „eine goldene Nase verdient.“

Quellen: 1) Bild: „Deutschland kauft so viel Atom-Strom wie noch nie“, 05.12.2024 2) Bild: „Deutschland zahlt Milliarden für Strom aus dem Ausland“, 31.12.2024 3) FAZ: „Frankreichs Atomriese verdient sich eine goldene Nase“, 21.02.2025 4) Die Welt: „Milliardenschwerer Negativsaldo – Deutschland muss deutlich mehr Strom importieren als exportieren“, 30.12.2024 5) Berliner Zeitung: „Deutschland zahlt Milliarden für Strom aus dem Ausland“, 31.12.2024

# Deutschlands Strom ist deutlich dreckiger als woanders in Europa

aktualisiert

Vergleich Gesamtstromix in Europa (Auswahl) am 11.07.2025 um 10 Uhr

|                                                                                   | Spez. CO <sub>2</sub> -Emissionen<br>(gCO <sub>2</sub> äq/kWh) | CO <sub>2</sub> -arm<br>(fast kein oder sehr<br>wenig Kohlendioxid) | Regenerative<br>Energien |
|-----------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------|--------------------------|
|  | 14 g                                                           | 100 %                                                               | 28 %                     |
|  | 27 g                                                           | 100 %                                                               | 75 %                     |
|  | 77 g                                                           | 95 %                                                                | 89 %                     |
|  | 220 g                                                          | 64 %                                                                | 39 %                     |
|  | 290 g                                                          | 73 %                                                                | 70 %                     |

Quelle:

1) ) Electricitymap: Klimaeinfluss der Regionen. Sortiert nach CO<sub>2</sub>-Intensität der verfügbaren Elektrizität (gCO<sub>2</sub>äq/kWh), 11.07.2025 2) Nius: „Großbritannien investiert 16,8 Milliarden Euro in neues Atomkraftwerk ... und in Deutschland schweigt Schwarz-Rot das Thema tot“, 10.06.2025

1

- Frankreich bezieht seinen Strom zum Großteil aus Kernkraftwerken. Dieser ist CO<sub>2</sub>-neutral. Im Gegensatz dazu sind in Deutschland die CO<sub>2</sub>-Emissionen fast 21-mal so hoch. Da keine Kernkraftwerke mehr vorhanden sind, musste vermehrt Strom aus Kohle genutzt werden.

2

- Der angeblich „kostenlose erneuerbare Strom“ hat den deutschen Endverbraucherpreis explodieren lassen. Das wird weitergehen, denn „Flatterstrom“ zu beherrschen, wird mit steigen der Einspeiseleistung und mehr Anlagen immer aufwendiger.

3

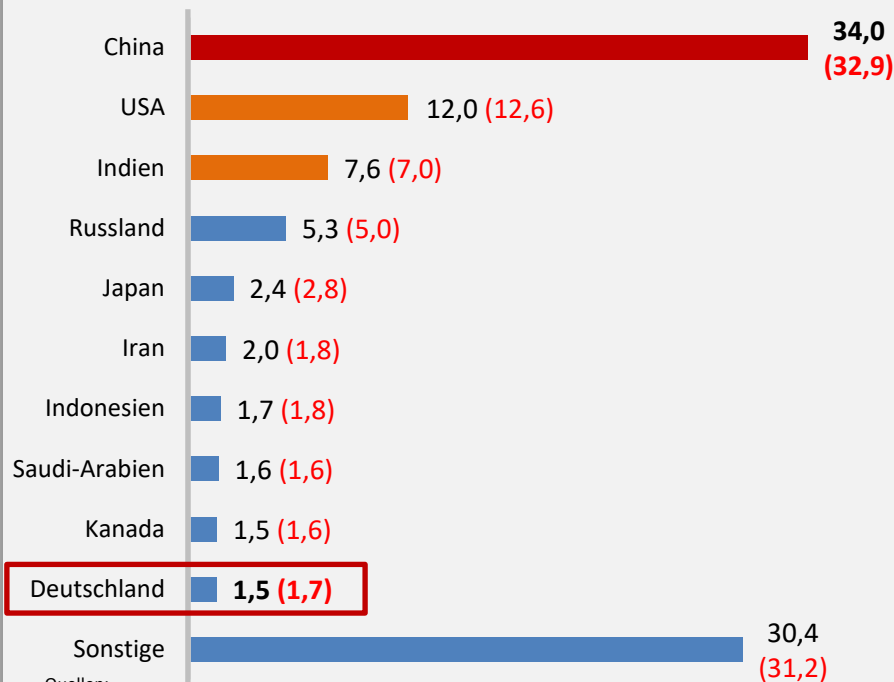
- „Die Zahl der Nationen, die dem Geisterfahrer Deutschland bei der Atomkraft-Frage mit hoher Geschwindigkeit entgegenkommen, wird immer höher.“ Großbritannien baut ein neues AKW, Belgien verlängert die Laufzeiten der vier AKWs, die Niederlande bauen vier neue Reaktoren, Schweden 10 und die Schweiz kassierte den Ausstieg.

# China erhöht CO<sub>2</sub>-Emissionen – Deutschland zerstört die eigene Industrie

aktualisiert

## Größte Länder nach Anteil am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß

in % im Jahr 2023 (Klammer: Vorjahr)



Quellen:

1) Statista: 10 Länder verursachen zwei Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen, 19.09.2024 2) Tagesschau: „Deutsches Klimaziel erreicht, EU-Ziel verfehlt“, 07.01.2025 3) Statista: IWF Prognose: Top 10 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den Jahren 2024 bis 2030, 06.05.2025

1

Die fünf größten Emittenten (China, USA, Indien, Japan, Russland) sind im Jahr 2023 für 61,3 % des Treibhausgasausstoßes verantwortlich (2019: 57 %).

2

Der Anteil Deutschlands reduzierte sich und betrug nur noch 1,5 % (2022: 1,7 %, 2021: 1,8 %). Dafür nimmt Deutschland die Zerstörung der eigenen Industrie in Kauf.

3

Noch ist Deutschland die drittgrößte Volkswirtschaft. Doch laut IWF-Prognose wird Indien uns spätestens im Jahr 2028 überholen. Nicht von ungefähr erhöhen China, Indien und Russland ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen kontinuierlich.

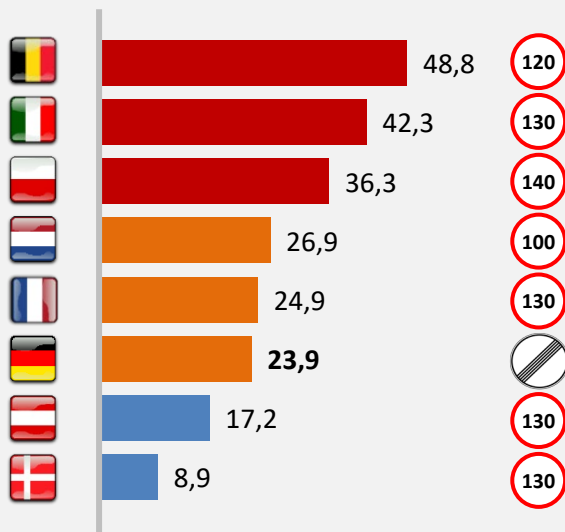
4

Auch verursachten die Staaten Iran, Indonesien und Saudi-Arabien – alles Schwellenländer – jeweils mehr CO<sub>2</sub> als Deutschland.

# Ein Tempolimit garantiert nicht weniger Verkehrstote auf Autobahnen

NEU

**Todesfälle auf europäischen Autobahnen je 1.000 km Autobahn im Jahr 2022 und allgemeines Tempolimit**



Quellen:

- 1) Statista: So viele Menschen sterben auf den Autobahnen Europas, 25.02.2025
- 2) Auto, Motor und Sport: „Die Zahlen sinken, aber zu langsam“, 19.03.2025
- 3) EU-Kommission: „Zahl der Verkehrstoten in der EU geht leicht zurück“, 18.03.2025
- 4) Wolfgang Wiehle, verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion: „Verkehrspolitik wird Reise in den Nebel“, 11.04.2025

1

- „Bei der relativen Zahl der Todesfälle auf europäischen Autobahnen liegt Deutschland im europäischen Vergleich im Mittelfeld.“ „In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der Verkehrstoten in Griechenland, Spanien, Frankreich und Italien nur geringfügig zurückgegangen.“ „Landstraßen stellen nach wie vor das größte Risiko dar: 52 % der Todesfälle geschehen auf diesen Straßen.“ Dort herrscht ein Tempolimit.

2

- „Wie die Grafik zeigt, lässt sich die Höhe der Todesraten nicht ausschließlich durch die Existenz oder die Höhe einer generellen Geschwindigkeitsbeschränkung erklären. Hierbei dürften weitere Faktoren wie zum Beispiel der Zustand der Straßen, die Verkehrsdichte, der Konsum von Alkohol und die geographischen Besonderheiten der einzelnen Länder eine Rolle spielen.“

3

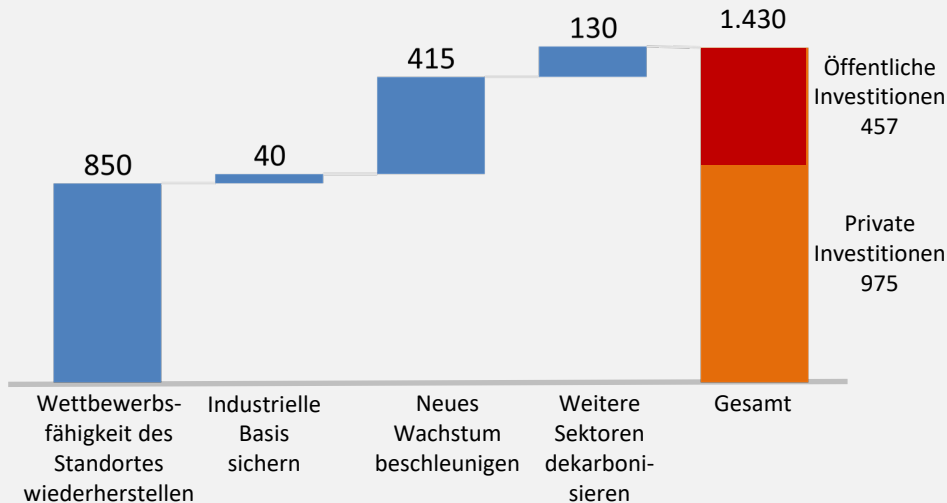
- „Die Koalitionspartner können ihre Uneinigkeit in zentralen Fragen der Verkehrspolitik nur mühsam verbergen. Die Vielzahl der schwammigen Formulierungen wird nur noch von den Nicht-Aussagen getoppt. Beispielsweise fehlt jede Aussage zum Tempolimit. So wird die Verkehrspolitik des Bundes für Bürger und Wirtschaft zu einer Reise in den Nebel“, sagte Wolfgang Wiehle (AfD-MdB). Die AfD lehnt ein Tempolimit auf Autobahnen ab.

# Um Deutschland wieder fit zu bekommen, bedarf es 1,4 Billionen Euro

NEU

## So viel kostet die Transformation der Industrie

Mehrinvestitionen von 2024 bis 2030 in Mrd. Euro



Quellen:

1) IW-Institut: „In die Zukunft investieren“, 12.02.2025 2) FAZ: „1,4 Billionen für die Transformation“, 10.09.2024

3) Handelsblatt: „Studie: Erhalt öffentlicher Infrastruktur nur noch mit privaten Investitionen möglich“, 24.10.2024 4) Der

Stern: „Das sind die marodesten Brücken Deutschlands“, 11.06.2025 5) Nius: „Geheim-Gutachten in Auftrag gegeben:

Merz plante Schulden-Wortbruch schon vor der Wahl“, 20.06.2025

1

- „Auf insgesamt 1,4 Bio. Euro beziffert eine Studie den Investitionsbedarf bis zum Jahr 2030.“ „Allein für Autobahn-, Eisenbahn- und Energieinfrastruktur besteht ein Investitionsbedarf von rund 400 Mrd. Euro in den nächsten zehn Jahren.“ Das 1 Mrd. Euro-Schulden-Paket von Bundeskanzler Merz beruht auf dieser Studie und war bereits vor der Bundestagswahl von ihm geplant.

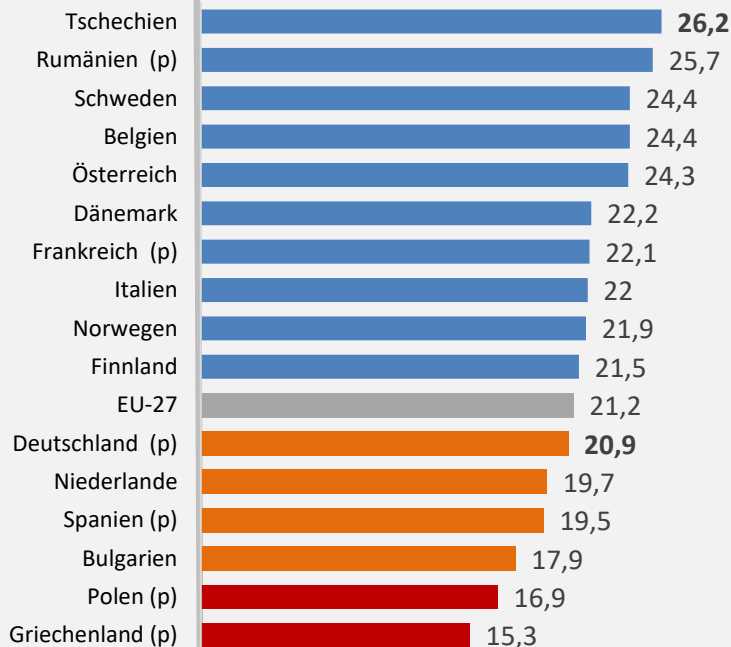
2

- Leider greifen die Studienautoren in den freien Markt ein, indem sie „173 Mrd. Euro für die Stärkung der Nachfrage nach grünen Produkten wie Elektroautos und Wärmepumpen“ fordern – also der Subventionierung von Produkten, die nur wenige wollen. „Die CO<sub>2</sub>-Neutralität stellen die Studien nicht infrage.“ Das heißt, staatliche Eingriffe statt Wettbewerb.

# Deutsche Unternehmen investieren zu wenig in die Infrastruktur

aktualisiert

**Bruttoanlageinvestitionen in der Europäischen Union (Auswahl)**  
im Jahr 2024 (p = Prognose) in % des BIP



1

- „Die Bruttoanlageinvestitionen sanken insgesamt um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr. Nach wie vor hohe Baukosten wirkten sich dabei negativ auf die Bauinvestitionen aus.“ Die Unternehmen investieren seit langem nur unterdurchschnittlich in die Modernisierung des Anlagevermögens (2024: 21,5%, 2023: 21,9 %; 2022: 22,1 % 2021: 21,3 %; 2020: 21,5 %), d. h. in Ausrüstungsinvestitionen (technische Anlagen, Maschinen o. Betriebs- und Geschäftsausstattung und Bauinvestitionen).

2

- Dagegen investieren Unternehmen vor allem in der Tschechischen Republik (26,2 %), Estland (26,1 %), Rumänien (25,7 %), Schweden (24,4 %), Belgien (24,4 %), Österreich (24,3 %) und Frankreich (22,1 %) deutlich mehr. Deutschland verliert damit an Wettbewerbsfähigkeit.

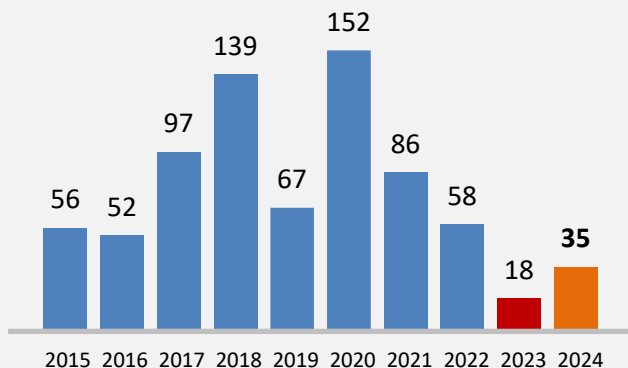
Quellen:

1) Eurostat: Bruttoanlageinvestitionen, Stand: 04.06.2025 2) DATEV Magazin: „Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,2 % gesunken“, 15.01.2025

# Wirtschaftsstandort wird immer unattraktiver für ausländische Firmen

NEU

**Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland**  
nach Jahren in Mrd. Euro



Quelle:

- 1) IW-Institut: „Direktinvestitionen 2024: Standort Deutschland unattraktiv, Unternehmen investitionsschwach“, IW-Nachricht, 13.02.2025 2) EY: „Ausländische Investitionen in Deutschland sinken im siebten Jahr in Folge“, 15.05.2025
- 3) Lebensmittel Praxis: „Ausländische Investitionen in Deutschland stark gesunken“, 13.02.2025

1

„Neue Zahlen der Bundesbank zeigen, dass der Standort Deutschland für ausländische Firmen und ihre Investitionen sehr unattraktiv ist.“ „Die Zahl der von ausländischen Unternehmen in Deutschland angekündigten Investitionsprojekte sank im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 17 % auf 608 – und damit auf den niedrigsten Stand seit dem Jahr 2011.“

2

„Deutschland wird immer unattraktiver für Unternehmen. Im vergangenen Jahr investierten ausländische Firmen nur knapp 35 Milliarden Euro in die Bundesrepublik. Das ist der zweitniedrigste Wert seit 2015, nur 2023 lief es noch schlechter für den Standort Deutschland.“

3

„Ebenfalls bedenklich auch der Blick in die andere Richtung: Der deutschen Wirtschaft fehlt insgesamt die Kraft, ihre Präsenz im Ausland in gewohnter Manier auszubauen. In den vergangenen zehn Jahren investierten deutsche Unternehmen Jahr für Jahr durchschnittlich 132 Mrd. Euro in anderen Ländern, 2024 waren es nur knapp 100 Mrd. Euro. Knapp ein Drittel dieser Investitionen flossen in die USA – deutlich mehr als in den Jahren zuvor.“

# Mit der deutschen Wettbewerbsfähigkeit geht es weiter bergab

NEU

Wettbewerbsfähigkeit von Staaten, Rangfolge nach Punktwert im Jahr 2024

| Rang | Herkunftsland                                                                     | Auf-/Abstieg (2023) |
|------|-----------------------------------------------------------------------------------|---------------------|
| 1.   |  | ↑ (4.)              |
| 2.   |  | ↑ (3.)              |
| 3.   |  | ↓ (1.)              |
| 4.   |  | ↓ (2.)              |
| 5.   |  | ↑ (7.)              |
| 6.   |  | ↑ (8.)              |
| 7.   |  | ↑ (10.)             |
| 8.   |  | ↓ (6.)              |
| 9.   |  | ↓ (5.)              |
| 10.  |  | ↑ (14.)             |
|      |                                                                                   |                     |
| 24.  |  | ↓ (22.)             |

Quellen: 1) World Competitiveness Ranking 2024 Results, 2024

2) Stiftung Familienunternehmen: Länderindex Familienunternehmen, 10. Aufl., Januar 2025

1

- Nach einer Studie des IMD World Competitiveness Center setzt sich der unter Schwarz-Rot bereits seit 2014 und der Ampel-Regierung eingeleitete Sinkflug der deutschen Wirtschaft beschleunigt fort. Der Standort Deutschland verliert weiter an Ansehen und Bedeutung. Innerhalb von zwei Jahren ist Deutschland um neun Ränge auf Platz 24 abgerutscht. Im Jahr 2014 lag Deutschland noch auf Platz 6. Ein ähnliches Fazit zieht auch die „Stiftung Familienunternehmen“:

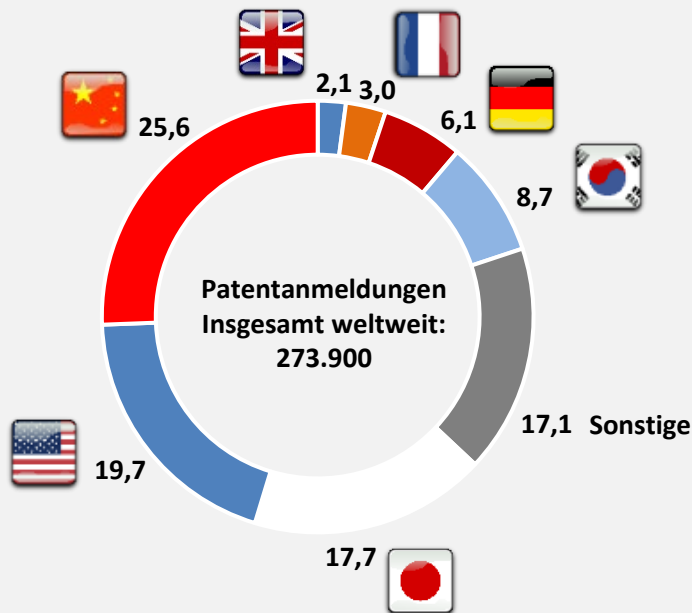
2

- „Die sich häufenden Negativmeldungen aus der deutschen Industrie können nicht nur als Momentaufnahme in einem schwierigen, durch die Folgen der Energiekrise geprägten konjunkturellen Umfeld gewertet werden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass eine erodierende Wettbewerbsfähigkeit der Standortbedingungen zur aktuell sich verschärfenden Problemlage ehemals prosperierender industrieller Branchen beigetragen hat.“ „Trotz verbesserter Positionen in den entsprechenden Teilindikatoren bleiben die hohen Energiepreise jedoch ein großer Standortnachteil.“

# Bei den Patentanmeldungen kann Deutschland noch mithalten

NEU

Die größten Patentanmeldeländer weltweit im Jahr 2024 in %



Quellen:

1) Deutsches Patentamt: Aktuelle Statistiken: Patente, 16.04.2025 2) WIPO: „International patent system (Patent Cooperation Treaty – PCT)“, 17.03.2025 3) Recycling Magazin: „Europäisches Patentamt veröffentlicht Patent Index 2024“, 25.03.2025 4) EPO: „Patent Index 2024“, 2024

1

▪ Deutschland belegt bei den weltweiten Patentanmeldungen weiterhin den 5. Rang. Erfinder sowie Unternehmen aus Deutschland meldeten international im Jahr 2024 über 16.700 Patente an. Das waren - 1,4 % zum Vorjahr.

2

▪ Beim Europäischen Patentamt bleibt Deutschland bei der Einreichung von Patenten auf Rang 2, hinter den USA. „Insgesamt verzeichnete Südkorea das stärkste Wachstum unter den zehn führenden Anmeldeländern (+ 4,2 % im Vergleich zu 2023.“

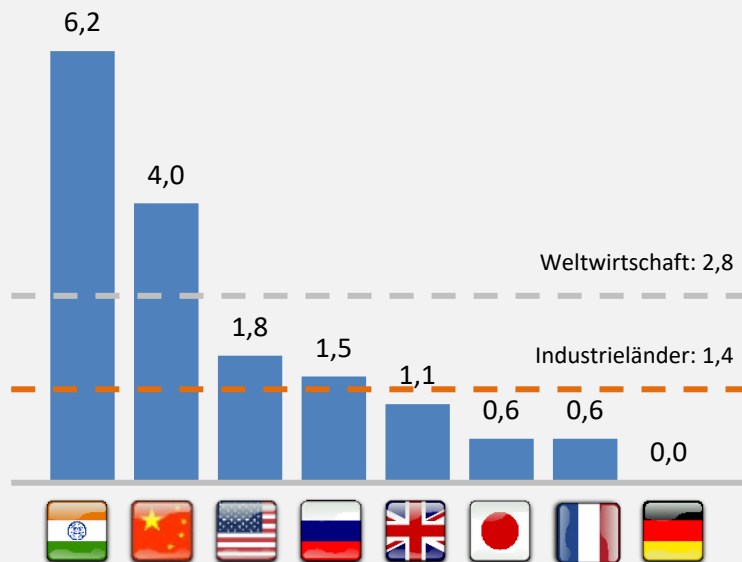
3

▪ Von den deutschen Unternehmen haben Bosch (4.496), BMW (2.297), Mercedes Benz (2.138), Porsche (1.409), ZF Friedrichshafen (1.175), VW (1.147), Schaeffler (1.080) und Audi (1.058) die meisten Patente angemeldet. Also alle Firmen aus der Fahrzeugindustrie, die unter den hohen Energiepreisen leiden und massenhaft Standorte verlagern oder schließen.

# IWF-Konjunkturprognose: überall Wachstum, nur in Deutschland nicht

aktualisiert

## Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in % im April 2025



Quellen:

1) IWF: Wold Economic Outlook, April 2025 2) Statista: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts von Deutschland von 2008 bis 2024 und Prognose der Wirtschaftsweisen bis 2026, 28.05.2025 3) Leif-Erik Holm (AfD-MdB): „Der deutsche Wirtschaftsmotor braucht einen Neustart“, 07.02.2024

1

Die Weltwirtschaft wächst und Deutschlands Wirtschaft hinkt deutlich hinterher. Das ist das Ergebnis nach drei Jahren Ampel-Regierung und der aktuellen CDU/SPD-Regierung. Während in Ländern wie Frankreich und Japan (jeweils + 0,6 %) sowie selbst Russland die Zeichen auf Wachstum stehen, winkt Deutschland laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) als Schlusslicht mit der Roten Laterne.

2

„Als Hauptgrund für die stagnierende Wirtschaft nennen die Wirtschaftsweisen die unberechenbare US-Zollpolitik und die dadurch stark erhöhte handelspolitische Unsicherheit.“ Dass die anderen Staaten trotz der gleichen Voraussetzungen weiter wachsen, scheinen die Wirtschaftsweisen geflissentlich zu übersehen.

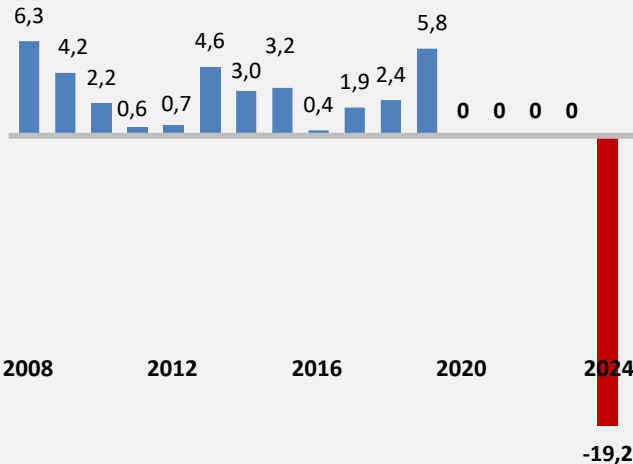
3

„Dabei braucht man kein Geheimrezept, um den Standort Deutschland wieder fitzumachen. Die Zutaten für den Neustart lauten: günstige und ausreichende Energie, niedrigere Steuern und Abgaben, echter Bürokratieabbau sowie Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Forschung“, so Leif-Erik Holm (AfD-MdB).

# Bundesbank-CEO kompensiert Rekordverlust mit Kampf gegen Rechts

aktualisiert

**Gewinn der Deutschen Bundesbank  
in Mrd. Euro nach Jahren**



Quellen:

1) Statista: Gewinn bzw. Verlust der Deutschen Bundesbank in den Jahren von 1957 bis 2023, 27.02.2025 2) Tagesschau: „Was der Rekordverlust der Bundesbank bedeutet“, 25.02.2025 3) Deutschlandfunk: „Bundesbank-Präsident Nagel: Rechtsextremismus bedroht Wohlstand“, 24.03.2024 4) Deutsche Bundesbank: Jahresabschluss 2024, 25.02.2025 5) Peter Boehringer (AfD-MdB): „Bundesbank-Verlust: Steuerzahler zahlt die Zeche für die Eurorettung“, 25.02.2025

1

▪ Die Deutsche Bundesbank hat für 2024 „einen Bilanzverlust in Höhe von rund 19,2 Mrd. Euro ausgewiesen. Nach Angaben der Bundesbank sind die geldpolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahre ursächlich für diese Verluste.“ „Im Jahr davor betrug der erwirtschaftete Verlust sogar 21,6 Mrd. Euro. Das konnte damals aus Rückstellungen gedeckt werden“, sodass unterm Strich kein Verlust ausgewiesen wurde.

2

▪ Um von den schlechten Ergebnissen seit dem Jahr 2020 abzulenken, engagiert sich Bundesbank-Präsident Joachim Nagel verstärkt im „Kampf gegen Rechts“. Angeblich bedrohe der „Rechtsextremismus den Wohlstand“. Peter Boehringer (AfD): „Vor allem das deutsche Gold rettet die Bundesbank vor einem Totalschaden. Wenn es dieses in der Bilanz nicht gäbe, hätten der Euro und die Eurorettung die einst so stolze Bundesbank spätestens jetzt in den Ruin getrieben.“

3

▪ Und weiter: „Die Zeche für die vorübergehende Stabilisierung der Euroblase zahlt der Steuerzahler, denn die Bundesbank wird angesichts der fortzuschreibenden Verluste auf Jahre oder sogar ein Jahrzehnt lang keine Gewinne abführen können. Insgesamt materialisiert sich also genau das Szenario, vor dem die AfD gewarnt hat und wofür sie von den Altparteien stets nur belächelt wurde: Eine enthemmte Politikerkaste verbrennt die deutsche Wohlstandssubstanz zugunsten der währungspolitischen Fehlgeburt namens Euro.“

# Die Deutschen sind beim Vermögen im Länder-Vergleich abgehängt

aktualisiert

## Nettogeldvermögen pro Kopf\* in Euro im Jahr 2023

| Rang | Land                                                                              | Euro    | Veränderung zum Vorjahr |
|------|-----------------------------------------------------------------------------------|---------|-------------------------|
| 1.   |  | 260.320 | + 9,8 %                 |
| 2.   |  | 255.440 | + 2,5 %                 |
| 3.   |  | 172.200 | + 4,3 %                 |
| 4.   |  | 171.930 | + 7,1 %                 |
| 5.   |  | 148.750 | + 9,9 %                 |
| 6.   |  | 127.430 | - 1,3 %                 |
| 7.   |  | 125.660 | + 10,6 %                |
| 8.   |  | 123.130 | + 7,8 %                 |
| 9.   |  | 117.280 | + 9,8 %                 |
| 10.  |  | 104.040 | + 5,5 %                 |
| 13.  |  | 80.110  | + 6,2 %                 |
| 14.  |  | 76.930  | + 7,4 %                 |
| 18.  |  | 69.060  | + 9,2 %                 |

Quellen: \* „Das Netto-Geldvermögen umfasst Ansprüche aus Versicherungen, Aktien, Anleihen, Fonds sowie Bankguthaben. Von diesem Brutto-Geldvermögen werden wiederum die Verbindlichkeiten abgezogen.“ 1) Allianz Global Wealth Report 2024: The next chapter, 26.09.2024 2) UBS: Global Wealth Report 2024 3) Die Welt: „Diese Liste offenbart den Vermögens-Rückstand der Deutschen“, 24.09.2024

- 1

  - „Das Vermögen der Deutschen ist kräftig gestiegen, wie der neue „Global Wealth Report“ zeigt. Doch dahinter verbirgt sich ein Aufholeffekt, hinter den Sparern liegen eigentlich verlorene Jahre. Im Länder-Vergleich wird Deutschland daher abgehängt.“ Deutschland rangiert abgeschlagen auf Platz 18 beim Nettogeldvermögen und somit hinter vielen EU-Nachbarn sowie auch hinter Großbritannien.
- 2

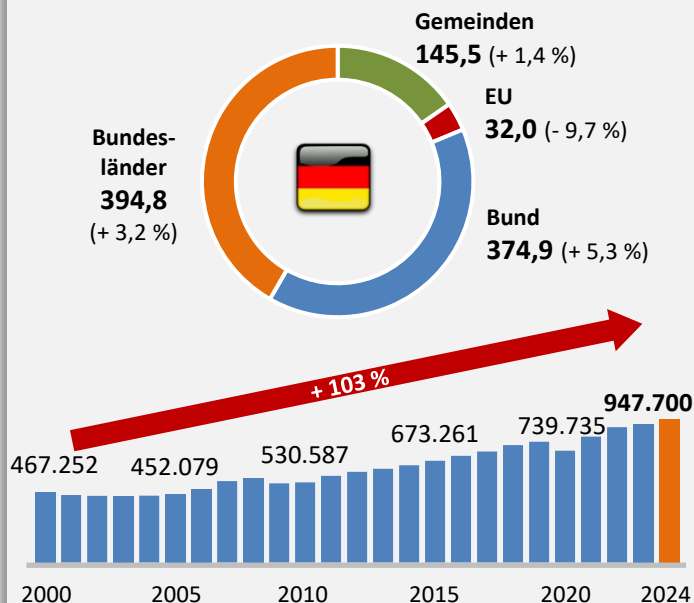
  - So liegt das Pro-Kopf-Geldvermögen in unserem Nachbarland Belgien bei 104.000 Euro, der durchschnittliche Niederländer hat 117.000 Euro, der durchschnittliche Däne 172.000 Euro und der Schweizer sogar 255.000 Euro. „Im Vergleich zum Niveau von 2019, vor der Pandemie, lag die Kaufkraft des Geldvermögens Ende 2023 immer noch niedriger. So gesehen liegen vier verlorene Jahre hinter den deutschen Sparern.“
- 3

  - Zudem belegt die Studie von Crédit Suisse, dass die mittleren Vermögen pro Erwachsenen von 2010 bis 2023 in Israel (+ 140 %), in den USA (+ 121 %), in Ungarn (+ 109 %), in Schweden (+ 66 %), in Großbritannien (+ 57 %) schneller gewachsen sind, als in Deutschland (+ 51 %).

# Rekordsteuereinnahmen – kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem

aktualisiert

**Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden** in Mrd. Euro im Jahr 2024 (in Klammer: zum Vorjahr in %) und nach Jahren



Quellen: 1) Destatis: „Steuereinnahmen 2023 summieren sich auf rund 916 Milliarden Euro“, 09.05.2025 2) Kay Gottschalk (AfD-MdB): „Ergebnis der Steuerschätzung ist ein Offenbarungseid“, 15.05.2025 3) Agrarwelt: „Bundesregierung kündigt Sofortprogramm für Landwirte an“, 30.05.2025

1

- Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sind seit dem Jahr 2000 bis zum Jahr 2024 um fast 103 % auf 947,7 Mrd. Euro gestiegen. Hier zeigt sich, dass Deutschland kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem hat. Deutschland zahlte alleine an die EU 32 Mrd. Euro.

2

- Würde man das Ausgabenproblem lösen, hätte man leicht die Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie und Fernwärme beibehalten können. Dazu Kay Gottschalk (AfD-MdB): „Deutschland braucht endlich finanzpolitische Vernunft: Schluss mit der Belastung der Leistungsträger und weg mit ideologisch motivierten Ausgabenprojekten.“

3

- Und weiter: „Die Steuerschätzung von Mindereinnahmen von über 81 Mrd. Euro bis 2029 ist ein Offenbarungseid. Sie zeigt, wohin ideologiegetriebene Ausgabenpolitik führt. Wer von anderen verlangt, Prioritäten zu setzen, muss auch selbst den Mut haben, klare Entscheidungen zu treffen. Aber genau daran mangelt es dieser Koalition. Gleichzeitig wird weiterhin Geld in alle Welt verteilt, während hierzulande Milliarden fehlen.“

# Die Deutschen haben OECD-weit die zweithöchsten Abgaben zu tragen

aktualisiert

## Vergleich der gesamten Steuer- und Abgaben-Belastung im Jahr 2024 in % der Arbeitskosten (Single)

| Land                                                                              | Direkte Abzüge | Umsatzsteuer* | Insgesamt     |
|-----------------------------------------------------------------------------------|----------------|---------------|---------------|
|  | 52,6 %         | 3,8 %         | <b>56,5 %</b> |
|  | 47,9 %         | 3,8 %         | <b>51,7 %</b> |
|  | 47,1 %         | 4,6 %         | <b>51,7 %</b> |
|  | 47,0 %         | 4,0 %         | <b>51,0 %</b> |
|  | 40,6 %         | 4,8 %         | <b>45,4 %</b> |
|  | 36,1 %         | 5,9 %         | <b>42,0 %</b> |
|  | 35,2 %         | 5,6 %         | <b>40,8 %</b> |
|  | 35,1 %         | 5,2 %         | <b>40,3 %</b> |
|  | 34,9 %         | 4,8 %         | <b>39,7 %</b> |
|  | 29,4 %         | 6,1 %         | <b>35,5 %</b> |
|  | 22,9 %         | 2,5 %         | <b>25,4 %</b> |

\* Ergänzungen des Bundes der Steuerzahler zur durchschnittlichen Belastung der Haushalte durch Einkommensteuer, Mehrwertsteuer und Sozialabgaben.

Quellen: 1) OECD: Taxing Wages 2024, 25.04.2025 2) Handelsblatt: „Nur ein Land hat höhere Steuern und Sozialabgaben als Deutschland“, 26.04.2024 3) Der Steuerzahler: „Deutschland fast Europameister“, 7/8-2024

1

- Deutschland liegt bei der Belastung von Durchschnittsverdienern (Singles) durch Einkommensteuer und Sozialabgaben OECD-weit mit 51,7 % auf dem zweiten Platz. So musste ein Single 47,9 % seines Gehalts in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen an den Staat abführen“, zuzüglich 3,8 % durch indirekte Steuern.

2

- „Die niedrigste Steuer- und Abgabenbelastung findet sich in diesem Vergleich interessanterweise in der Schweiz. Dort sind die Belastungen für Durchschnittsverdiener, egal ob Single oder Familie, nur halb so hoch wie in Deutschland. Niemand würde ernsthaft behaupten, dass die Schweiz deshalb aber auch nur halb so gut funktioniert wie der deutsche Staat.“

3

- Anders als oft behauptet ist laut OECD auch die Belastung für Familien in Deutschland hoch. Eine Familie mit zwei Kindern, in der beide Ehepartner arbeiten, gibt im Schnitt 45,1 % von ihrem Einkommen in Form von direkten und indirekten Steuern und Abgaben an den Staat ab.

# Preissteigerung nahm deutlich zu – Verlierer sind die ärmeren Schichten

NEU

## Durchschnittliche Preisentwicklung für Güter in Deutschland, 2014 versus 2024 in Euro

|                                                                                                  | 2014        | 2024        | Entwicklung in % |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|-------------|------------------|
|                 | 1 EUR       | 1,93 EUR    | + 93 %           |
| <br>(250 gr.)   | 0,99 EUR    | 2,40 EUR    | + 142 %          |
| <br>(Super E10) | 1,49 EUR    | 1,74 EUR    | + 17 %           |
| <br>(neu)       | 3,69 EUR    | 5,39 EUR    | + 46 %           |
| <br>(neu)       | 27.189 EUR  | 43.530 EUR  | + 60 %           |
| <br>(150 qm)    | 340.000 EUR | 544.000 EUR | + 60 %           |

Quellen: 1) MarketScreener: „Der Big Mac Index: Ein unkonventioneller Wirtschaftsindikator“, 17.04.2024 2) Tagesspiegel: „Supermärkte senken Butterpreise“, 01.09.2014 3) Nordkurier: „Lidl und Aldi senken Preis für Butter nach Rekordhoch“, 28.02.2025 4) ADAC: „Spritpreis-Entwicklung: Benzin- und Dieselpreise seit 1950“, 02.06.2025 5) Statista: Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland von 2004 bis zum 1. Quartal 2025, 22.04.2025 6) FAZ: „Wo die Kugel Eis am teuersten ist“, 11.05.2025 7) Merkur: „Preis für die Kugel Eis knackt 1-Euro-Marke“, 17.07.2013 8) ADAC: „Gebrauchtwagenpreise immer noch hoch – so können Sie sparen“, 28.01.2025 9) Stephan Protschka (AfD-MdB): „Lebensmittel wieder bezahlbar machen“, 01.04.2025 10) FinanzTools.de: „Inflationsraten“, 30.05.2025

1

- In den letzten zehn Jahren hat sich die Inflation in Deutschland stark verändert. Lag sie 2014 noch bei + 1,0 %, erreichte sie im Jahr 2022 + 6,9 % (2024: + 2,2 %). Die Preissteigerungen haben zu einer Verringerung der Kaufkraft und zu einer erhöhten Belastung der Haushalte geführt. Viele Menschen haben Schwierigkeiten, ihre Lebenshaltungskosten zu decken, insbesondere in den unteren Einkommensgruppen.

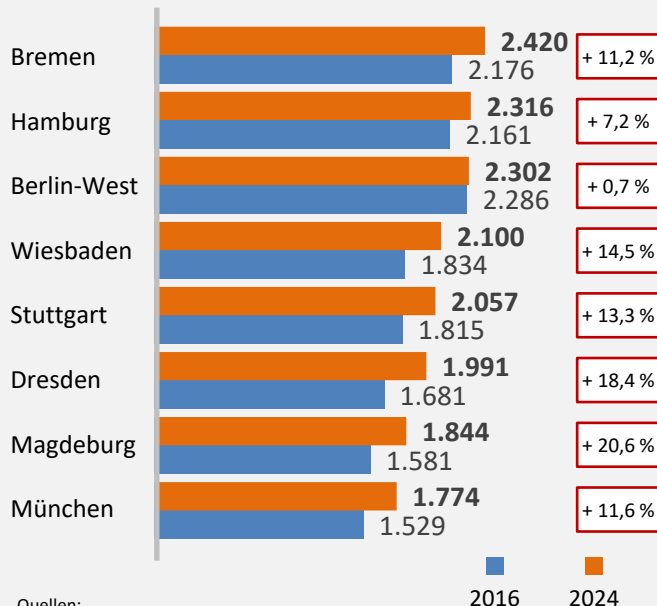
2

- Stephan Protschka (AfD-MdB): „Die anhaltend steigenden Lebensmittelpreise sind nicht vom Himmel gefallen, sondern das direkte Ergebnis einer verantwortungslosen Politik. Das bedroht den sozialen Frieden und belastet besonders Menschen mit niedrigerem Einkommen. Die neue Bundesregierung muss deshalb dringend dafür sorgen, Lebensmittel in Deutschland wieder bezahlbar zu machen. Dazu erneuern wir unsere Forderung, die ideologische Energiewende zu beenden, um die viel zu hohen Energiekosten zu senken. Auch die CO<sub>2</sub>-Steuer gehört ersatzlos gestrichen.“

# Wohnnebenkosten steigen deutlich an – Wohnen wird zum Luxus

NEU

## Wohnnebenkosten insgesamt (Städte-Auswahl) Gesamtkostenvergleich 2016 versus 2024 in Euro



Quellen:

1) Der Steuerzahler: „Wohnnebenkostenvergleich 2024. Ranking legt große Unterschiede offen“, 7/8/2024 2) Tagesschau: „Heizen ist für viele Mieter teurer geworden“, 12.05.2025 3) Carlo Clemens, wohnpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion NRW: „Fast so hoch wie Kaltmiete: Jetzt explodieren die Nebenkosten!“, 24.10.2024 4) Focus: „Kommunen erhöhen viele Steuern und Gebühren“, 12.12.2024

1

„Die Menschen dürfen keinesfalls weiter belastet werden“, betont BdSt-Präsident Reiner Holzknagel. „Um die Bürger zu entlasten, sollte der Mehrwertsteuersatz für Gas, Heizöl und Strom dauerhaft auf 7 % gesenkt werden.“ „Von den Plänen des Bundesfinanzministers, die Grunderwerbsteuer in den Bundesländern beim Ersterwerb einer selbst genutzten Immobilie auf null zu senken, ist derzeit nicht mehr viel zu hören.“

2

„Bei Müllabfuhr, Trinkwasser, Hundesteuer und sogar im Museum und im Schwimmbad müssen Familien und Haushalte ab Januar 2025 tiefer in die Tasche greifen.“ „Laut einer Umfrage des Vergleichsportals Verivox haben 1,8 Millionen Menschen (3 %) im vergangenen Winter so stark Heizkosten gespart, dass sie regelmäßig gefroren haben.“

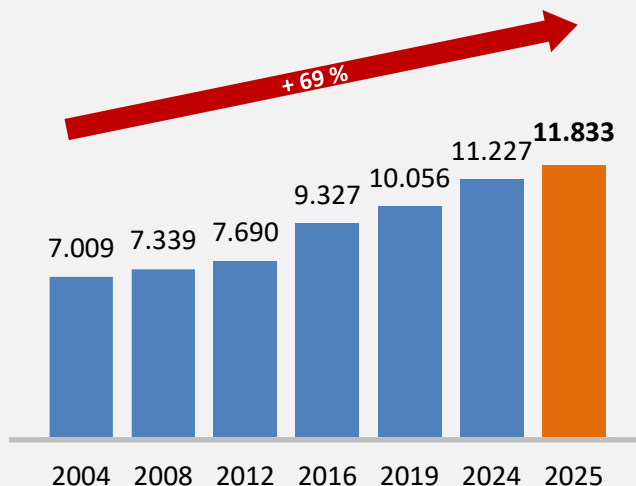
3

„Die Politik ist der größte Nebenkostentreiber! Grund für diesen enormen Anstieg sind schließlich nicht nur die erneut teureren Heizkosten, sondern auch die Kosten für Sach- und Haftpflichtversicherungen. Die wurden durch die hohen Baupreise jetzt mit nach oben gerissen. Die Nebenkosten gehen laut dem Eigentümerverband zu 73 % aufs Konto der Politik. Bei den Neubaukosten ist es mehr als ein Drittel“, sagte Carlo Clemens (AfD-Fraktion NRW).

# Diätenerhöhung – Altparteien haben den Kontakt zur Realität verloren

NEU

Entwicklung der Diäten von Bundestagsabgeordneten nach Jahren in Euro



Quellen:

1) Tagesschau: „Ein neues Verfahren für Diäten?“, 05.06.2025 2) FAZ: „Wie viel verdienen Bundestagsabgeordnete?“, 05.06.2025 3) Stephan Brandner (AfD-MdB): „Automatische Diätenerhöhung abschaffen“, 27.02.2025 4) Deutscher Bundestag: „Amtsausstattung, Januar 2025 5) Deutscher Bundestag: „Mitarbeiterpauschale, 26.02.2024 6) Die Welt: „Mehr Geld für Abgeordnete – Bundestag beschließt Diätenerhöhung zum Juli“, 06.06.2025

1

„Ab Juli 2025 bekommen die Bundestagsabgeordneten wieder mehr Geld. Das Parlament bestätigte die geltende Regelung, wonach die Diäten automatisch einmal pro Jahr angehoben werden. Ab Juli steigen die Diäten um 606 Euro im Monat. Oder anders gesagt: Die Abgeordneten haben sich ein Plus von 5,4 % gegönnt.“ Dazu erhält ein Abgeordneter noch eine steuerfreie Kostenpauschale von 5.350 Euro pro Monat, sowie weitere Leistungen wie Mitarbeiterpauschalen von 25.874 Euro pro Monat. Die AfD und die Linkspartei haben die Diätenerhöhung als einzige abgelehnt.

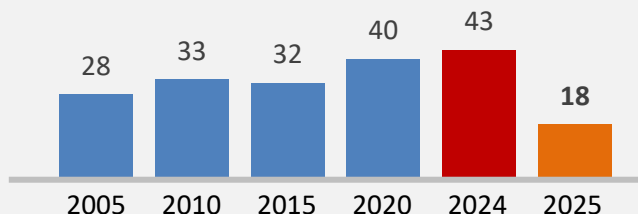
2

Der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Bundestag, Stephan Brandner, lehnt den Automatismus der Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung ab: „Mehr als 600 Euro zusätzlich im Monat wird für fast jeden rechtschaffenen, steuerzahlenden Bürger ein Leben lang ein Traum bleiben. Besonders negativ ist dabei, dass die Erhöhung stets ohne Aussprache im Bundestag stattfindet. Während draußen die Gewerkschaften protestieren oder jeder normale Arbeitnehmer um seine Lohnerhöhung kämpfen muss, bedienen sich die Abgeordneten schamlos an den öffentlichen Töpfen. Das muss sofort aufhören.“

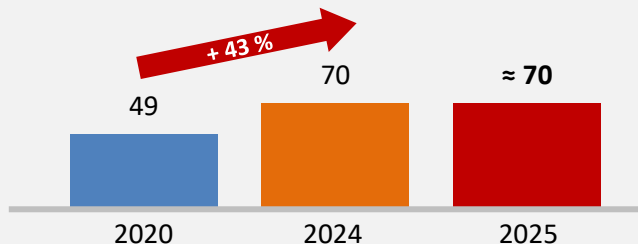
# Bundesregierung streicht Beauftragtenzahl – Kosten bleiben konstant

NEU

Anzahl der Beauftragten der Bundesregierung nach Jahren



Kosten der Beauftragten und ihrer Stäbe der Bundesregierung nach Jahren in Mio. Euro



Quellen: 1) Tagesschau: „Behalten oder abschaffen?“, 16.02.2025 2) Sebastian Münzenmaier (AfD-MdB): „Zahl der Bundesbeauftragten muss rigoros zusammengestrichen werden“, 05.05.2025 3) ZDF Heute: „Welche Beauftragten Schwarz-Rot abschafft“, 07.05.2025 4) Sebastian Münzenmaier: „Queerbeauftragte“, 04.06.2025 5) Wirtschaftswoche: „Regierung schafft 25 Beauftragte ab – aber spart kaum Kosten“, 25.05.2025 6) Der Steuerzahler: „Man kann die Aufträge vor lauter Beauftragten nicht mehr sehen“, 3-25

1

Die neue schwarz-rote Regierung hat angekündigt die Beauftragtenzahl auf 18 zu reduzieren. Das bedeutet aber keine Einsparung. Denn allein die neue Queer-Beauftragte kostet doppelt so viel wie alle gesparten Beauftragten zusammen: 602.000 Euro. Die Einsparungen summieren sich nur auf 275.000 Euro, denn „die Stäbe arbeiten weiter in den Ministerien.“

2

Problematisch ist, dass keine hinreichende Klarheit über die Grenze zwischen Abgeordnetenfunktion und Beauftragtentätigkeit vorliegt. Die parlamentarische Kontrolle bleibt häufig im Unklaren. Neben den hohen Kosten, die mit den Beauftragten einhergehen, sind v.a. die verfassungsrechtlichen Fragestellungen Grund für die Kritik an dem ausufernden Beauftragtenwesen. Auch sind nicht wenige Beauftragte auch Abgeordnete.

3

„Die Zahl der Bundesbeauftragten muss rigoros zusammengestrichen werden“, sagte Sebastian Münzenmaier (AfD-MdB). „Ob Antidiskriminierungsbeauftragter, Integrationsbeauftragter, Antirassismbeauftragter, Queer-Beauftragter oder Polizeibeauftragter, der in Wahrheit ein Anti-Polizeibeauftragter ist: Sie alle müssen ersatzlos abgeschafft werden. Wir brauchen keine 43 Bundesbeauftragten für linksgrüne Orchideenthemen und Gender-Gedöns.“

# Bei NGOs müsste das „N“ gestrichen werden – Staat großer Finanzier

NEU

## Bundesregierung: NGO-Finanzierung in Euro (Auswahl)

| Bundesregierung und -ministerien                                          | Förderhöhe 2020-2024 |
|---------------------------------------------------------------------------|----------------------|
| Demokratie Leben!                                                         | 715,8 Mio.           |
| Türkische Gemeinden/Organisationen                                        | 17,4 Mio.            |
| Afghanische Vereine/Organisationen                                        | 15,8 Mio.            |
| Amadeu-Antonio-Stiftung                                                   | 10,2 Mio.            |
| Hate-Aid gGBH                                                             | 7,2 Mio.             |
| Migrantenvereine/Organisationen                                           | 5,7 Mio.             |
| Asylvereine/Organisationen                                                | 4,6 Mio.             |
| Syrische Vereine/Organisationen                                           | 4,5 Mio.             |
| Aktion Courage e.V. - SOS Rassismus                                       | 3,3 Mio.             |
| Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. | 3,3 Mio.             |

Quellen: 1) AfD-Bundestagsfraktion: Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen, Drs. 20/10952, 09.04.2024 2) Peter Boehringer (AfD-MdB): „Kleine Anfragen der AfD-Fraktion liefern vollständigen Überblick über NGO-Finanzierung, 2024 3) Peter Boehringer(AfD-MdB): Ungewählte EU-Stellen beeinflussen mit deutschem Steuergeld Gesetze, 08.06.2025 4) Die Welt: „Keine geheimen Verträge? Das steckt hinter dem Ablenkungsmanöver der EU-Kommission“, 10.06.2025 5) Nius: „Der NGO-Komplex, 09.06.2025 6) Die Welt: „Extremismus-Verdacht bei Förderprojekten“, 22.06.2025 7) Nius: „Trusted Flagger HateAid unterstützte Habeck“, 11.06.2025 8) Nius: „Mit diesem Trick versorgt Lisa Paus linke Organisationen“, 03.01.2025

1

- Fast 5 Mrd. Euro wurden in den letzten vier Jahren für angebliche ‚Non-Governmental Organization‘ (NGO) seitens der Bundesregierung ausgegeben. So hat das steuerfinanzierte „HateAid Robert Habeck unterstützt, um gegen Äußerungen von Bürgern vorzugehen.“ Auch die EU-Kommission hat laut ‚Die Welt‘ „über bislang geheime Verträge viel Geld an sogenannte ‚NGOs‘ gezahlt, damit diese gezielt deutsche Unternehmen verklagen, Gesetze beeinflussen und Kampagnen gegen Deutschlands Wirtschaft führen. Aus dem EU-Programm ‚LIFE‘ wurden Millionen Euro ausgereicht, um etwa deutsche Kohlekraftwerksbetreiber zu attackieren.“ „Recherchen von Welt am Sonntag belegen antisemitische Äußerungen in staatlich finanzierten Nichtregierungsorganisationen.“

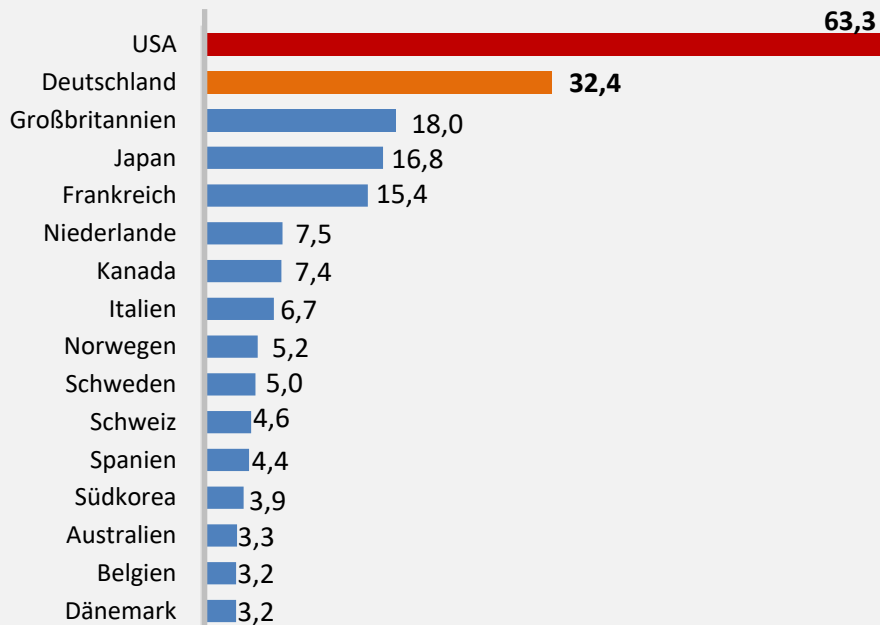
2

- Peter Boehringer (AfD): „Selbstverständlich sind sehr viele Nichtregierungsorganisationen nicht politisch neutral, sondern stellen faktische ‚Regierungsorganisationen‘ dar, die aus staatlichen Mitteln gefördert die Agenda der Regierung mit außerstaatlichen Mitteln vorantreiben. Bei vielen handelt es sich keineswegs um wohltätige Vereine der Zivilgesellschaft, sondern um politische Aktivisten, die zum Teil auch mit kriminellen Methoden, missliebige Meinungen in diesem Land zu unterdrücken versuchen. Derartige Aktivisten beschützen nicht die Demokratie, sondern stellen selbst die Bedrohung dar, vor der sie warnen.“

# 32 Mrd. Dollar Entwicklungshilfe für nichts und für Antisemiten

aktualisiert

Entwicklungshilfe in Mrd. US-Dollar nach Ländern im Jahr 2024



1 Deutschland hat im Jahr 2024 über 32 Mrd. US-Dollar für Entwicklungsprojekte ausgegeben. Anders als die USA verfolgt Deutschland mit den Entwicklungshilfezahlungen keine geostrategischen Ziele. So wurden der Ukraine u.a. 32,5 Mio. Euro gegeben, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren, obwohl dort Krieg herrscht.

2 Laut dem ehemaligen Botschafter Volker Seitz gebe es durch die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit „nahezu keine nachhaltigen Verbesserungen für die Menschen vor Ort“, trotz der immensen Zahlungen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie fordert eine entwicklungspolitische Zeitenwende.

3 Das Entwicklungsministerium ist 2025 erstmals größter Financier der UNRWA. Dazu Alexander Wolf (AfD-MdB): „Die Finanzierung der Hamas über den Umweg der UNRWA ist ein Skandal und muss beendet werden. Es kann nicht angehen, dass der deutsche Steuerzahler den antisraelischen Terror der Hamas bezahlt.“

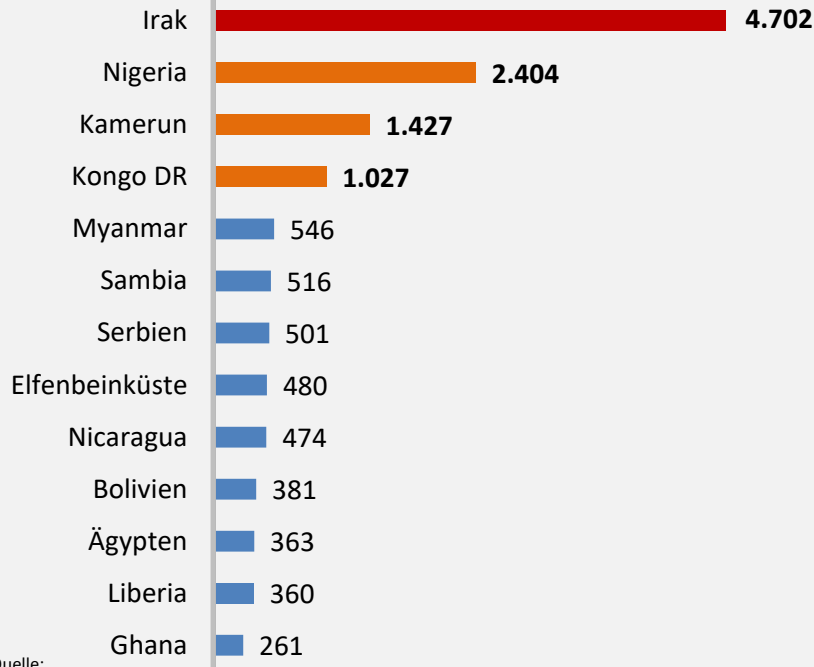
Quellen: 1) OECD: ODA Levels in 2024- Preliminary data, 09.06.2025 2) Tichys Einblick: „In alle Welt werden Milliarden für Entwicklungsprojekte verteilt“, 10.01.2024 3) Neue Zürcher Zeitung: „Die deutsche Entwicklungshilfe beschert ihren Mitarbeitern auf Staatskosten ein schönes Leben – bei den Bedürftigen kommt oft nichts an“, 09.04.2025 4) Kleine Abfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „PARIS21 – Statistik als Instrument zur Förderung von Entwicklung“, Drs. 20/9761, 06.12.2023 5) Alexander Wolf (AfD-MdB): „Entwicklungsministerium erstmals größter Financier der UNRWA“, 23.06.2025

# Deutschland erlässt ausländischen Staaten 15,6 Mrd. Euro Schulden

aktualisiert

## Schuldenerlasse durch Deutschland

in Mio. Euro nach Ländern (Auswahl) von 2000–2024



Quelle:

1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Schuldenerlasse der Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Staaten seit dem Jahr 2000 – Stand: 31. Dezember 2024, Drs. 21/451, 10.06.2025 2) Die Welt: „Diesen Ländern erließ Deutschland etliche Milliarden an Schulden“, 13.06.2024 3) Handelsblatt: „Deutschland erlässt anderen Staaten fast 16 Milliarden Euro Schulden“, 13.06.2024

1

- Nach einer Anfrage der AfD haben die einzelnen Bundesregierungen ausländischen Staaten von 2000 bis 2024 insgesamt Schulden in Höhe von 15,6 Mrd. Euro erlassen. Davon wurden den EU-Beitrittskandidaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro 625 Mio. Euro Schulden erlassen.

2

- Dass gerade rohstoffreiche Staaten wie der Irak oder Nigeria, aus denen sehr viele Migranten illegal nach Deutschland kommen, einen Schuldenerlass von zusammen über 7,1 Mrd. Euro erhalten, ist nicht verständlich. Zumal die Rücknahme illegaler Migranten nicht eingefordert wird.

3

- Der aktuelle Schuldenstand ausländischer Staaten gegenüber Deutschland beläuft sich auf 21,3 Mrd. Euro. Die größten Verbindlichkeiten haben aktuell Griechenland (9,1 Mrd. Euro), Ägypten (1,3 Mrd. Euro), Simbabwe (1,1 Mrd. Euro) und Indien (1 Mrd. Euro) gegenüber Deutschland.

# Trotz Nullwachstum soll Deutschland bald 50 Mrd. Euro an die EU zahlen

aktualisiert

1

▪ Deutschland zahlte im Jahr 2023 netto 17,4 Mrd. Euro an die EU. Größte Nettoempfänger waren Polen (8,2 Mrd. Euro), Rumänien (6,0 Mrd. Euro), Ungarn (4,6 Mrd. Euro), Griechenland (4,1 Mrd. Euro), Portugal (2,2 Mrd. Euro), Bulgarien (2,0 Mrd. Euro) und Litauen (1,6 Mrd. Euro).

2

▪ Das Industrieland Italien trägt im Vergleich zum Jahr 2020 (4,7 Mrd. Euro) mit 4,5 Mrd. Euro immer weniger zum EU-Haushalt bei. Da Großbritannien die EU verlassen hat, fehlen dem EU-Haushalt seit 2020 jedes Jahr über 10 Mrd. Euro (Nettobeitrag).

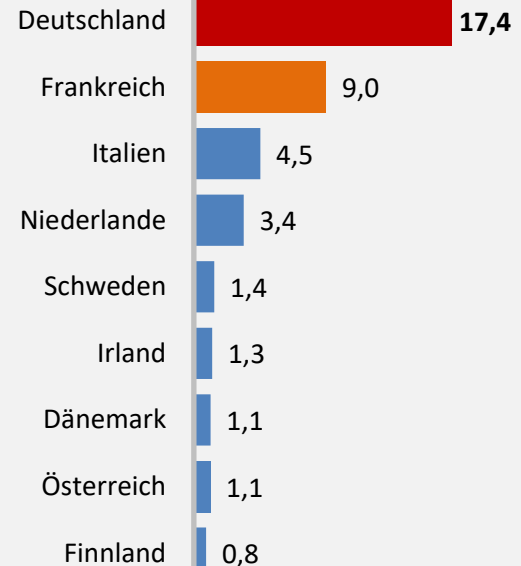
3

▪ Laut Bild „könnte der deutsche Beitrag für die Zeit von 2028 bis 2034 auf 420 bis 450 Milliarden Euro ansteigen. Ein Rabatt, von dem wirtschaftsstarke Länder wie Deutschland bislang profitieren, könnte außerdem entfallen.“ „Die Folge: Deutschland würde jährlich 50 Milliarden Euro mehr nach Brüssel überweisen als zurückfließen.“

4

▪ „Hauptsächlich fließen die EU-Gelder in die Bereiche „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ – also vor allem in die Agrarwirtschaft – sowie „Zusammenhalt und Werte“. Bei Letzterem geht es um die Kohäsionspolitik, also um Projekte, die in erster Linie die wirtschaftlich benachteiligten EU-Regionen unterstützen sollen.“

## Nettozahler der Europäischen Union, in Mrd. Euro im Jahr 2023

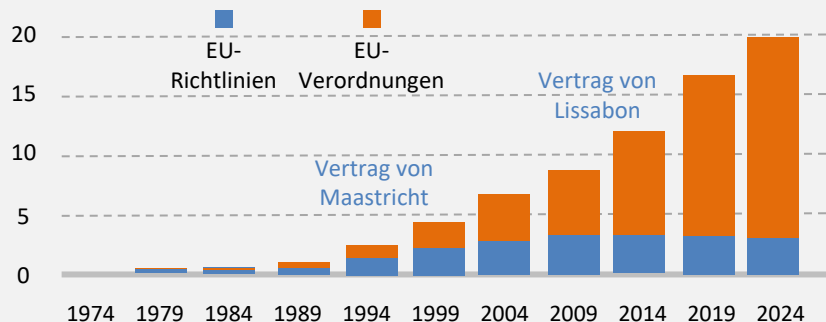


Quellen: 1) iwd: „EU-Nettozahler: Zahlungssalden der Mitgliedsstaaten sorgen für Transparenz“, 10.09.2024 2) Statista: Europäische Union: Operative Haushaltssalden der Mitgliedstaaten im EU-Haushalt im Jahr 2023, 03.09.2024 3) Bild: „EU-Hammer! Deutschland droht 450-Mrd.-Schock“, 21.07.2025

# Unter der Regulierungswut der EU-Kommission leiden Unternehmen

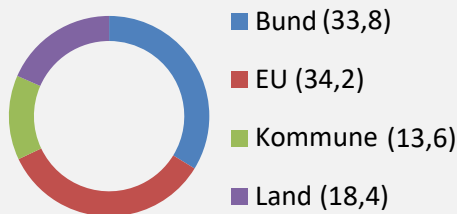
NEU

**Anzahl der Wörter in EU-Rechtsakten nach Art der Rechtsvorschrift**  
Angabe in Millionen Wörter



1. „Seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon [im Dezember 2009] hat sich das Volumen der EU-Gesetzgebung auf knapp 20 Mio. Wörter verdoppelt. Bestand ein durchschnittlicher EU-Rechtsakt im Jahr 2000 noch aus rund 54.000 Wörtern, waren es 2024 knapp 160.000 Wörter. Vor allem die Zahl an direkt anwendbaren EU-Verordnungen nahm in dieser Zeit deutlich zu.“

**Wieviel Prozent der Anforderungen/Regulierungen, die Ihr Unternehmen betreffen, stammen originär jeweils von ... in %**



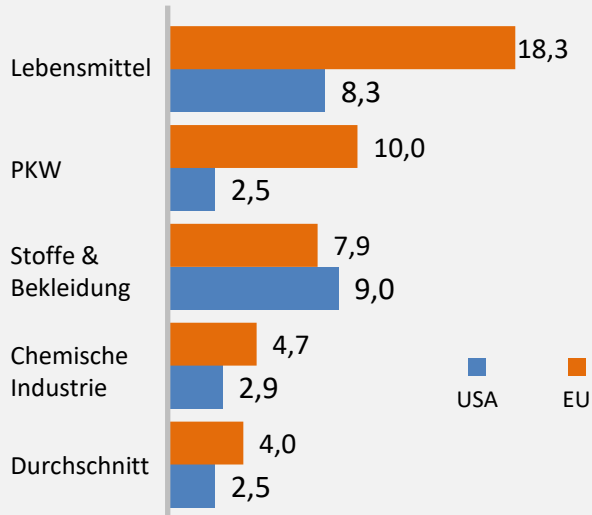
2. Alice Weidel (AfD): „Deutschland braucht nicht nur bessere, sondern vor allem weniger Gesetze. Eine von der AfD als stärkste Partei geführte Bundesregierung wird Deutschland vom Bürokratiewildwuchs befreien. Wir wollen ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld schaffen, indem wir auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen. Durch Beseitigung bürokratischer Hindernisse werden wir den unternehmerischen Geist neu entfachen und Unternehmensgründer unterstützen.“

Quellen: 1) Ludwig Erhard Stiftung: Regulierungsflut in der EU, 05.02.2025 2) Selektiv: Morning in Brief, 30.01.2025 3) Normenkontrollrat: Jahresbericht 2024, 30.09.2024 4) Junge Freiheit: „Komplizierter Geht's nicht?“, 14.02.2025 5) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Maßnahmen für den Bürokratieabbau in Deutschland, Drs. 20/12830, 05.09.2024 6) Alice Weidel (AfD-MdB): „Alice Weidel: AfD wird Deutschland vom Bürokratie-Wildwuchs befreien“, 23.04.2025

# Die EU ist protektionistischer als die USA, die Zollsätze zeigen das

NEU

**Durchschnittlich erhobene Importzölle auf ausgewählte Produkte in den USA und der EU im Jahr 2024 in %**



Quellen: 1) Statista: USA: Durchschnittlicher Zollsatz auf alle Importe in die Vereinigten Staaten in den Jahren 1821 bis 2025, 28.05.2025 2) Statista: Erhobene Importzölle auf ausgewählte Produkte in den USA und der EU im Jahr 2022“, 06.03.2025 3) IW-Institut: Trumps reziproke Zölle: EU nur punktuell betroffen, IW-Kurzbericht 14/2025, 14.02.2025 4) Die Welt: „Trump, der Zollkrieger? Europa ist die wahre Handelsfestung“, 17.12.2019 5) The Pioneer: „Handelsstreit: der europäische Irrtum“, 04.10.2019 6) Leif-Erik Holm, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion: „Verhandlungen statt Gegenmaßnahmen um Zoll-Problematik zu lösen“, 03.04.2025

1

„Schaut man sich die Handelsbarrieren auf beiden Seiten des Atlantiks an, wird deutlich: Europa ist protektionistischer als Amerika. Die EU erscheint wie eine Zoll-Festung.“ Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft „würde die Anhebung der US-Zollsätze auf das Niveau der EU jedoch nur einen geringen Effekt auf den transatlantischen Handel haben.“

2

„Eine Angleichung der US-Zölle an das Niveau der US Handelspartner wäre ein Schock für viele Entwicklungs- und Schwellenländer. Für die EU würde sie insgesamt nur einem Anstieg des durchschnittlichen Zollsatzes zwischen etwa 0,5 und 1,7 Prozentpunkte entsprechen. Doch die europäische Autoindustrie würde den Schritt deutlich zu spüren bekommen. Eine Absenkung des eigenen Zolls könnte hier Abhilfe verschaffen.“

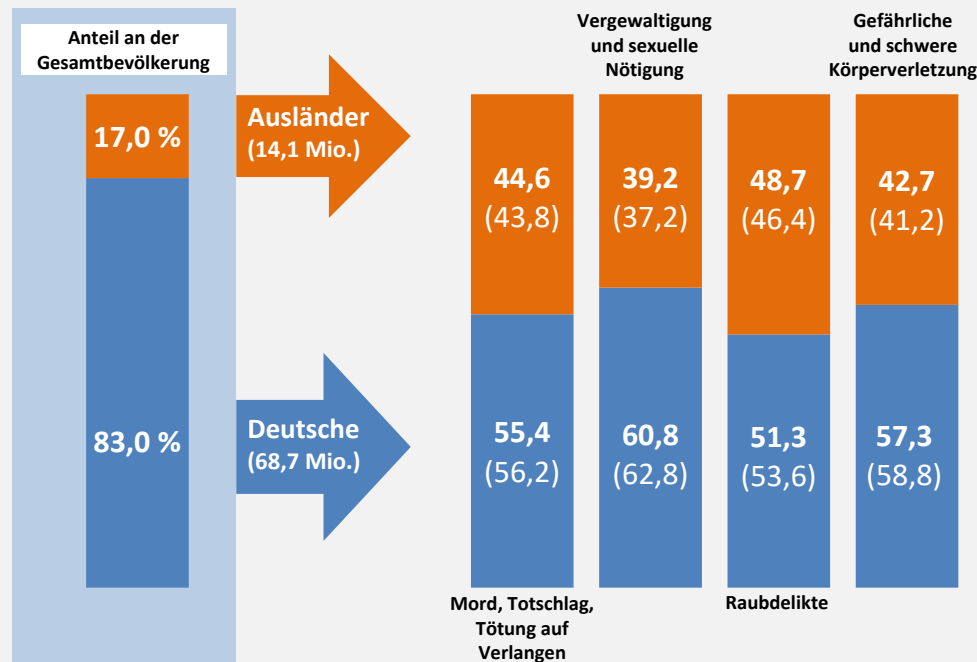
3

„Zölle und Gegenzölle schmälern den Wohlstand der Bürger auf allen Seiten. Smart wäre es gewesen, wenn die EU-Kommission vorab eine Senkung der höheren europäischen Auto-Zölle in Gang gesetzt hätte. Jetzt braucht es als Reaktion vor allem Gesprächsangebote. Und es erfordert aus Sicht der AfD-Fraktion natürlich umso dringender, die eigene Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen,“ erklärte der AfD-MdB Leif-Erik Holm.

# Ausländer begingen 2024 überproportional viele schwere Verbrechen

aktualisiert

**Anteil der deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen bei ausgewählten Straftaten/-gruppen insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße in % im Jahr 2024 (Klammer: Vorjahr)**



Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2024 2) Destatis: Migration und Integration 3) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 19.05.2025 4) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2024, 19.02.2025

1

- Im Jahr 2024 wurden insgesamt 2,18 Mio. Tatverdächtige in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Damit ist die Anzahl gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % gesunken. 1,27 Mio. Tatverdächtige waren deutsche Staatsangehörige (- 3,9 %).

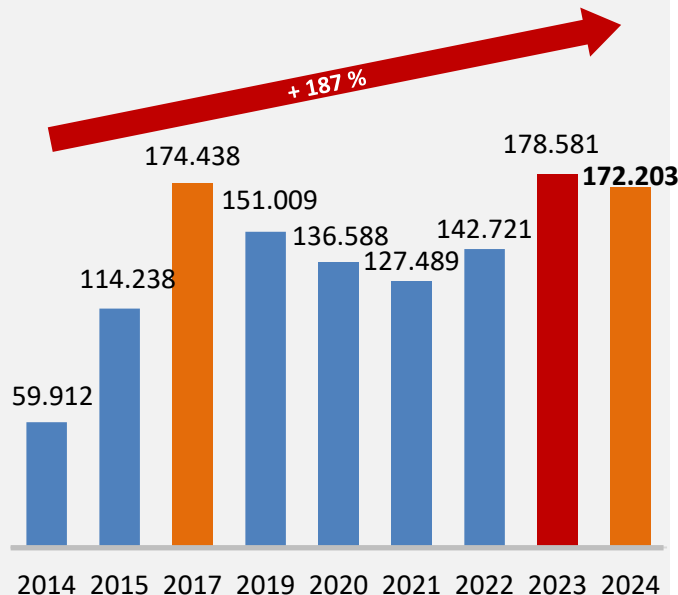
2

- 913.196 der Tatverdächtigen besaßen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen waren 383.844 Zuwanderer. Der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen ist bei Mord, Totschlag, Vergewaltigung und schwerer Körperverletzung unverhältnismäßig hoch und zum Vorjahr prozentual gestiegen.

# Straftaten bei Zuwanderern durch Cannabis-Legalisierung zurückgegangen

aktualisiert

**Tatverdächtige Zuwanderer („Flüchtlinge“) insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße nach Jahren**



Unter ausländerrechtlichen Verstößen sind u. a. die unerlaubte Einreise, das Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder die Täuschung im Rechtsverkehr zu verstehen. Diese Verstöße sind in der obigen Statistik nicht eingerechnet.

Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2024

2) Die Welt: „Gewalt unter Zuwanderern schnellst nach oben“, 22.04.2025

1

▪ Vergleicht man die Gesamtzahl aller Tatverdächtigen ohne ausländerrechtliche Verstöße (1,97 Mio.), waren davon 172.203 Zuwanderer tatverdächtig. Zuwanderer sind Personen mit Aufenthaltsanlass „Asylbewerber“, „Schutz- und Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge“, „Duldung“, oder „unerlaubter Aufenthalt“. Die Gewalt von Zuwanderern schnellst nach oben und die Bundesregierung bezeichnet die Entwicklung als „erwartbar“. Warum wurde nicht frühzeitig gegengesteuert?

2

▪ Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen (ohne ausländerrechtliche Verstöße) waren es besonders Zuwanderer, die maßgeblich zur Steigerung in den Jahren 2014 bis 2024 beigetragen haben (+ 187 %). Im Jahr 2023 waren mehr Zuwanderer tatverdächtig als im Krisenjahr 2017. Das Bundeskriminalamt gibt für den Rückgang der Fall- und Tatverdächtigenzahlen die Teillegalisierung des Besitzes und Anbaus von Cannabis an.

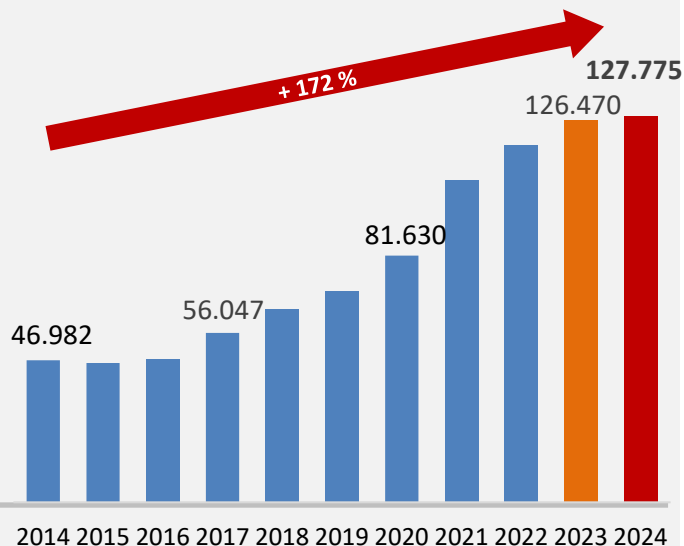
3

▪ Ex-Bundeskanzlerin Merkel hat mit ihrer widerrechtlichen Grenzöffnung die Tür für ausländische Kriminelle geöffnet. Der große Anstieg an Straftaten ist das traurige Vermächtnis aus 16 Jahren Merkel und einer Politik, die auch von der Ampel-Regierung fortgeführt wurde. Zumal die Zahl der tatverdächtigen Deutschen von 2014 (1,53 Mio.) zu 2024 (1,27 Mio.) deutlich um 17 % zurückgegangen ist.

# Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung steigen und steigen

aktualisiert

Anzahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland nach Jahren



Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2024  
 2) Statista: Anzahl der polizeilich erfassten Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland von 2013 bis 2024, 09.05.2025 3) Bild: „Täglich 25 Sexualverbrechen durch Flüchtlinge“, 02.11.2024 4) BKA: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2023, 08.04.2024 5) Statista: Anzahl der polizeilich erfassten Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland von 2013 bis 2024, 12.05.2025

1

- Im Jahr 2024 wurden in Deutschland rund 128.000 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung polizeilich erfasst. Damit stieg ihre Zahl das neunte Jahr in Folge und auf einen erneuten Höchststand. Um den Bürgern Sand in die Augen zu streuen, versucht das BKA den Anstieg mit einer „höheren Sensibilität und Anzeigebereitschaft“ zu begründen.

2

- „Täglich 25 Sexualverbrechen durch Flüchtlinge.“ „Auffällig ist die Zunahme bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (Vergewaltigung, sexuelle Belästigung bzw. Nötigung): Die Fälle mit tatverdächtigen Flüchtlingen stiegen 2023 um 16,5 % von 7.554 auf 8.800 Straftaten. Die meisten Verdächtigen kamen aus Syrien (2.099), Afghanistan (1.234), dem Irak (968) und der Ukraine (511). Es folgen Zuwanderer aus Eritrea, der Türkei, Somalia und dem Iran.“

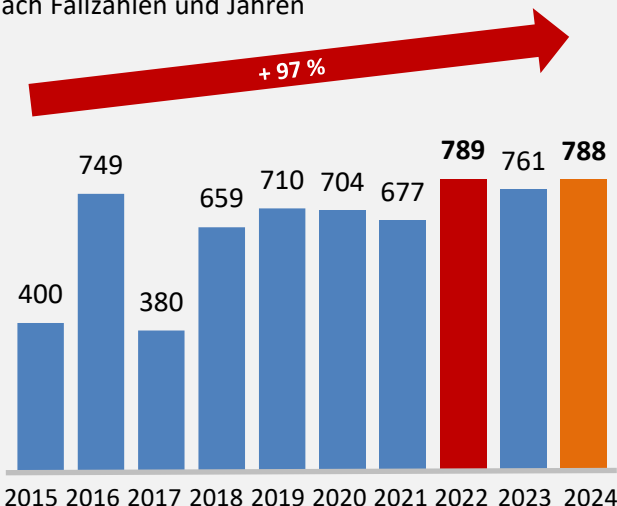
3

- Die Fallzahl beim sexuellen Missbrauch von Kindern ist im Vergleich zum Vorjahr fast konstant geblieben (16.354; - 0,1 %). Bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen gab es 2024 aber eine Steigerung zum Vorjahr um 8,7 % auf 2.438. Davon waren 653 Zuwanderer.

# 788 Gruppenvergewaltigungen – 51 % ausländische Tatverdächtige

aktualisiert

**Vergewaltigung durch Gruppen gemäß § 177  
Abs. 6 Nr. 2, Abs. 7 und 8 StGB insgesamt  
nach Fallzahlen und Jahren**



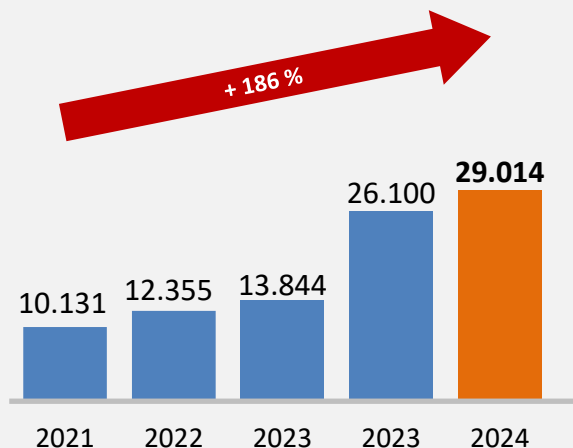
Quellen: 1) Bild: „Jeden Tag gibt es zwei Gruppen-Vergewaltigungen in Deutschland“, 29.05.2024  
2) ) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, 2005-2020 3) Frage des MdB Martin Hess (AfD) zu: „Wie viele Gruppenvergewaltigungen wurden 2024 erfasst“, Drs. 21/42, 17.04.2025  
4) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Entwicklung der Gruppenvergewaltigungen, Drs. 20/6936, 19.05.2023 5) Bild: „Jeden Tag zwei Gruppenvergewaltigungen“, 31.07.2021 6) Bild: „Frauen ins Auto gezerzt, verschleppt und vergewaltigt“, 03.09.2021 7) Statista: Anzahl der polizeilich erfassten Gruppenvergewaltigungen in Deutschland von 2018 bis 2023, 14.02.2025  
8) Die Welt: „Das ganze Ausmaß der Gruppenvergewaltigungen in Deutschland“, 01.06.2024  
9) Junge Freiheit: „Gruppenvergewaltigungen: Es geht inzwischen um tausende Opfer“, 07.06.2024 10) Junge Freiheit: „Das sind die Vornamen der deutschen Gruppenvergewaltiger“, 03.09.2024 11) Nius: „Ayham, Abdul, Axel, Baris und Bülent: Das sind die Vornamen“, 26.05.2025

- 1
  - Im Jahr 2024 gab es 788 Gruppenvergewaltigungen. Das war eine weniger als im Jahr 2022 bei diesem Delikt. Im Jahr 2015 waren es „erst“ 400. Knapp 51 % der Tatverdächtigen waren Ausländer (2023: 48 %). Dabei machen Ausländer nur 17 % der Gesamtbevölkerung aus. Seit 2015 sind mindestens 6.617 Menschen Opfer von Gruppenvergewaltigungen geworden.
- 2
  - Erst durch Anfragen von AfD-Bundestagsabgeordneten wurden die Zahlen für die letzten Jahre bekannt. Von 2015 bis 2024 kam es bei dem Delikt der Gruppenvergewaltigung zu einer Steigerung um 97 %.
- 3
  - Von den Verdächtigen ohne deutschen Pass stammten die meisten fast jedes Jahr seit 2015 aus Syrien (2024: 116) und Afghanistan (52). „Mit diesem Wissen hat sich die Politik längst mitschuldig gemacht. Sie hat es versäumt, das Wohl der eigenen Bürger über das Wohl ausländischer Bürger zu stellen. Es sind vor allem deutschen Frauen, die dafür den Preis zahlen müssen.“
- 4
  - Das Thema Gruppenvergewaltigung ist erst durch die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht 2015/16 ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. „Bei den polizeilich bekannt gewordenen Tätern handelt es sich bisher mehrheitlich um junge nordafrikanische Männer.“

# Fast 30.000 Messerangriffe im Jahr 2024 – Staat hat Kontrolle verloren

aktualisiert

## Erfasste Fälle von Messerangriffen nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2024 2) Bild: „Zahl der Messer-Attacken knallt rauf“, 06.02.2024 3) Schriftliche Frage des AfD-MdB Martin Hess: Aufschlüsselung von Messerkriminalität in den Polizeilichen Kriminalitätsstatistiken der Länder, Nr. 50, Dr. 20/6390, 14.04.2024 4) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Erfassung von Gewaltdelikten mit Messern in der Polizeilichen Eingangsstatistik der Bundespolizei im ersten Halbjahr 2023 und bis Ende August 2023, Drs. 20/8603, 29.09.2023 5) Aktuelle Stunde der AfD-Bundestagsfraktion: „Debatte über innere Sicherheit und Messerangriffe in Deutschland“, 21.05.2025 6) Berliner Zeitung: „Urteil des Berliner Verfassungsgerichts: Senat muss Vornamen von Messetätern mitteilen“, 04.06.2025

1

„Insgesamt erfasste die Polizei in Deutschland 2024 zu 29.014 Straftaten einen ‚Messerangriff‘. 54,3 % davon entfallen auf Gewaltkriminalität, 43,3 % auf Bedrohung und 2,4 % auf sonstige Straftaten, wie beispielsweise Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen sowie Nötigung.“ „Der Anteil der als ‚Messerangriff‘ erfassten Taten der gefährlichen und schweren Körperverletzung ist im Vergleich zum Vorjahr um 10,8 % angestiegen. Der Anteil an allen gefährlichen und schweren Körperverletzungen hat sich um 0,5 Prozentpunkte erhöht (2023: 5,8 %, 8.951 Fälle).“

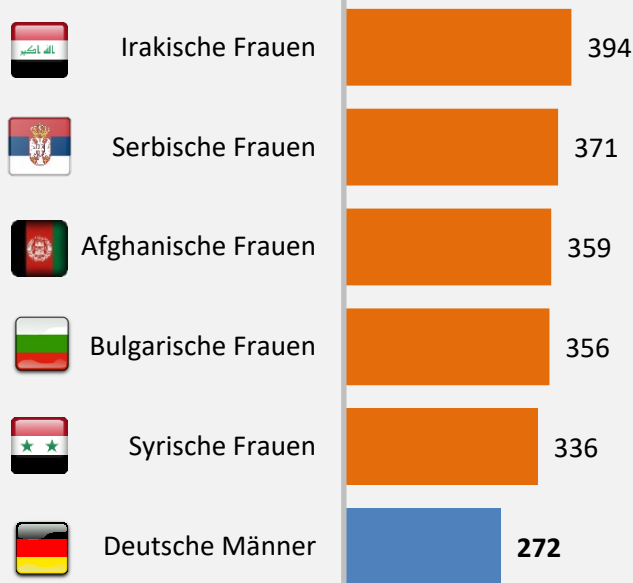
2

Martin Hess (AfD-MdB): „Alle 18 Minuten wird in Deutschland ein Mensch mit einem Messer bedroht, verletzt oder getötet. Der Staat habe offensichtlich die Kontrolle über die innere Sicherheit verloren. Das ist inakzeptabel und muss schnellstens korrigiert werden. Anstatt aber die wahren Ursachen, nämlich eine völlig verfehlte Migrationspolitik zu benennen, werde von den Altparteien verharmlost, relativiert und abgestritten. Dabei sei die Faktenlage glasklar: Messerkriminalität ist überwiegend importierte Kriminalität. Wer das nicht zur Kenntnis nimmt, dürfe zurecht als ideologisch verblendet und verantwortungslos bezeichnet werden.“

# Deutsche Männer sind weniger gewaltbereit als ausländische Frauen

NEU

## Tatverdächtige im Bereich „Gewaltkriminalität“ je 100.000 Einwohner und Land



Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2024 2) Roland Tichy: „X - Die Polizeiliche Kriminalstatistik“, 15.04.2024 3) Nius: „Zum ersten Mal statistisch belegt: Das Problem sind nicht Männer, sondern Migranten“, 13.05.2025 4) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Tatverdächtigenbelastungszahl in Bezug auf ausgewählte Bevölkerungsgruppen, Drs. 21/145, 12.05.2025

1

- „Nicht nur sind männliche Migranten aus Ländern wie Syrien, Marokko oder Afghanistan um ein Vielfaches häufiger tatverdächtig als deutsche Männer. Sogar Frauen aus Syrien, Afghanistan, Bulgarien, Serbien und dem Irak sind krimineller als deutsche Männer, gerade mit Blick auf Gewaltverbrechen.“

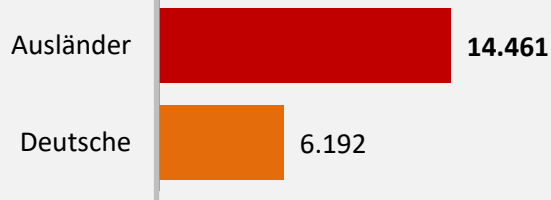
2

- Martin Hess (AfD-MdB): „Die Zahlen der Bundesregierung zu den Tatverdächtigenbelastungsziffern entlarven, was die Altparteien seit Jahren negieren: Zuwanderer – insbesondere aus muslimischen Kulturkreisen – sind deutlich krimineller als deutsche Bürger. Wer das behauptet, ist nicht etwa ein Rassist, sondern Realist. Die Ziffern für junge männliche Migranten beispielsweise aus Syrien, Afghanistan und Marokko liegen teils zehn- bis zwanzigmal höher als die deutscher Tatverdächtiger. Wer angesichts dieser unumstößlichen Fakten noch von Einzelfällen spricht, täuscht bewusst die Öffentlichkeit und verweigert sich der Realität.“

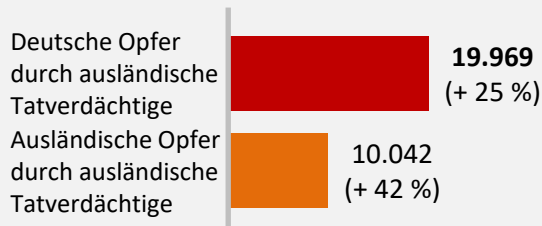
# Fast 20.000 deutsche Kinder wurden Opfer von ausländischer Gewalt

NEU

## Deutsche und nichtdeutsche tatverdächtige Kinder und Jugendliche im Jahr 2024



## Statistik zu minderjährigen Opfern in Deutschland im Jahr 2023 (Klammer: in % zum Vorjahr)



Die folgenden Tatverdächtigenbelastungszahlen drücken das Verhältnis der Tatverdächtigen ab 8 Jahren, errechnet auf 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils, dar. Quellen: 1) Nius: „Brisante Zahlen: Deutsche Minderjährige werden häufiger Opfer von ausländischen Minderjährigen als umgekehrt“, 27.06.2024 2) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2024 3) Junge Freiheit: „Kinderkriminalität“, 27.11.2024 4) Nius: „Weil sie strafunmündig sind“, 29.11.2024

1

„Im Jahr 2023 wurden 19.969 deutsche Kinder und Jugendliche Opfer durch eine Tat mit mindestens einem ausländischen minderjährigen Tatverdächtigen. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von 25 %. Innerhalb nur eines Jahres gab es also ein Opfer-Plus von 3.944 minderjährigen Deutschen.“ Aber auch immer mehr ausländische Kinder und Jugendliche werden Opfer von ausländischen Minderjährigen.

2

„Darunter zeigt sich auch eine Gewaltzunahme seitens der Gruppe der Zuwanderer, also von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Von den rund 20.000 Deutschen wurden 6.758 Kinder und Jugendliche Opfer einer Tat durch tatverdächtige Zuwanderer, die minderjährig sind. Das ist ein Plus von 23 % verglichen zu 2022 (5.486). Heißt: Immer mehr deutsche Kinder und Jugendliche werden Opfer von Straftätern ohne deutschen Pass, die selbst minderjährig sind – Tendenz steigend.“

3

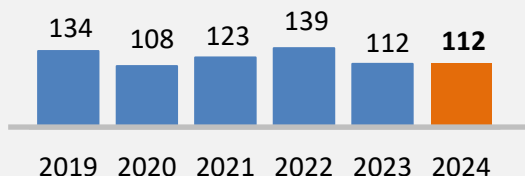
104.233 tatverdächtige Kinder wurden 2023 laufen gelassen, da sie strafunmündig waren. „Eine Senkung des Alters der Strafmündigkeit ist unausweichlich“, fordert Stephan Brandner (AfD-MdB). Mit Blick auf die Zahlen sagt er: „Es kann nicht sein, dass Kinder straffrei davonkommen, wenn sie sich über die Ausmaße ihres Handelns im Klaren waren.“ Es dürfe nicht toleriert werden, „dass Kinder immer häufiger, aber strafrechtlich konsequenzlos zu Tätern werden.“

# Angriffe auf Kirchen werden von Kirchenvertretern bagatellisiert

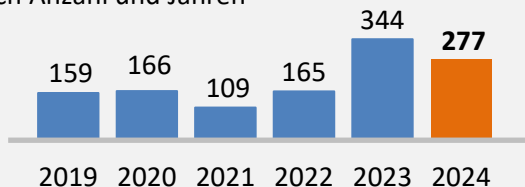
NEU

## Straftaten gegen christliche Kirchen

(Unterthemenfeld) nach Anzahl und Jahren



## Christenfeindliche Straftaten (Unterthemenfeld) nach Anzahl und Jahren



Quellen: 1) [Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Medienberichte über massiven Anstieg von Angriffen gegen christliche Kirchen](#), Drs. 20/14456, 27.12.2024 2) [Katholisch.de: „Zahl der Straftaten gegen Kirchen hat sich 2024 deutlich erhöht“](#), 20.05.2025 3) [Katholisch.de: „Viele Fälle: Beobachtungsstelle alarmiert von Kirchen-Vandalismus“](#), 17.04.2025 4) [IDEA: „Angriffe auf Kirchen haben um 20 Prozent zugenommen“](#), 22.05.2025 5) [Open Doors: „Weltverfolgungsindex 2024: Beinahe 14.800 Angriffe auf Kirchen, christliche Schulen und Krankenhäuser“](#), 17.01.2024 6) [Nius: „Nirgends explodiert die Zahl der Angriffe auf Kirchen wie in Deutschland“](#), 25.11.2024 7) [Nius: „Hilf mir, ihn zu töten“: Syrer schlägt Kirchenhelfer mit Kruzifix nieder](#), 03.07.2025 8) [Die Welt: „Pro-Palästina-Demos vor Kirche“](#), 09.07.2025

1

- Die Zahl der gegen Kirchen gerichteten Straftaten ist auf einem weiterhin hohen Stand. „Wie aus der Antwort der AfD-Fraktion zudem hervorgeht, wurden mit dem Unterthemenfeld ‚christenfeindlich‘ im Jahr 2024 bis zum 10. Dezember insgesamt 277 Straftaten registriert, darunter ein vollendetes Tötungsdelikt, 14 Körperverletzungen und 52 Sachbeschädigungen. „Dabei hatten von 107 Tatverdächtigen 75 die deutsche Staatsangehörigkeit.“ Hat eine Person mehrere Staatsangehörigkeiten, wird nur die deutsche abgebildet. „Zählt man jene Vorfälle an und in christlichen Kirchen hinzu, die die Landeskriminalämter zusätzlich verzeichnen, schnellte die Zahl der Delikte gegen christliche Kirchen gar auf 2.000 hoch.“

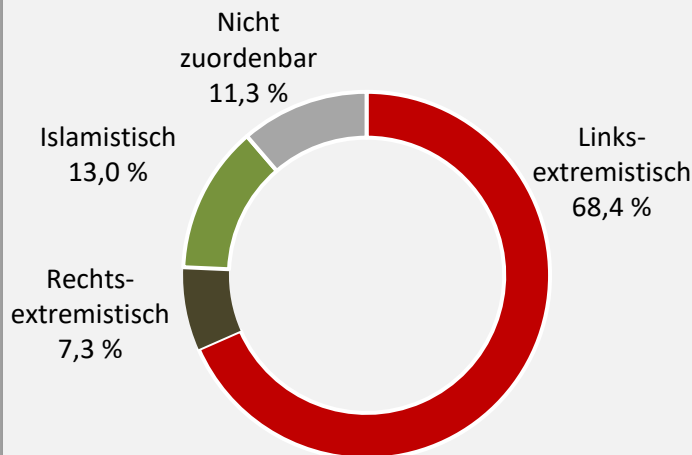
2

- U.a. kam es „in Mainzer Kirchen immer wieder [zu] Vandalismus wie Fäkalien im Weihwasser und in der Kapelle sowie zerstörte Beichtstühle.“ „Auch in mehreren Kirchen im Kraichgau in Baden-Württemberg habe es schockierende Sachbeschädigungen gegeben, so etwa in Kürnbach, wo eine Osterkerze und die Altarbibel mit Fäkalien beschmiert auf der Kanzel und eine Altarkerze in einer Urinlache auf dem Kirchenboden gefunden wurden.“ „In Eslohe (Nordrhein-Westfalen) wurden in einer Kirche das Altartuch und ein Kreuz beschädigt und in Groß-Gerau (Hessen) eine Bibel auf dem Holzaltar angezündet.“ „Ein in Syrien geborener Mann hat im südhessischen Rodgau den Küster der katholischen St. Nikolaus-Gemeinde mit einem Kruzifix niedergeschlagen.“

# Linker und islamistischer Antisemitismus dominiert in der Welt

NEU

**Antisemitische Vorfälle weltweit, kategorisiert nach Ideologie im Jahr 2024 in %**



Quellen:

1) Nius: „Neue Antisemitismus-Studie: Zwei Drittel der Täter stammen aus dem linken Spektrum“, 31.05.2025 2) Bild: „Stoppt den neuen Judenhass!“, 10.06.2025 3) Bild: „Immer mehr islamistischer Judenhass“, 10.06.2025 4) Beatrix von Storch (AfD-MdB): „Gewalttätiger Judenhass auf Deutschlands Straßen ist Ergebnis des Versagens der Altparteien“, 08.10.2024 5) Bild: „50 Festnahmen bei riesiger Demo von Israel-Hassern“, 22.06.2025

1

„Laut dem Antisemitism Research Center des Combat Antisemitism Movement wurden im Verlauf des Jahres 2024 weltweit insgesamt 6.326 antisemitische Vorfälle dokumentiert – mehr als doppelt so viele wie noch 2023. Auffällig dabei: Fast sieben von zehn Taten gingen auf das Konto der Linken.“

2

„Jetzt ist es amtlich: Der Hass auf Israel und auf Juden in Deutschland nimmt dramatisch zu. Und die Zuwanderung seit 2015 hat den Antisemitismus in unserem Land weiter verstärkt.“ „Linksextremisten fungierten demnach als Scharfmacher und Mobilisierungstreiber: Sie organisierten Palästina-Veranstaltungen, rufen zur Teilnahme auf und beteiligten sich selbst am Protestgeschehen.“

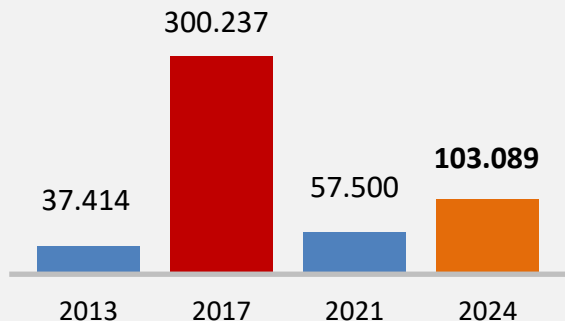
3

Beatrix von Storch (AfD-MdB): „Der auf perverse Weise ausgelebte Judenhass, der sich am Jahrestag des Hamas-Massenmordes wieder auf Deutschlands Straßen gezeigt hat, und vor allem in Berlin zur Normalität wird, ist das Ergebnis des Totalversagens der Altparteien, Mainstreammedien und ihrer NGOs der sogenannten Zivilgesellschaft. Im Bundestag bekämpfen wir als einzige Fraktion vehement den politischen Islam und die weitere Massenmigration aus islamischen Ländern und setzen uns für ein unbedrohtes, ungefährdetes, normales jüdisches Leben in Deutschland ein.“

# Wieder mehr Asylklagen – 88 % Ablehnungen – wenig Abschiebungen

NEU

Anzahl der neuen Hauptverfahren bei Asylkammern der Verwaltungsgerichte in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1) Statista: Anzahl der neuen Hauptverfahren bei Asylkammern der Verwaltungsgerichte in Deutschland von 2007 bis 2024, 14.04.2025 2) Tagesschau „Zahl der Asylklagen ist deutlich gestiegen“, 05.03.2025 3) Bundeszentrale für politische Bildung: „Asylentscheidungen und Klagen“, 20.06.2025 4) Bild: „Richter warnen vor Asyl-Kollaps, 01.06.2025 5) NOZ: „Darum gewinnen Asylbewerber Klagen gegen ihre Ablehnung“, 23.06.2025

1

„Deutschlands Richter werden von einer riesigen Flut an Asylklagen erfasst!“ „Das BAMF hat 2015 bis 2017 über knapp zwei Millionen Asylverfahren entschieden“. „Im Jahr 2024 wurden 103.089 Entscheidungen des BAMF beklagt. Die Klagequote (also der Anteil der beklagten Asylentscheidungen an ihrer Gesamtheit) lag somit bei 34,2 %. Sie liegt damit höher als in den beiden Vorjahren. Betrachtet man nur abgelehnte Asylanträge, stieg die Klagequote 2024 deutlich an: Mit 50.567 beklagten Ablehnungen lag sie bei rund 88,4 %. Damit übertraf sie deutlich die Quote der vergangenen elf Jahre.“

2

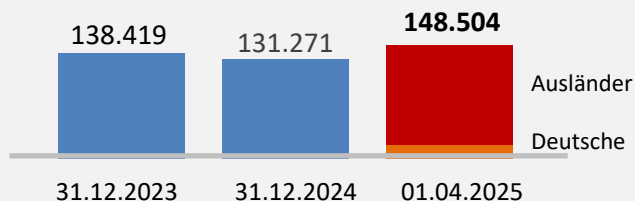
„Weil durch die BAMF-Offensive mehr Ablehnungsbescheide rausgehen, explodiert auch die Zahl der Klagen von Asylbewerbern. Und die Verwaltungsgerichte werden von den Ländern wegen leerer Kassen kaum entlastet.“ Obwohl 88 % der Asylklagen abgelehnt werden, werden die meisten Asylanträge nicht abgeschoben.

# 150.000 Personen werden per Haftbefehl gesucht – 88 % sind Ausländer

NEU

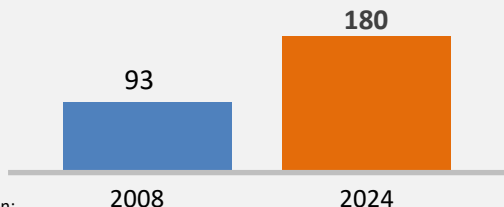
## Fahndungen zu offenen Haftbefehlen

nach Tag und Anzahl



## Haftkosten pro Inhaftierten und pro Tag

im Durchschnitt in Euro und nach Jahren



Quellen:

1) Schriftliche Frage Sebastian Münzenmaier (AfD-MdB): „Wie viele Personen werden derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung mit Haftbefehl (bis zum 31. März 2025) gesucht“, Dr. 21/69, 25.04.2025 2) Nius: „Fast 150.000 offene Haftbefehle in Deutschland: 88,3 Prozent der Gesuchten sind Ausländer“, 25.04.2025 3) Bild: „Fast jeder zweite Häftling ist Ausländer“, 16.06.2025 4) Die Weltwoche: „Fast jeder zweite Häftling ist Ausländer“, 18.06.2025 5) Finanzen: „Das kostet ein Häftling pro Tag in Deutschland“, 17.11.2021 6) Focus: „Mehr als 800 gesuchte Mörder laufen in Deutschland frei herum“, 12.09.2024 7) Hessenschau: „Mehr als 11.000 offene Haftbefehle in Hessen - warum?“, 20.05.2025 8) AfD-Fraktion im Hessischen Landtag: Berichtsantrag: Offene Haftbefehle in Hessen, Drs. 21/1165, 07.10.2024

1

- „Zum Stichtag 1. April 2025 bestehen zu 148.515 Personen nicht vollstreckte Haftbefehle“, davon 821 Mörder. „Nur rund 12 % der Haftbefehle sind auf deutsche Staatsbürger ausgestellt“ (17.413). „Die starke Zuwanderung nach Deutschland wirkt sich drastisch auf unsere Gefängnisse aus. Inzwischen ist fast jeder zweite Häftling Ausländer – Tendenz steigend. Laut aktueller Bild-Umfrage sitzen 59.877 Männer und Frauen hinter Gittern, Untersuchungshäftlinge eingerechnet. Der Ausländeranteil liegt mit 26.710 Häftlingen bei 45 %, ist damit fast dreimal so hoch wie die Ausländerquote innerhalb der Wohnbevölkerung.“ Laut Justizministerium Baden-Württemberg „verursacht ein Häftling dem Steuerzahler täglich Ausgaben von rund 180 Euro.“

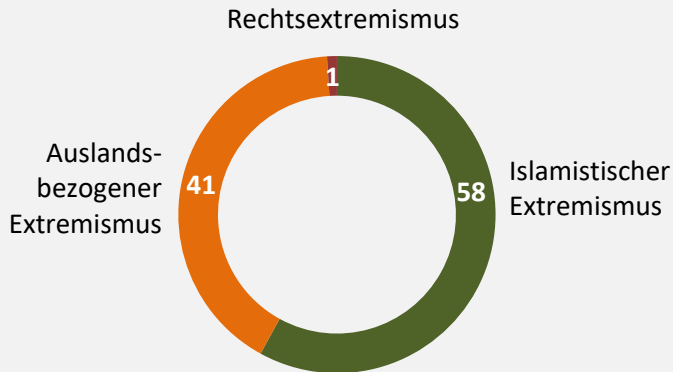
2

- „AfD-Politiker Münzenmaier fordert angesichts der dramatischen Zahlen bei Haftbefehlen und Fahndungen sofortige Konsequenzen. Seine Vorschläge: Verlust des Aufenthaltsrechts für Straftäter, bei Doppelstaatlern mögliche Entziehung der deutschen Staatsbürgerschaft, Einreisesperren für Kriminelle, sofortige Abschiebung, Entzug von Sozialleistungen und Verbüßung von Haftstrafen im Heimatland. ‚Der schwarz-rote Traum vom Einwanderungsland Deutschland wird aber wohl leider dafür sorgen, dass wir das Kriminellen-Mekka Europas bleiben‘, ist er sich sicher.“

# Größte Gefahr geht vom Islamismus und ausländischem Extremismus aus

NEU

## Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts im 1. Halbjahr 2025 in %



### Quellen:

1) Martin Hess (AfD-MdB): „Martin Hess: Importierter Terrorismus und Extremismus weiterhin größte Gefahr für innere Sicherheit“, 21.07.2025 2) Nius: „99 Prozent der Verfahren des Generalbundesanwalts richten sich gegen Islamismus oder Auslandsextremismus“, 21.07.2025 3) Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage von AfD-MdB Martin Hess, Nr. 7/78, 14.07.2025

1

„Glaubt man Politikern von SPD, Grünen oder der Linkspartei, scheint die Sache klar: Die größte Gefahr in diesem Land stellt der Rechtsextremismus dar. Doch die im 1. Halbjahr 2025 eingeleiteten Ermittlungen des Generalbundesanwalts sprechen eine andere Sprache: 99 % der Verfahren werden wegen islamistischem oder auslandsbezogenem Extremismus eröffnet. Laut Bundesregierung betreffen „die Verfahren in Bezug auf Islamisten hierbei überwiegend Auslandstaten im Zusammenhang mit den terroristischen Vereinigungen Islamischer Staat und Taliban und weisen Bezüge zu Syrien, Irak sowie Afghanistan auf.“ Im Vergleich zum 1. Halbjahr 2024 ist die Zahl der eingeleiteten Verfahren sogar gestiegen. Im 1. Halbjahr 2025 waren es insgesamt 146 (1. Halbjahr 2024: 109).

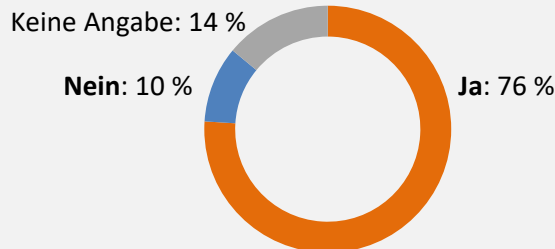
2

„Der importierte Terrorismus und der importierte Extremismus stellen weiterhin die bei Weitem größte Gefahr für unsere innere Sicherheit dar und sind eine direkte Folge der verfehlten Migrationspolitik der Altparteien. Doch statt zu handeln, führen die politisch Verantwortlichen eine ideologisch geführte Debatte, die sich nahezu ausschließlich auf den Rechtsextremismus fokussiert, während islamistischer Terror und auslandsbezogener Extremismus verharmlost oder gar ignoriert werden. Diese Realitätsverweigerung und diese bewusste Ablenkung von der wahren Bedrohungslage untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat und legt die Axt an das Fundament unserer freiheitlichen Gesellschaft. Hauptverantwortlich für diese Zustände ist die Union“, sagte Martin Hess, AfD-MdB.

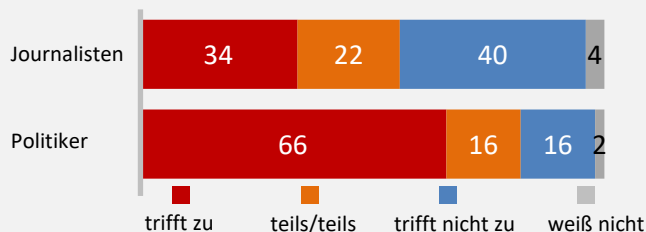
# Meinungsfreiheit bedroht – Medien vertreten nicht mehr den Bürger

NEU

**Glauben Sie, dass manche Personen ihre politische Meinung nicht sagen, weil sie Angst vor Konsequenzen haben?, in %**



**Entfremdung aus Bevölkerungsperspektive  
... leben in einer ganz anderen Welt als ich, in %**



Quellen:

1) The European: „Insa-Umfrage. Wie die Deutschen ticken“, 01.12.2024 2) Berliner Zeitung: „Medienkolumne: Grußwort zum Ende der Meinungsfreiheit“, 19.05.2025 3) Die Welt: „Viele Beobachter schockiert“ – „The Economist“ sieht Meinungsfreiheit in Deutschland in Gefahr“, 22.04.2025 4) Johannes Gutenberg Universität Mainz: „Vertrauen und Polarisierung aus Perspektive von Medien, Politik und Bevölkerung“, März 2025 5) Jürgen Braun (AfD-MdB): „Gefährdete Meinungsfreiheit“, 10.12.2024

1

- 76 % der Deutschen glauben, dass sie mit Repressionen rechnen müssten, wenn sie ihre eigene Meinung kundtun. „Jeder dritte Deutsche hat schon mal die eigene Meinung nicht gesagt, aus Angst vor den Folgen. Das gilt auch für Redakteure im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.“ „Der britische ‚Economist‘ hat sich in einem Artikel mit der Frage beschäftigt, wie es um die Meinungsfreiheit in Deutschland bestellt ist – und kommt dabei zu einem ernüchternden Fazit. Das Magazin kritisiert in diesem Zusammenhang auch Pläne der Bundesregierung, eine Medienaufsicht zu schaffen, die gezielt gegen ‚falsche Tatsachenbehauptungen‘ vorgehen soll – ein Vorhaben, das Kritiker bereits als ‚Lügenverbot‘ bezeichnen.“

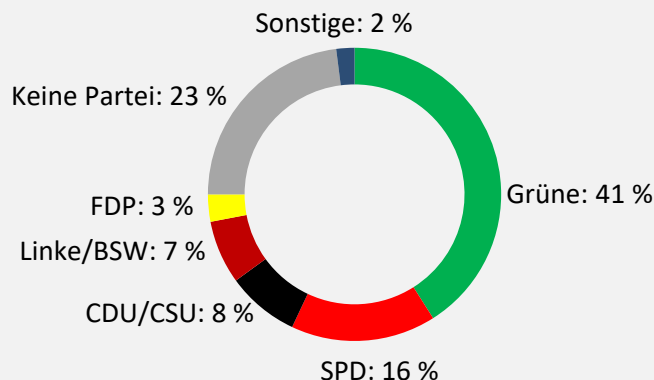
2

- „Ein großer Teil der Bevölkerung nimmt die politische Elite als abgekoppelt, abgehoben und desinteressiert wahr.“ Jürgen Braun (AfD): „Die für jede Demokratie entscheidende Meinungsfreiheit ist seit 1949 in der Bundesrepublik noch nie so gefährdet gewesen wie heute. Die massive Unterdrückung und Kriminalisierung abweichender Meinungen begann während der zahlreiche Grundrechte verletzenden Corona-Maßnahmen. Massive Hausdurchsuchungen und willkürliche Strafmaßnahmen gegen friedliche Corona-Kritiker waren jahrzehntelang undenkbar. Die AfD-Fraktion fordert: Die Verantwortlichen für diese Grundrechtsverletzungen in Politik, Justiz und Behörden dürfen nicht länger straflos bleiben.“

# Journalisten mehrheitlich links – keine politische Nähe zur AfD

NEU

## Tatsächliche Parteineigung von Journalisten im Jahr 2024 in %



### Quellen:

1) TU Dortmund: Ergebnisse der Journalismusbefragung 2024, 2024 2) Nius: „Studie belegt, was längst klar war: Zwei Drittel der Journalisten sind links-grün eingestellt“, 29.10.2024 3) Statista: Mehrheit der Journalisten sind den Grünen zugeneigt, 29.11.2024 4) Die Welt: „Unter Journalisten kommen die Grünen auf 41 Prozent – AfD taucht gar nicht auf“, 29.10.2024 5) Nius: „20 Millionen Euro Steuergeld stecken in diesem Haus für „gemeinnützigen Journalismus“, 27.06.2025 6) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: „Öffentliche Zuwendungen an Publix, seine Förderer und Partner“, Drs. 20/14993, 14.02.2025 7) Nius: „So viel zur kritischen Distanz... Als im Oval Office der Name Pistorius fällt, bricht bei seiner Journalisten-Delegation Jubel aus“, 15.07.2025

1

„Deutsche Journalisten haben gewaltig Schlagseite – und zwar zu links-grünen politischen Parteien. Was gerne als ‚rechte Verschwörungstheorie‘ oder Diskreditierungsversuch der Medienbranche abgetan wird, zeigt nun eine Studie der Technischen Universität in Dortmund: Demnach sagen 63 % der befragten Journalisten, dass sie grundsätzlich entweder zur SPD, zu den Grünen oder zur Linkspartei neigen. Die Grünen allein sind mit 41 % die unter Journalisten mit Abstand beliebteste Partei.“ Sie ist damit im Verhältnis zur Unterstützung in der Bevölkerung zu fast 400 % überrepräsentiert.

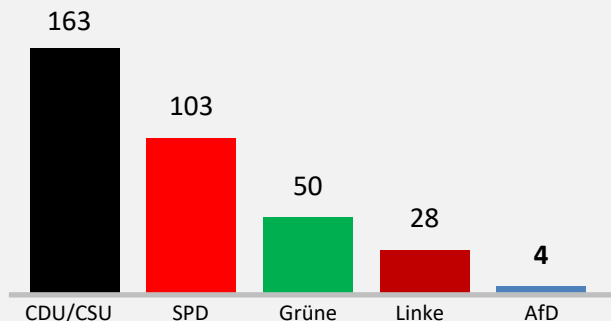
2

Dagegen haben Journalisten scheinbar keine parteipolitische Nähe zur AfD. „Zugleich gaben 58 % an, dass sie der Aussage zustimmen, dass Journalisten dazu neigen würden, in ihrer Berichterstattung überwiegend die Positionen der Parteien zu übernehmen, der sie am ehesten nahestehen.“ Daraus kann man schließen, dass die Mehrzahl der Journalisten dazu beiträgt, die öffentliche Meinung in ihre Richtung zu beeinflussen. „Bemerkenswert: Journalisten scheinen sich über die politische Schlagseite der eigenen Zunft im Klaren zu sein.“ Daher verwundert es auch nicht, dass die Bundesregierung 20 Mio. Euro Steuergeld in ein Haus für „gemeinnützigen Journalismus“ steckte, in der u.a. ‚Correctiv‘, ‚Klimareporter‘, ‚Reporter ohne Grenzen‘, ‚Netzwerk Recherche‘, ‚Zeit Stiftung Bucerus‘ sitzen.

# Seit der Bundestagswahl wird die AfD in Talkshows ausgegrenzt

NEU

## Repräsentation in den Talk-Show-Formaten von ARD/ZDF nach Anzahl Parteivertreter (23.02.-30.06.2025)



Quellen:

1) Der Spiegel: „Die AfD sitzt seltener in Talkshows, als man denkt“, 11.05.2025  
 2) Junge Freiheit: „Welche Parteien am häufigsten in den Talkshows sitzen – und welche nicht“, 17.07.2025 3) Junge Freiheit: „Wie ARD und ZDF die AfD vom Talkshowessel fernhalten“, 21.05.2025 4) Tichys Einblick: „Die AfD existiert für öffentlich-rechtliche Medien nicht mehr“, 11.06.2025 5) Deutschlandfunk: „AfD-Politiker interviewen – ja oder nein?“, 15.06.2025 6) Übermedien: „Hört auf, die AfD in Talkshows einzuladen!“, 03.02.2025

1

- Keine Partei wird von ARD und ZDF so stark benachteiligt wie die AfD. Eine aktuelle Auswertung zeigt, wie selten Vertreter der zweitstärksten Partei in ÖRR-Talkshows zu Gast sind. Seit den Bundestagswahlen im Februar sind nur vier AfD-Vertreter in eine öffentlich-rechtliche Talkshow eingeladen worden. Damit ist die bundesweit zweitstärkste Partei der seltenste Talkshow-Gast aller Parteien. „Die vier Einladungen entsprechen einem Anteil von 1,1 % an allen Talkshow-Gästen. Gemeinsam kommen die Regierungsparteien auf einen Anteil von 76,4 % – also mehr als drei Viertel. Die 50 Grünen-Politiker in den Talkshows entsprechen 14,4 % – etwas mehr als die Partei Wähler hatte: 11,6 %.“

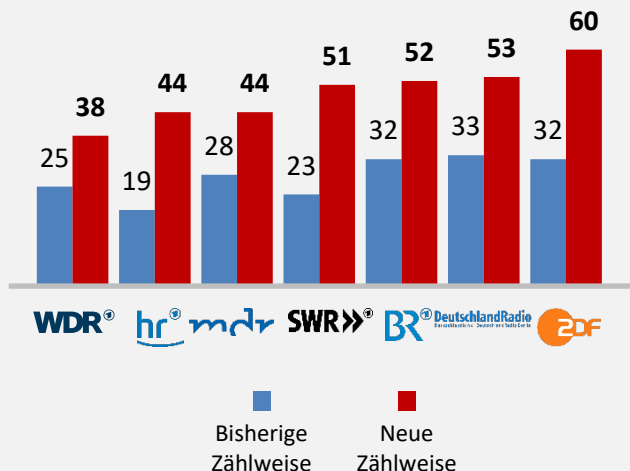
2

- „Nach undemokratischem Ausgrenzen folgt jetzt das große Ausblenden der verhassten politischen AfD-Konkurrenz. Das ist die neue Taktik in den Redaktionsstuben – die AfD außer im Zusammenhang mit Rechtsextremismus einfach nicht mehr erwähnen.“ Das gibt auch die Deutschlandfunk-Redakteurin Christiane Florin zu: „Wir sind zur Objektivität und Ausgewogenheit verpflichtet, aber eben nicht zur Neutralität. Ausgewogenheit bedeute keinesfalls, die AfD nach einem Proporzsystem speziell in Interviews zu Wort kommen zu lassen.“

# Politischer Einfluss in Rundfunkräten ist höher als rechtlich erlaubt

NEU

## Politischer Einfluss in Rundfunkräten (Auswahl) im Jahr 2024 in %



Quellen:

1) Otto-Brenner-Stiftung: „Peter Stawowy – Zusammensetzung und Arbeitsweise der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien, Korrekturfassung, 11.06.2025 2) FAZ: „Einmal falsch durchgezählt“, 24.06.2025 3) Renate Bit: „So manipulieren Parteien die öffentliche Meinung“, 03.04.2025 4) Otto-Brenner Stiftung: „Rundfunkräten mangelt es an Transparenz und Austausch mit dem Publikum“, Februar 2025 5) ARD: „Zwischenruf zum Arbeitspapier der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) über die Zusammensetzung und Arbeitsweise der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien“, 03.03.2025

1

„Eine neue Studie der Otto-Brenner-Stiftung bestätigt: Der politische Einfluss in den Rundfunkräten ist weit höher als erlaubt. Besonders beim ZDF übersteigen Parteiverbindungen die vom Bundesverfassungsgericht gesetzte Grenze deutlich. 2014 entschied dieses, dass maximal ein Drittel der Mitglieder einen staatlichen oder staatsnahen Hintergrund haben darf. Doch statt der erlaubten 33 % sind es 42 %, die politischen Parteien zugeordnet werden können.“

2

Beim ZDF gelten offiziell 32 % der Fernsehratsmitglieder als politisch – die Studie zeigt jedoch, dass tatsächlich 60 % parteinah sind. Viele Mitglieder verschweigen ihre Parteizugehörigkeit. So sitzen ehemalige SPD-Landtagspolitiker als ‚neutrale‘ Vertreter der Zivilgesellschaft im Gremium. Auch CDU, CSU und Grüne platzieren ihre Leute verdeckt.“

3

„Nicht nur das ZDF ist betroffen: Auch Deutschlandradio (53 %), Bayerischer Rundfunk (52 %) und SWR (51 %) überschreiten die Vorgaben. In Verwaltungsräten sind es sogar durchschnittlich 53 %. Die ARD verteidigt sich mit fragwürdigen Argumenten. Doch die politische Durchdringung der Gremien gefährdet die Staatsferne des Rundfunks. Eine Reform ist überfällig – zugunsten der Bürger, die den Rundfunk finanzieren.“

# Bundeswehr nicht einmal bedingt abwehrbereit – weltweit nur Rang 14

NEU

## Rangliste der stärksten Armeen der Welt nach Durchschlagskraft im Jahr 2025

| Rang | Land                                                                                             | Rang |                                                                                               |
|------|--------------------------------------------------------------------------------------------------|------|-----------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1.   |  USA            | 11.  |  Brasilien   |
| 2.   |  Russland       | 12.  |  Pakistan    |
| 3.   |  China          | 13.  |  Indonesien  |
| 4.   |  Indien         | 14.  |  Deutschland |
| 5.   |  Südkorea       | 15.  |  Israel      |
| 6.   |  Großbritannien | 16.  |  Spanien     |
| 7.   |  Japan          | 17.  |  Iran        |
| 8.   |  Frankreich     | 18.  |  Australien  |
| 9.   |  Türkei         | 19.  |  Ägypten     |
| 10.  |  Italien        | 20.  |  Ukraine     |

Quelle: 1) Markt und Mittelstand: „Zeitenwende in Stahl und Code: Europas Aufbruch zur digitalen Verteidigung“, 03.06.2025 2) Global Firepower: „2025 Military Strength Ranking“, 2025 3) Statista: Kennzahlen zur militärischen Stärke von Deutschland im Jahr 2025, 26.06.2025 4) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Die Drohnenkapazitäten der Bundeswehr“, Drs. 21/423, 06.06.2025 5) Bild: „Wie stark sind Europas Armeen?“, 04.03.2025 6) Manager Magazin: „Die mächtigsten Armeen Europas und weltweit“, 04.03.2025

1

- „Deutschland steht laut Global Firepower auf Platz 14 im Ranking der stärksten Armee der Welt. Insgesamt gibt es in Deutschland 181.600 aktive Soldaten. Die Ausstattung der Luftstreitkräfte setzt sich u.a. aus 129 Jagdflugzeugen/Abfangjäger, 63 Flugzeuge für Bodenangriffe und 54 Kampfhubschraubern zusammen. Zudem verfügte Deutschland u.a. über 296 Kampfpanzer.“ Im Vergleich dazu verfügt die Atommacht Frankreich über 226 Kampfflugzeuge und 200.000 Soldaten. Die Türkei kann auf 355.000 Soldaten zurückgreifen, hat 2.238 Panzer und 201 Kampfflugzeuge.

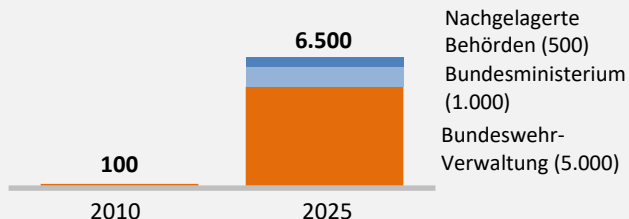
2

- Dazu Jan Nolte, AfD-MdB: „Die Bundeswehr muss gestärkt werden. Aber mit einer soliden Finanzierung. Steigt die Bundeswehr im nächsten Jahr auf im Global Firepower Index, so ist das zu enormen Zinskosten auf Pump finanziert. Auf Kosten künftiger Generationen. Was müssen wir tun? Unnötige Ausgaben im Haushalt streichen und dafür Bundeswehrmittel erhöhen. Mehr Personal durch Einführung einer Auswahlwehrrpflicht. Aufhebung der Trennung von Bundeswehr und Verwaltung (Art. 87a und b Grundgesetz) und dadurch eine deutliche Vereinfachung der Beschaffung. Das sind große Projekte, aber wir müssen sie angehen.“

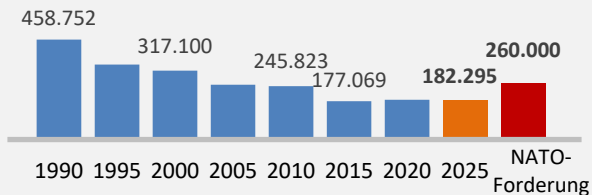
# Zu viele Soldaten dienen in der Administration – Desolate Ausstattung

NEU

## Bundeswehrsoldaten, die außerhalb der Streitkräfte gebunden sind, nach Anzahl und Jahren



## Bundeswehrsoldaten nach Anzahl und Jahren



Quelle: 1) Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte: Jahresbericht 2024 (66. Bericht), Drs. 20/15060, 11.03.2025 2) Bild: „Bundeswehr hat zu viele „Schreibtisch-Soldaten“, 31.05.2025 3) Bild: „So schlimm steht es um unsere Bundeswehr“, 11.03.2025 4) Die Welt: „Scharfe Rüge für Pistorius – „Bundeswehr nicht in Zustand, der erforderlich ist“, 27.05.2025 5) Statista: Anzahl der Soldaten bei der Bundeswehr von 2000 bis 2025, 19.06.2025 6) Statista: Anzahl der Soldaten der Bundeswehr von 1959 bis 2024, 26.06.2025 7) Handelsblatt: „Nato fordert zusätzliche 80.000 Soldaten von Deutschland“, 02.06.2025 8) Bundeswehr: „Personalzahlen der Bundeswehr“, 30.04.2025 9) Bild: „Hälfte unserer Soldaten im Krieg nicht einsetzbar!“, 06.07.2025

1

■ Laut dem Bundesrechnungshof müsste man den „Personalkörper umbauen, um die Bundeswehr auf Landes- und Bündnisverteidigung auszurichten. Weg von der derzeitigen Kopflastigkeit, hin zu mehr Truppe.“  
Alleine außerhalb der Bundeswehr (Ministerium, Verwaltung, nachgelagerte Behörden) sind 6.500 Soldaten gebunden. Militärhistoriker Sönke Neitzel sieht es noch kritischer: „Über 50 Prozent der Soldaten sind nicht im Kern der Auftragserfüllung eingesetzt, also im Ministerium, in Stäben, in Ämtern. Das heißt also nicht, dass die alle im Ernstfall nichts machen, es sind einfach zu viele in der Bürokratie und viele von denen sind im Ernstfall eben kaum zu verwenden, weil sie zu lange aus der Truppe raus sind, körperlich und handwerklich nicht mehr fit sind, zu alt usw.“

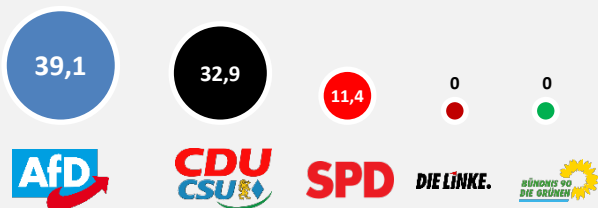
2

■ Laut der ehem. Wehrbeauftragten wird „die Truppe immer älter, das Durchschnittsalter stieg von 32,4 Jahren Ende 2019 auf 34 Jahre. Weiteres Problem: die schlechte Infrastruktur der Bundeswehr. Hier gebe es nach wie vor ‚erhebliche Probleme‘. Kasernen und Liegenschaften befinden sich ‚immer noch teilweise in einem desaströsen Zustand‘. Außerdem mangle es an funktionstüchtigem Großgerät und Ersatzteilen, „was zum Teil auch aus der so wichtigen Abgabe von Material an die Ukraine resultiert. Und auch die ‚überbordende Bürokratie‘. Diese hemmt ‚oft die Einsatzfähigkeit der Truppe‘. Soldaten sind genervt von den langen Verfahren!“ Zudem „seien im letzten Jahr nur 50,3 Mrd. Euro aus dem insgesamt 52 Mrd. Euro umfassenden regulären Verteidigungshaushalts genutzt worden.“

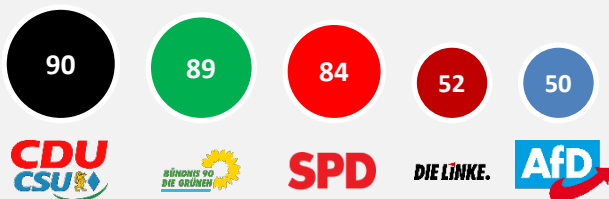
# Altparteien wollen Aufrüstung, obwohl die wenigstens gedient haben

NEU

Wie viele Abgeordnete haben prozentual pro Fraktion gedient (Männliche Abgeordnete, Selbstausskunft) in %



Frage: „Mehr Geld für die Bundeswehr, auch wenn dafür zusätzliche Schulden gemacht werden müssen?“ nach Parteienpräferenz im Jahr 2025 in %



Quellen: 1) Junge Freiheit: „In welcher Fraktion sitzen die meisten Wehrdienstleister?“, 29.06.2025 2) Die Welt: „Deutsche befürworten Aufrüstung der Bundeswehr – jeder Fünfte will weniger Ukraine-Hilfen“, 07.03.2025 3) Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion: „Deutschlands Sicherheit steht auf dem Spiel“, 23.05.2025

1

„Gemessen an der Fraktionsgröße haben in der AfD die meisten Abgeordneten gedient. Bei Grünen und Linken hingegen niemand.“ „Eine aktuelle Befragung [des ZDF-Politbarometers] zeigt große Zustimmung der Deutschen zum Beschluss, die Bundeswehr mit Schulden aufzurüsten. Gerade Anhänger der Union und der Grünen befürworten das. Viele Menschen im Osten möchten die Militärhilfen für die Ukraine herunterfahren.“ Dagegen stimmen nur 50 % der AfD-Anhänger einer Aufrüstung durch Verschuldung zu.

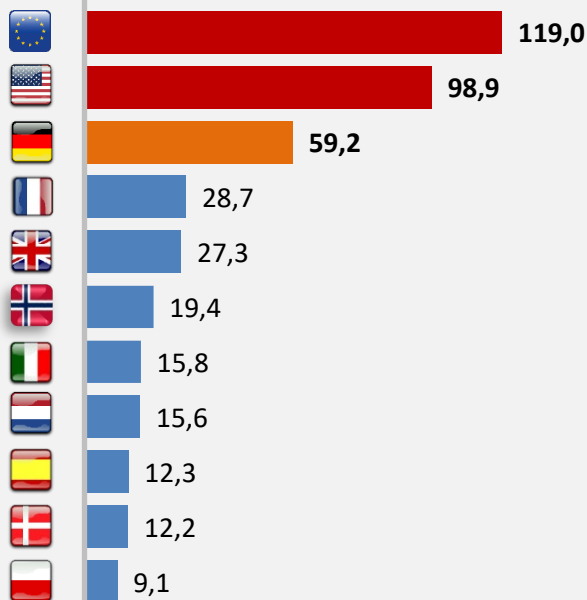
2

„Die Aussetzung der Wehrpflicht war einer der schwerwiegendsten Fehler der Regierung Merkel. Die Bundeswehr verliert nicht nur ihre solide Verankerung in der deutschen Gesellschaft, es fehlt ihr auch an Nachwuchs. Wir brauchen motivierte und charakterstarke Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten aus allen Teilen unseres Volkes. In Deutschland war die Wehrpflicht über 200 Jahre hinweg dafür der Garant. Die AfD setzt sich als einzige Partei für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht ein.“

# Weltweit flossen 508 Mrd. EUR in die Ukraine – 60 Mrd. EUR von uns

aktualisiert

**Ukraine-Unterstützungen** (Militär, Finanzen, humanitär plus Flüchtlingsausgaben, Auswahl) von Jan. 2022 bis Apr. 2025 in Mrd. Euro



Quelle: 1) ifw Kiel: Daten des Ukraine Support Trackers, 06/2025 2) Statista: Ukraine-Krieg: Militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung ausgewählter Länder für die Ukraine, 25.06.2025 3) Bild: „Deutsche Ukraine-Hilfen: Geschenk oder Darlehen?“, 01.03.2025 4) Bundesregierung: „Diese Waffen und militärische Ausrüstung liefert Deutschland an die Ukraine“, 17.04.2025

1

- Insgesamt wurden in drei Jahren Unterstützungen in Höhe von 508 Mrd. Euro an die Ukraine geleistet. Neben der EU und den USA ist Deutschland der größte Geldgeber für die Ukraine. Bei einer Berücksichtigung der EU-Beteiligungen summierten sich die deutschen Unterstützungsleistungen an die Ukraine auf rund 60 Mrd. Euro. Die EU hat als Staatenbund bisher fast 100 Mrd. Euro überwiesen. Davon trägt 26 % der EU-Hilfen Deutschland. „Da die meisten EU-Partner sich beim Ukraine-Engagement eher zurückhalten und in Washington der Geldhahn vorerst zugedreht wurde, ist Deutschland um so mehr gefordert.“

2

- „Sind diese deutschen Hilfen an Bedingungen geknüpft? Hat Deutschland nach Kriegsende Anspruch auf eine Rückzahlung oder – wie Trump – Interesse an den begehrten Bodenschätzen in der Ukraine? Fakt ist: Bis Mai sollen die Hilfen aus den USA weiterlaufen – und danach sieht es aktuell auch aus. Aber danach könnte US-Präsident Donald Trump den Geldhahn zudrehen.“ „Das [deutsche] Geld wird für Militärhilfe, Zivilschutz (wie die Reparatur von angegriffenen Stromnetzen), Finanzhilfen (damit Kiew Soldaten und Beamte bezahlen kann) und die Versorgung ukrainischer Flüchtlinge in Deutschland ausgegeben. Dieses Geld wird als Hilfe verbucht, mit einer Rückzahlung wird nicht gerechnet.“

### **Impressum**

V.i.S.d.P.

Dr. Frank Grobe, MdL

E-Mail: [frank.grobe@afd-hessen.de](mailto:frank.grobe@afd-hessen.de)

AfD Landesverband Hessen

Ursulum 7

35396 Gießen

<https://afd-hessen.de/>

ISBN 978-3-00-083647-3

1. Auflage

Juli 2025

### **Nachdruckgenehmigungen**

Ein Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verfassers und mit genauer Quellenangabe erlaubt.

